Bayerisches Landesamt für
Statistik

Bayern in Zahlen

Ausgabe 03|2015

- Deutschlandstipendium
- Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe
- Statistische Erfassung der Umweltwirtschaft

Bestell-Nummer Z10001 201503
Preis 4,80 €

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Mit ihnen wird vor allem die informationelle Grundversorgung der Bevölkerung mit statistischen Daten gesichert.

Kostenlos
ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig
sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. Verzeichnisse, Beiträge, Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen
Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop
Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 146. (69.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis Umschlagseite 1
© Monkey Business – fotolia.com

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2015**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
–	nichts vorhanden
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
·	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
...	Angabe fällt später an
X	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
( )	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der Frühling steht in den Startlöchern, draußen wird es wieder grün. Eine gesunde Umwelt, eine intakte Natur und Landschaften mit hohem Erholungswert tragen wesentlich zur Lebensqualität der Menschen bei. Umweltschutz ist längst kein Nischenprodukt mehr, seit vielen Jahrzehnten nimmt er im Bewusstsein der Gesellschaft einen immer breiteren Platz ein – und damit, Sie ahnen es vermutlich schon, auch in der Statistik.

Entscheidungsträger brauchen auf ihrem Weg hin zu einer nachhaltigen Ökonomie belastbare Datengrundlagen. Der Umweltsektor besitzt großes Potenzial für Wohlstand und Arbeitsmarkt, er ist inzwischen wichtiger Taktgeber für die Modernisierung klassischer Industrien Richtung Nachhaltigkeit. Amtliche statistische Daten zur Umweltwirtschaft sollen dazu beitragen, geeignete politische Maßnahmen zu planen, zu überwachen und zu steuern. Analog zur Gesellschaft hat auch in der Statistik das Thema Umwelt in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren. Wir stellen Ihnen passend zum Frühjahrserwachen Geschichte und Methodik der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) vor.

Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie – was im politischen Alltag manchmal nur schwer zu verwirklichen ist, schaffen wir in „Bayern in Zahlen“: Ein zweiter Fachbeitrag bringt Ihnen die Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Sachanlagen näher, die im Jahr 2013 im Freistaat rund elf Milliarden Euro betrugen.

Das anstehende Sommersemester der Hochschulen lässt viele Studierende hier in Bayern überlegen, wie sie ihr Studium finanzieren können. 2011 wurde für Studierende, die herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lassen, ein bundesweites Förderprogramm eingeführt. Ein Aufsatz zum sogenannten Deutschlandstipendium rundet unser März-Heft ab.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

Marion Frisch

Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik

Statistik aktuell

110 Kurzmitteilungen

Nachrichten

126 Bürgermeister und Gemeinderäte zum wiederholten Mal zu Gast im Bayerischen Landesamt für Statistik

Beiträge aus der Statistik

128 Das Deutschlandstipendium

139 Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2013

143 Statistische Erfassung der Umweltwirtschaft

Historische Beiträge aus der Statistik

167 Das neue Rahmenkonzept für die Umweltstatistiken

Bayerischer Zahlenspiegel

173 Tabellen

182 Graphiken

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Erteilung eines Gemeindeteilnamens in Bayern zum 15. Dezember 2014

Erteilt wurde durch Bescheid des Landratsamts Berchtesgadener Land vom 15. Dezember 2014 der Name „Auf dem Predigtstuhl“ für einen Gemeindeteil der Stadt Bad Reichenhall (09 172 114), Landkreis Berchtesgadener Land.

Erteilung und Änderung von Gemeindeteilnamen in Bayern in der Zeit vom 1. Januar 2015 bis 31. März 2015

Geändert wurde durch Bescheid des Landratsamts Straubing-Bogen vom 20. Januar 2015, der Name des Gemeindeteils „Klostermühl“ in „Klostermühle“ der Gemeinde Windberg (09 278 198), Landkreis Straubing-Bogen.

Erteilt wurde durch Bescheid des Landratsamts Oberallgäu vom 26. Februar 2015 der Name „Alpe Eck“ für einen Gemeindeteil der Gemeinde Ofterschwang (09 780 134), Landkreis Oberallgäu.

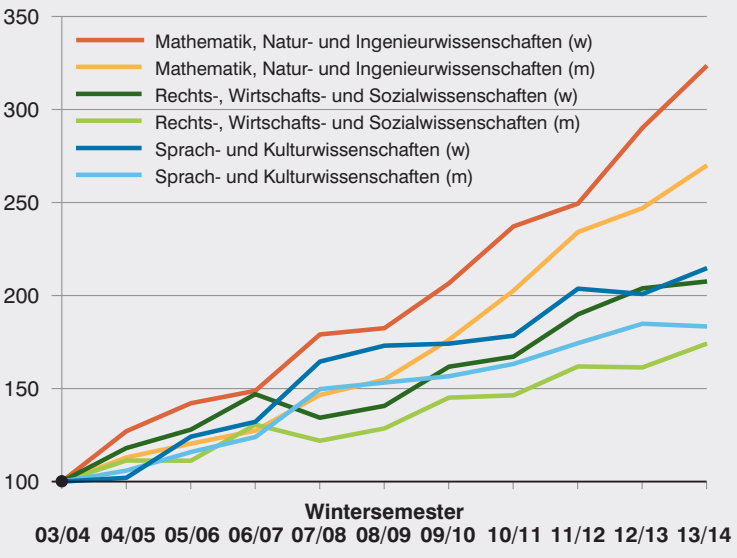
Bildung und Kultur

31 511 Prüfungen an Bayerns Hochschulen im Wintersemester 2013/14 erfolgreich abgeschlossen

Im Wintersemester 2013/14 wurden nach vorläufigen Angaben der Prüfungsämter an den Bayerischen Hochschulen insgesamt 31 511 Prüfungen erfolgreich abgelegt. Damit wurden 1 942 oder 6,6 % mehr Hochschulabschlüsse erreicht als im vorangegangenen Wintersemester. Im Wintersemester 2003/04 waren erst 14 730 bestandene Hochschulprüfungen zu verzeichnen gewesen. Damit war die Zahl der Hochschulabschlüsse in Bayern mehr als doppelt so hoch wie zehn Jahre zuvor, als sich der Übergang zu zweistufigen Bachelor-/Masterstudiengängen (Bologna-Prozess) noch nicht bei der Zahl der Prüfungen bemerkbar machte.

Im Wintersemester 2013/14 wurden an Bayerns Universitäten 3 183

Prüfungen an den Hochschulen in Bayern seit 2003* nach ausgewählten Fächergruppen und Geschlecht
WS 2003/04 ≙ 100



* Jeweils Wintersemester (WS).

Lehramtsprüfungen bestanden, was einem Anstieg von 9,5% im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester entspricht. Die Lehramtsprüfungen machten damit einen Anteil von 10,1% an den erfolgreichen Abschlüssen aus. 50,8% (16 014 Abschlüsse; +10,4%) der bestandenen Examina führten zu einem universitären Abschluss und 31,0% (9 761; +2,0%) zu einem Fachhochschulabschluss. Künstlerische und sonstige Abschlüsse fielen mit 269 bestandenen Prüfungen zahlenmäßig kaum ins Gewicht.

Daneben wurden 2 284 Promotionsverfahren (7,2% der Abschlüsse; -1,5%) mit der Verleihung des Doktortitels abgeschlossen. Etwa jeweils ein Drittel der Promotionen wurden in den Fächergruppen Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (31,6%) und Mathematik/Naturwissenschaften (33,1%) abgelegt.

15 335 der erfolgreich absolvierten Hochschulprüfungen (48,7%) wurden 2013/14 von Frauen abgelegt. Im Fächerbereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, den sogenannten MINT-Fächern, wurden im Wintersemester 2013/14 in Bayern 3 527 Hochschulabschlüsse von Frauen erworben (28,5% aller bestandenen Prüfungen in diesem Bereich). Etwa jeder zehnte dieser Abschlüsse war ein Lehramtsabschluss (10,3%). Bei den 8 851 von Männern bestandenen Prüfungen im MINT-Bereich waren dagegen nur 2,7% Lehramtsprüfungen.

Zahl der Studierenden in Bayern im Wintersemester 2014/15 auf Rekordniveau

Nach den vorläufigen Meldungen der Studierendenkanzleien waren für das Wintersemester 2014/15 an den Hochschulen in Bayern 368 218 Studierende eingeschrieben. Im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester (355 915) erhöhte sich die Zahl der Studentinnen und Studenten weiter um 3,5% und erreichte einen neuen Rekordwert. Nachdem die Zahl der Studienanfänger im Sommersemester 2014 mit 7 887 noch deutlich über dem entsprechenden Vorjahressemester (6 846) gelegen hatte, war im Wintersemester (64 441) ein Rückgang der Erstsemesterzahlen um 3,5% zu verzeichnen. Im gesamten Studienjahr 2014 begannen 72 328 Personen in Bayern erstmals ein Studium, das waren 1 327 oder 1,8% weniger als im Studienjahr davor.

Studienanfänger an den Hochschulen in Bayern seit 2004*
2004 ≙ 100

* Studienjahr (Sommersemester und darauf folgendes Wintersemester)

2014 begannen an Universitäten 43 389 junge Menschen ihr Studium (-3,7%). Die staatlichen Fachhochschulen verzeichneten einen geringfügigen Zuwachs an Erstimmatrikulierten (+0,2%), während an nicht staatlichen Fachhochschulen deutlich mehr Studierende eine Hochschulausbildung begannen als im Vorjahr (+14,5%). Allerdings waren in diesem Bereich mit 2 639 Erstimmatrikulationen nur etwa ein Zehntel der Neueinschreibungen zu verzeichnen, die staatliche Fachhochschulen meldeten (24 552).

36 049 oder 49,8% aller Erstimmatrikulierten im Studienjahr 2014 waren Frauen. In der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften stellten Frauen etwa drei Viertel (74,3%), in den Bereichen Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften sowie Kunst, Kunstwissenschaft lag der entsprechende Anteil bei etwa zwei Drittel (67,6 bzw. 66,3%). In der Veterinärmedizin waren sogar 85,9% der Erstsemester Frauen.

Nach wie vor nehmen deutlich unterdurchschnittlich viele Frauen ein

Studium in den Bereichen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften auf. Hier lag der Anteil der Studentinnen an den Erstimmatrikulierten bei 39,0 bzw. 24,0 %. Ohne die künftigen Lehrerinnen beträgt der Frauenanteil bei Mathematik/Naturwissenschaften 36,4 %.

Während 2014 die Zahl der Erstimmatrikulierten mit deutscher Staatsangehörigkeit (56 556) 3,8 % unter dem Vorjahresniveau lag, stieg die Zahl der Ausländer, die in Bayern ein Studium aufnahmen um rund 6,0 % auf 15 772 an. Damit hatte gut ein Fünftel der Studienanfänger (21,8 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Rund 71,0 % dieser Erstimmatrikulierten nahmen ein Universitätsstudium auf. Besonders stark war die Internationalisierung bei den Studienanfängern an der Technischen Universität München ausgeprägt, dort hatten 45,0 % aller Erstsemester eine ausländische Staatsangehörigkeit. Auch die Ludwig-Maximilians-Universität und die Universität Bamberg wiesen mit Anteilswerten von 27,8 % und 28,0 % Quoten auf, die über dem Durchschnitt aller Universitäten (25,8 %) lagen.

Soziales, Gesundheit

Jedes vierte Kind in bayerischen Kindertageseinrichtungen hatte 2014 ausländische Wurzeln

Jeweils zum 1. März des Jahres werden in den Bayerischen Kindertageseinrichtungen umfangreiche Daten zu den betreuten Kindern und zum dort tätigen Personal erhoben. Unter anderem wird der Sachverhalt Migrationshintergrund anhand von zwei Kriterien abgefragt: „Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils“, also die Geburt eines Elternteils im Ausland, und „in der Familie gesprochene Sprache“.

Von den 508 575 Kindern, die zum Stichtag 1. März 2014 in Bayern in einer Kindertageseinrichtung betreut wurden, hatten 137 125 (27 %) mindestens ein Elternteil, das nicht in Deutschland geboren war. Bei 78 971 Kindern (15,5 %) wurde in der Familie überwiegend nicht deutsch gesprochen.

Die Betreuung dieser Kinder bedeutet für die Kindertageseinrichtungen einerseits eine kulturelle Bereicherung, andererseits jedoch auch eine große Herausforderung, zumal sich regional zum Teil erhebliche Unterschiede ergaben – erwartungsgemäß besonders zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen.

So hatten in folgenden kreisfreien Städten mehr als die Hälfte der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil: Memmingen (51,6 %), Augsburg (53,9 %), Nürnberg (54,1 %) und Schweinfurt (54,9 %).

Die niedrigsten Quoten von unter zehn Prozent wurden dagegen in folgenden Landkreisen festgestellt: Haßberge (9,6 %), Regen (9,6 %), Bamberg (9,4 %), Bayreuth (9,3 %) und Freyung-Grafenau (6,3 %). Ähnlich stellte sich die Situation hinsichtlich des Sachverhalts „In der Familie gesprochene Sprache“ dar. In folgenden kreisfreien Städten wurde bei mehr als 30 % der Kinder in Kindertageseinrichtungen im familiären Umfeld überwiegend nicht deutsch gesprochen: Ingolstadt (30,3 %), Augsburg (31,3 %), München (32,1 %), Schweinfurt

Kinder in Kindertageseinrichtungen in Bayern am 1. März 2014

Regierungsbezirk	Kinder insgesamt	Mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils	%	Überwiegend in der Familie gesprochene Sprache nicht Deutsch	%
Oberbayern	196 380	60 447	*30,8*	37 560	*19,1*
Niederbayern	41 008	8 273	*20,2*	4 699	*11,5*
Oberpfalz	37 885	7 759	*20,5*	4 141	*10,9*
Oberfranken	40 682	7 038	*17,3*	3 729	*9,2*
Mittelfranken	75 402	24 526	*32,5*	13 966	*18,5*
Unterfranken	50 806	10 371	*20,4*	4 708	*9,3*
Schwaben	66 412	18 711	*28,2*	10 168	*15,3*
Bayern	**508 575**	**137 125**	***27,0***	**78 971**	***15,5***

(34,4 %), Nürnberg (34,9 %) und Memmingen (37,7 %). Demgegenüber lag in den Landkreisen Freyung-Grafenau (3,8 %), Bad Kissingen (3,7 %), Bamberg (3,2 %) und Haßberge (2,9 %) die Quote bei unter vier Prozent.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Bayern“ (Bestellnummer: K53003 201400, Preis der Druckausgabe: 13,00 €).*

Verarbeitendes Gewerbe

Bayerische Industrie mit deutlichem Produktionszuwachs im Jahr 2014

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“) erzielte im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahresergebnis ein Plus von 3,4 %. Dabei steigerte sich die Produktion bei den Vorleistungsgüterproduzenten um 4,1 %, im Investitionsgüterbereich um 3,5 % und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 2,1 %.

Im aktuellen Berichtsmonat Dezember 2014 konnte im Vergleich zum Dezember des Jahres 2013 eine Produktionssteigerung von 3,0 % verzeichnet werden. Die Vorleistungsgüterproduzenten wiesen dabei einen Zuwachs von 7,7 % auf, der Verbrauchsgüterbereich von 6,9 % und der Investitionsgütersektor einen leichten Rückgang um 0,6 %.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern Dezember 2014“ (Bestellnummer: E1200C 201412, nur als Datei).*

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns von September bis Dezember 2014
Ergebnisse für Betriebe mit 50 oder mehr tätigen Personen

Bezeichnung	September	Oktober	November	Dezember
	2014			
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2010 ≙ 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	*117,6*	*115,8*	*114,7*	*101,2*
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	*124,0*	*119,1*	*123,4*	*86,8*
Maschinenbau	*120,7*	*118,5*	*117,3*	*120,3*
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	*119,1*	*115,7*	*119,1*	*102,5*
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	*112,6*	*114,6*	*110,9*	*111,2*
Veränderung zum Vorjahr in Prozent				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	*5,4*	*0,3*	*1,8*	*3,0*
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	*7,1*	*0,7*	*2,1*	*- 5,3*
Maschinenbau	*6,8*	*1,5*	*3,7*	*- 1,5*
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	*6,4*	*4,9*	*10,6*	*15,7*
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	*11,9*	*6,9*	*1,8*	*11,6*

Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes in Bayern lag 2014 bei 5,89 Milliarden Euro

Der Auftragsbestand im bayerischen Bauhauptgewerbe bezifferte sich Ende Dezember 2014 auf insgesamt 5,89 Milliarden Euro, womit der entsprechende Vorjahreswert um 13,0 % übertroffen wurde. Damit lag der aktuelle Auftragsbestand nach Bausparten differenziert im gewerblichen und industriellen Hochbau (einschließlich landwirtschaftlichem Bau) mit 1,59 Milliarden Euro bzw. 26,9 % (+10,9 % gegenüber Ende Dezember 2013) abermals am höchsten, weit vor den Sparten „Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen“ (1,23 Milliarden Euro; +78,3 %) sowie „Wohnungsbau“ (1,16 Milliarden Euro; +10,7 %). Ausgenommen den gewerblichen und industriellen Tiefbau sowie den Straßenbau, deren jeweiliger Auftragsbestand sich im Vorjahresvergleich rückläufig entwickelte (-0,5 % bzw. -15,8 %), war für alle anderen Bausparten ein jeweils höherer Auftragsbestand festzustellen, und zwar um mindestens 2,3 % (öffentlicher Hochbau).

Eine Betrachtung auf Ebene der Regierungsbezirke ergibt, dass die größten Anteile des Auftrags-

Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe in Bayern
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen

Gebiet	Auftragsbestände insgesamt	davon					
		Wohnungsbau	gewerblicher und industrieller Hochbau[1]	gewerblicher und industrieller Tiefbau	öffentlicher Hochbau	Straßenbau	Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialvers.
	1 000 €						
Ende Dezember 2014							
Oberbayern	2 117 751	286 120	303 060	306 405	88 995	384 557	748 614
Niederbayern	730 249	199 234	284 854	35 982	50 756	31 753	127 670
Oberpfalz	824 330	135 671	346 245	125 211	98 749	47 919	70 536
Oberfranken	450 814	57 290	143 427	47 066	21 363	137 235	44 432
Mittelfranken	497 014	180 996	128 982	55 407	37 286	28 348	65 993
Unterfranken	579 414	75 314	156 841	113 520	77 983	40 296	115 461
Schwaben	695 199	228 755	221 861	78 470	51 621	55 000	59 492
Bayern	**5 894 771**	**1 163 379**	**1 585 270**	**762 061**	**426 753**	**725 109**	**1 232 199**
Ende Dezember 2013							
Oberbayern	1 580 509	278 141	216 858	304 816	79 529	483 882	217 283
Niederbayern	793 899	208 619	330 672	47 742	40 586	49 578	116 703
Oberpfalz	934 015	145 014	361 198	148 055	108 003	77 574	94 171
Oberfranken	410 518	69 471	120 327	18 853	24 449	128 659	48 758
Mittelfranken	323 742	74 070	96 758	59 346	30 927	21 213	41 428
Unterfranken	448 639	68 078	148 689	31 301	53 496	35 860	111 215
Schwaben	725 238	208 008	155 375	156 093	80 061	64 232	61 470
Bayern	**5 216 561**	**1 051 400**	**1 429 879**	**766 206**	**417 050**	**860 999**	**691 026**
Veränderungen gegenüber Ende Dezember 2013 in Prozent							
Oberbayern	*34,0*	*2,9*	*39,8*	*0,5*	*11,9*	*- 20,5*	*244,5*
Niederbayern	*- 8,0*	*- 4,5*	*- 13,9*	*- 24,6*	*25,1*	*- 36,0*	*9,4*
Oberpfalz	*- 11,7*	*- 6,4*	*- 4,1*	*- 15,4*	*- 8,6*	*- 38,2*	*- 25,1*
Oberfranken	*9,8*	*- 17,5*	*19,2*	*149,6*	*- 12,6*	*6,7*	*- 8,9*
Mittelfranken	*53,5*	*144,4*	*33,3*	*- 6,6*	*20,6*	*33,6*	*59,3*
Unterfranken	*29,1*	*10,6*	*5,5*	*262,7*	*45,8*	*12,4*	*3,8*
Schwaben	*- 4,1*	*10,0*	*42,8*	*- 49,7*	*- 35,5*	*- 14,4*	*- 3,2*
Bayern	***13,0***	***10,7***	***10,9***	***- 0,5***	***2,3***	***- 15,8***	***78,3***

1 Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

bestands im Bauhauptgewerbe in Bayern Ende Dezember 2014 auf Oberbayern (2,12 Milliarden Euro bzw. 35,9 %), die Oberpfalz (824,3 Millionen Euro bzw. 14,0 %) und Niederbayern (730,2 Millionen Euro bzw. 12,4 %) entfallen, wogegen der geringste Anteil Oberfranken (450,8 Millionen Euro bzw. 7,6 %) zuzurechnen ist. Während sich für Oberbayern und die drei fränkischen Regierungsbezirke höhere Auftragsbestände als vor Jahresfrist errechneten, ergaben sich für Niederbayern, die Oberpfalz und Schwaben wesentlich niedrigere. Den relativ stärksten Zuwachs beim bauhauptgewerblichen Auftragsbestand verzeichnete Mittelfranken (+53,5 %) und den vergleichsweise stärksten Rückgang die Oberpfalz (-11,7 %).

Hinweis
Die Berichterstattung basiert auf den Ergebnissen der vierteljährlichen Erhebung des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe. Im Rahmen dieser Quartalserhebung werden die bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen befragt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Januar 2015“ (Berichtsnummer: E2100C 201501, nur als Datei).*

Handel und Dienstleistungen

Bayerns Außenhandel boomt 2014

Bayerns Aus- und Einfuhren erreichten im Jahr 2014 neue Höchstwerte. Nach vorläufigen Ergebnissen exportierte die bayerische Wirtschaft im Jahr 2014 Waren im Wert von fast 168,9 Milliar-

Außenhandel Bayerns im Jahr 2014
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
	Januar bis Dezember			
Europa	104 677 887	1,5	104 697 626	5,1
dar. EU-Länder (EU-28)	90 272 445	2,8	89 882 274	7,1
dar. Euro-Länder	56 699 984	- 1,9	54 518 645	2,0
dar. Frankreich	11 414 159	- 1,5	6 294 297	3,5
Niederlande	5 819 629	3,5	7 931 943	8,1
Italien	10 296 682	0,8	10 447 770	1,9
Irland	691 816	0,3	1 300 147	- 30,9
Portugal	1 091 368	9,6	784 448	8,7
Spanien	4 406 701	4,1	3 817 663	7,0
Österreich	12 973 640	- 2,6	14 973 502	1,2
Belgien	4 878 116	- 18,8	3 665 018	- 3,9
Slowakei	1 898 390	1,5	2 970 367	5,9
Vereinigtes Königreich	12 723 331	17,6	5 790 739	10,7
Dänemark	1 387 173	1,4	746 570	3,6
Schweden	3 227 831	6,0	1 355 325	- 11,1
Finnland	1 156 279	- 1,5	495 112	12,0
Polen	5 174 012	15,8	5 721 078	20,6
Tschechische Republik	5 581 160	6,8	10 645 289	11,3
Ungarn	2 728 879	6,4	7 545 806	30,7
Rumänien	1 707 049	9,7	2 649 807	28,5
Norwegen	1 183 700	- 5,7	307 252	- 21,7
Schweiz	5 283 693	1,5	3 544 706	- 2,2
Türkei	2 820 319	- 3,0	2 557 865	1,9
Russische Föderation	3 789 171	- 13,2	6 230 320	- 17,1
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	73 995	9,4	1 177 601	49,7
Afrika	2 905 287	- 3,6	4 485 600	- 28,8
dar. Nigeria	192 305	21,4	1 191 852	- 23,6
Südafrika	1 123 535	- 19,9	441 268	- 14,8
Amerika	25 441 460	0,2	11 243 817	1,0
dar. USA	19 685 270	4,1	9 481 444	2,5
Kanada	1 584 451	- 7,8	385 625	1,5
Mexiko	1 398 293	- 2,9	486 704	37,1
Brasilien	1 451 392	- 16,9	420 997	- 8,4
Asien	34 285 511	3,2	29 592 957	0,2
dar. Vereinigte Arabische Emirate	1 055 783	16,7	45 135	- 43,6
Indien	1 313 105	- 0,6	1 044 585	9,3
Malaysia	1 132 633	1,9	1 337 487	7,2
Singapur	1 239 692	- 1,2	1 112 055	- 12,3
Volksrepublik China	16 432 137	6,4	12 043 563	2,7
Republik Korea	3 123 123	11,9	1 061 729	24,8
Japan	3 250 555	- 8,1	2 894 527	- 1,2
Taiwan	1 101 147	- 3,3	1 603 056	27,8
Aserbaidschan	78 179	- 18,0	1 245 936	- 17,0
Kasachstan	217 663	- 10,2	3 206 342	- 7,7
Australien-Ozeanien	1 568 833	- 4,7	133 797	- 6,7
dar. Australien	1 350 568	- 5,1	77 733	- 14,3
Verschiedenes[1]	12 531	- 23,4	–	x
Insgesamt	**168 891 509**	**1,5**	**150 153 798**	**2,3**

1 Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

den Euro, dies sind 1,5% mehr als 2013. In die EU-Mitgliedstaaten wurden Waren im Wert von knapp 90,3 Milliarden Euro geliefert (+2,8%), darunter wurden Waren im Wert von rund 56,7 Milliarden Euro in die Euro-Länder ausgeführt (-1,9%). Zeitgleich importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von knapp 150,2 Milliarden Euro (+2,3%). Waren im Wert von nahezu 89,9 Milliarden Euro wurden aus den Ländern der Europäischen Union bezogen (+7,1%) und Waren im Wert von 54,5 Milliarden Euro aus den Ländern der Euro-Zone eingeführt (+2,0%).

Ein Exportvolumen von jeweils über 10 Milliarden Euro erzielte Bayerns Wirtschaft im Handel mit

den USA (19,7 Milliarden Euro; +4,1 %), China (16,4 Milliarden Euro; +6,4 %), Österreich (13,0 Milliarden Euro; -2,6 %), dem Vereinigten Königreich (12,7 Milliarden Euro; +17,6 %), Frankreich (11,4 Milliarden Euro; -1,5 %) und Italien (10,3 Milliarden Euro; +0,8 %). Die wichtigsten Importländer Bayerns waren Österreich (15,0 Milliarden Euro; +1,2 %), China (12,0 Milliarden Euro; +2,7 %), die Tschechische Republik (10,6 Milliarden Euro; +11,3 %) und Italien (10,4 Milliarden Euro; +1,9 %). „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (34,6 Milliarden Euro; +1,8 %), „Maschinen“ (27,2 Milliarden Euro; -0,3 %), „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (13,8 Milliarden Euro; +3,3 %) sowie „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ (10,2 Milliarden Euro; +2,1 %) waren im Jahr 2014 die bedeutendsten Exportgüter Bayerns. „Maschinen“ (16,1 Milliarden Euro; +7,4 %), „Erdöl und Erdgas“ (14,5 Milliarden Euro; -22,7 %) sowie „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (12,2 Milliarden Euro; +6,5 %) erreichten ein Importvolumen von jeweils über 10 Milliarden Euro. Im Dezember 2014 exportierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von fast 12,7 Milliarden Euro (+3,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat) und importierte Waren im Wert von rund 12,0 Milliarden Euro (+7,3 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2014“ (Bestellnummer: G3000C 201412, nur als Datei).*

Tourismus

Umsatz des bayerischen Gastgewerbes 2014 um gut zwei Prozent gestiegen

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr nominal um 2,4 % und real um 0,2 %.

Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes wuchs im Jahr 2014 um 1,6 %, wobei die Zahl der Voll-

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im Dezember und im Jahr 2014
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real[1]		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent				
Dezember					
Beherbergung	4,0	1,3	1,6	1,8	1,3
dar. Hotellerie	3,9	1,2	1,5	1,7	1,4
Ferienunterkünfte u. Ä.	4,9	2,6	0,1	5,0	- 2,3
Campingplätze	2,4	0,6	4,3	- 3,5	11,4
Gastronomie	0,1	- 2,1	2,3	0,7	3,3
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	0,5	- 1,9	2,0	0,0	3,2
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	1,3	0,0	5,3	1,6	8,3
Ausschank von Getränken	- 4,6	- 6,8	1,6	6,9	0,4
Gastgewerbe insgesamt	**1,8**	**- 0,6**	**2,0**	**1,2**	**2,6**
Januar bis Dezember					
Beherbergung	3,0	0,7	1,3	1,1	1,5
dar. Hotellerie	3,0	0,6	1,3	1,0	1,5
Ferienunterkünfte u. Ä.	1,9	0,0	- 0,2	3,2	- 1,9
Campingplätze	2,4	0,7	5,0	- 1,2	10,4
Gastronomie	2,0	- 0,2	1,8	1,3	2,1
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2,8	0,5	1,6	0,7	2,2
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	- 0,2	- 2,0	1,5	1,9	1,2
Ausschank von Getränken	- 0,2	- 2,4	3,1	6,2	2,3
Gastgewerbe insgesamt	**2,4**	**0,2**	**1,6**	**1,2**	**1,9**

1 In Preisen des Jahres 2010.

zeitbeschäftigten um 1,2% zunahm und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,9%.

In der Beherbergung stieg der nominale Umsatz im vergangenen Jahr um 3,0% (real: +0,7%), in der Gastronomie um 2,0% (real: -0,2%). Die Zahl der Beschäftigten nahm in der Beherbergung um 1,3% und in der Gastronomie um 1,8% zu. Im Dezember 2014 erhöhte sich der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 1,8% (real: -0,6%). Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes nahm um 2,0% zu (Vollzeitbeschäftigte: +1,2%; Teilzeitbeschäftigte: +2,6%).

Hinweis
Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Dezember 2014“ (Bestellnummer: G4300C 201412, nur als Datei).*

Bayern im Jahr 2014 bei Gästen so beliebt wie noch nie

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg die Zahl der Gästeankünfte in den bayerischen Beherbergungsbetrieben* im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2,7% auf fast 32,5 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 1,3% auf über 85,2 Millionen. Noch nie gab es so viele Gästeankünfte und Übernachtungen in Bayern wie im Jahr 2014. Auch der Ausländerreiseverkehr setzte mit gut 7,9 Millionen Gästeankünften (+4,5%) und knapp 16,6 Millionen Übernachtungen (+4,1%) neue Rekordmarken. Die Zahl der Gästeankünfte aus Deutschland stieg 2014 um 2,1% auf gut 24,5 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 0,6% auf knapp 68,7 Millionen zu.

Zuwächse gegenüber dem Vorjahr bei den Gästeankünften und den Übernachtungen verzeichneten 2014 fünf der sieben bayerischen Regierungsbezirke. Es waren dies Oberbayern, die Oberpfalz, Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben. In Niederbayern (Gästeankünfte: +1,3%; Übernachtungen: -0,4%) nahm die Zahl der Übernachtungen geringfügig

* Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Bayerns Fremdenverkehr im Dezember und im Jahr 2014
Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart / Herkunft / Gebiet	Dezember				Januar bis Dezember			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 237 363	7,2	2 565 324	6,1	16 239 934	3,7	34 354 112	2,9
Hotels garnis	407 738	6,7	855 003	3,7	5 530 593	1,5	12 721 252	- 0,8
Gasthöfe	207 666	1,6	440 166	- 0,6	3 529 911	- 0,6	7 426 752	- 1,5
Pensionen	84 420	1,6	244 380	0,4	1 464 497	2,0	4 349 271	- 1,3
Hotellerie zusammen	**1 937 187**	**6,2**	**4 104 873**	**4,5**	**26 764 935**	**2,6**	**58 851 387**	**1,2**
Jugendherbergen und Hütten	50 110	4,0	117 008	5,1	1 060 510	3,0	2 368 848	2,9
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	82 922	- 0,7	245 251	- 2,5	1 556 099	- 1,7	4 666 661	- 2,3
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	80 122	7,1	400 787	5,7	1 196 035	4,3	6 958 602	0,7
Campingplätze	16 013	10,2	80 129	8,7	1 444 267	7,9	4 727 556	5,7
Vorsorge- und Reha-Kliniken	30 137	13,3	573 268	7,9	439 724	5,0	7 649 229	1,5
Insgesamt	**2 196 491**	**6,0**	**5 521 316**	**4,6**	**32 461 570**	**2,7**	**85 222 283**	**1,3**
davon aus dem								
Inland	1 628 213	4,9	4 338 565	3,8	24 543 588	2,1	68 653 327	0,6
Ausland	568 278	9,3	1 182 751	8,0	7 917 982	4,5	16 568 956	4,1
davon								
Oberbayern	1 070 443	8,7	2 477 148	8,0	14 951 642	3,0	36 006 027	1,9
dar. München	553 783	10,4	1 108 984	10,7	6 593 883	4,6	13 448 024	4,3
Niederbayern	180 841	6,9	695 777	5,5	2 896 444	1,3	11 560 761	- 0,4
Oberpfalz	126 838	6,4	309 188	2,6	1 866 462	3,4	4 804 366	1,8
Oberfranken	103 580	1,5	275 623	- 0,1	1 810 011	- 0,2	4 604 987	- 0,8
Mittelfranken	295 497	1,4	540 924	- 0,3	3 693 918	3,3	7 450 991	3,1
dar. Nürnberg	155 066	0,3	259 155	- 0,7	1 561 681	3,5	2 824 254	5,9
Unterfranken	161 387	9,2	429 132	5,0	2 656 722	3,0	6 805 930	2,1
Schwaben	257 905	0,5	793 524	0,0	4 586 371	2,7	13 989 221	0,1

ab, in Oberfranken (Gästeankünfte: -0,2%; Übernachtungen: -0,8%) ging die Zahl der Gästeankünfte und der Übernachtungen leicht zurück. Deutliche Zuwächse bei Gästeankünften und Übernachtungen meldeten im Jahr 2014 auch die beiden bayerischen Metropolen München (Gästeankünfte: +4,6%; Übernachtungen: +4,3%) und Nürnberg (Gästeankünfte: +3,5%; Übernachtungen: +5,9%).

Im Dezember 2014 stieg die Zahl der Gästeankünfte der gut 11 500 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,0% auf knapp 2,2 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 4,6% auf über 5,5 Millionen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Dezember 2014 und im Jahr 2014“ (Bestellnummer: G41003 201412, Preis der Druckausgabe: 20,50 €).*

Tourismusregionen* in Bayern
Stand: 1. Januar 2014

* Die Festlegung und Abgrenzung der Tourismusregionen basiert auf Angaben der vier bayerischen Tourismusverbände (München-Oberbayern, Ostbayern, Franken und Allgäu/Bayerisch-Schwaben). Daran beteiligt waren das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.
** Diese Gebiete bilden eine gemeinsame Tourismusregion.

Verkehr

Neun Prozent weniger Verkehrstote in Bayern 2014

Im Jahr 2014 ging die Zahl der Straßenverkehrsunfälle leicht (-0,9%) zurück. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 368 972 Unfälle (2013: 372 482).

Bei diesen Unfällen kam es überwiegend lediglich zu Sachschaden (316 451 oder 85,8% aller Unfälle). Hier war ein Rückgang um 1,3% zu verzeichnen. Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden blieben dabei die Ausnahme (3,2% der Sachschadensunfälle), ihre Zahl ging von 11 326 im Jahr 2013 stark zurück. 2014 wurden 10 038 dieser Unfälle (-11,4%) polizeilich aufgenommen. Die Anzahl der Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel lag mit 1 845 (-5,7%) deutlich unter dem Vorjahreswert, während die Zahl der sogenannten Bagatellunfälle (übrige Sachschadensunfälle) nur leicht um 0,9% abnahm.

2014 verunglückten 70 153 Menschen auf Bayerns Straßen bei 52 521 (+1,4%) Unfällen mit Personenschaden, das waren 696 oder 1,0% mehr als im Jahr zuvor. Dabei handelte es sich überwiegend um Leichtverletzte (57 902 oder 82,5% der Verunglückten). Ihre Zahl stieg mit 1,1% etwas weniger stark als die der Schwerverletzten (+1,3%). Deutlich zurück ging die Zahl der Getöteten. 2014 verloren 619 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben. Das waren 9,0% weniger als im Jahr zuvor (680).

Die Zahl der Verunglückten ging lediglich im Regierungsbezirk Oberpfalz leicht zurück (6 088; -0,4%).

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Dezember und im Jahr 2014
Vorläufige Ergebnisse

Unfälle / Verunglückte	Dezember 2014	Dezember 2013[1]	Veränderung Anzahl	Veränderung %	Januar bis Dezember 2014	Januar bis Dezember 2013[1]	Veränderung Anzahl	Veränderung %
	Anzahl				Anzahl			
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	**32 670**	**30 810**	**1 860**	***6,0***	**368 972**	**372 482**	**-3 510**	***- 0,9***
dav. Unfälle mit Personenschaden	3 697	3 700	- 3	*- 0,1*	52 521	51 819	702	*1,4*
Unfälle mit nur Sachschaden	28 973	27 110	1 863	*6,9*	316 451	320 663	-4 212	*- 1,3*
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	1 305	1 052	253	*24,0*	10 038	11 326	-1 288	*- 11,4*
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	185	166	19	*11,4*	1 845	1 956	- 111	*- 5,7*
übrige Sachschadensunfälle	27 483	25 892	1 591	*6,1*	304 568	307 381	-2 813	*- 0,9*
Verunglückte insgesamt	**5 110**	**5 158**	**- 48**	***- 0,9***	**70 153**	**69 457**	**696**	***1,0***
dav. Getötete	50	66	- 16	*- 24,2*	619	680	- 61	*- 9,0*
Verletzte	5 060	5 092	- 32	*- 0,6*	69 534	68 777	757	*1,1*
dav. Schwerverletzte	648	780	- 132	*- 16,9*	11 632	11 482	150	*1,3*
Leichtverletzte	4 412	4 312	100	*2,3*	57 902	57 295	607	*1,1*

1 Endgültige Ergebnisse.

Verunglückte in Bayern im Jahr 2014 nach Regierungsbezirken
Vorläufige Ergebnisse

Gebiet	Verunglückte insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	davon Getötete	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Schwerverletzte	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Leichtverletzte	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Oberbayern	25 015	*0,6*	214	8 *3,9*	3 946	70 *1,8*	20 855	68 *0,3*
Niederbayern	7 181	*1,4*	94	- 5 *- 5,1*	1 286	- 48 *- 3,6*	5 801	150 *2,7*
Oberpfalz	6 088	*- 0,4*	61	- 18 *- 22,8*	1 091	- 55 *- 4,8*	4 936	46 *0,9*
Oberfranken	5 640	*4,3*	34	- 31 *- 47,7*	1 051	88 *9,1*	4 555	175 *4,0*
Mittelfranken	9 388	*0,2*	66	- 11 *- 14,3*	1 349	- 16 *- 1,2*	7 973	42 *0,5*
Unterfranken	6 575	*1,3*	59	- 13 *- 18,1*	1 193	18 *1,5*	5 323	82 *1,6*
Schwaben	10 266	*1,4*	91	9 *11,0*	1 716	93 *5,7*	8 459	44 *0,5*
Bayern insgesamt	**70 153**	***1,0***	**619**	**- 61** ***- 9,0***	**11 632**	**150** ***1,3***	**57 902**	**607** ***1,1***

Hingegen ging die Zahl der Getöteten in fünf von sieben Regierungsbezirken zurück, lediglich in Oberbayern und in Schwaben starben 2014 mehr Menschen im Straßenverkehr als im Vorjahr. Die Zahl der Schwerverletzten erhöhte sich in vier Regierungsbezirken, besonders stark in Oberfranken und Schwaben (9,1 % bzw. 5,7 %). Oberfranken wies auch die relativ stärkste Zunahmen bei den Leichtverletzten auf (4,0 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Dezember 2014“ (Bestellnummer: H1101C 201412, nur als Datei).*

Unternehmen, Arbeitsstätten, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

4,2 % weniger Neugründungen in Bayern im Jahr 2014

Im Jahr 2014 fiel die Zahl der neugegründeten Unternehmen in Bayern erstmals seit Jahren unter einen Wert von Einhunderttausend. Nur 98 298 Neugründungen wurden registriert, 4,2 % weniger als im Jahr 2013, wo zuletzt noch 102 591 Neugründungen gezählt wurden. Was nach einem fortgesetzten

Gewerbeanzeigen nach Regierungsbezirken in Bayern im Jahr 2014

Gebiet	Gewerbeanmeldungen[1]				Gewerbeabmeldungen[1]			
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2013	darunter Neugründungen		insgesamt	Veränderung gegenüber 2013	darunter vollständige Aufgaben	
			insgesamt	Veränderung gegenüber 2013			insgesamt	Veränderung gegenüber 2013
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Oberbayern	54 453	- 4,6	41 937	- 5,9	47 181	0,9	34 372	- 0,3
Niederbayern	10 438	- 1,2	8 130	- 1,8	9 449	- 4,7	7 106	- 5,0
Oberpfalz	8 891	1,4	7 036	1,0	7 698	0,1	5 797	- 1,1
Oberfranken	7 775	0,5	6 243	- 0,9	7 391	3,7	5 826	4,3
Mittelfranken	15 632	- 7,7	12 382	- 8,2	15 170	5,2	11 868	8,3
Unterfranken	10 766	- 1,9	8 573	- 3,0	10 304	3,6	7 969	5,3
Schwaben	17 775	1,1	13 997	- 1,3	15 765	1,9	11 988	1,1
Bayern	**125 730**	**- 3,3**	**98 298**	**- 4,2**	**112 958**	**1,5**	**84 926**	**1,3**

1 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Rückgang aller Neugründungen klingt, erweist sich bei genauer Betrachtung vor allem als eine verringerte Zahl der neugegründeten Einzelunternehmen von Bürgern mit rumänischer Nationalität. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 3 415 weniger Einzelunternehmen von Bürgern ausländischer Herkunft gegründet, allein 2 025 weniger Neugründungen erfolgten aus der Gruppe der Gründer mit rumänischer Nationalität. Diese hatten im Jahr 2013 noch 5 482 Einzelunternehmen neu gegründet. Die Zahl aller neu gegründeten Einzelunternehmen in Bayern verringerte sich von 81 516 im Vorjahr auf aktuell noch 78 300 Neugründungen.

Ein weiterer Teil der verringerten Zahl der Neugründungen geht allerdings auf weniger Betriebsgründungen zurück. Im Jahr 2014 wurden in Bayern 20 798 Betriebe neu gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Dies waren 1 381 weniger Betriebe und damit 6,2 % weniger als noch im Jahr 2013.

Trotzdem geht der bayerische Unternehmensbestand nicht zurück. Das eigentliche Gründungsgeschehen wird nämlich mit dem Gründungssaldo abgebildet, bei dem die Zahl der Neugründungen mit der Zahl der vollständigen Aufgaben von Gewerben verglichen wird. Bayernweit standen im Jahr 2014 den 98 298 Neugründungen insgesamt 84 926 vollständige Aufgaben gegenüber. Der daraus resultierende Gründungssaldo von immer noch 13 372 Unternehmen weist einen positiven Wert auf und damit auf einen weiterhin steigenden Unternehmensbestand hin. Gleichwohl lag der bayernweite Gründungssaldo im Jahr 2013 noch bei 18 792 Unternehmen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gewerbeanzeigen in Bayern 2014“ (Bestellnummer: D1202C 201400, nur als Datei).*

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig

Insgesamt 15 410 Insolvenzverfahren wurden im Jahr 2014 bei den bayerischen Amtsgerichten beantragt, darunter 2 947 Unternehmensinsolvenzen und 8 896 Verbraucherinsolvenzen. Damit ging die Anzahl der Insolvenzverfahren insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 % zurück, die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag um 2,4 % unter dem Vorjahreswert und die der Verbraucherinsolvenzen um 2,0 %. Die restlichen 3 567 Insolvenzverfahren betrafen natürliche Personen als Gesellschafter, ehemals selbstständig Tätige, Nachlässe und Gesamtgut; verglichen mit dem Vorjahreszeitraum zeigte sich hier insgesamt ein leichter zahlenmäßiger Anstieg (+4,1 %).

Von den insgesamt 2 947 im Berichtszeitraum beantragten Unter-

Beantragte Insolvenzverfahren in Bayern im Jahr 2014

	Insolvenzverfahren im Jahr 2014				Jahr 2013: Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber 2013 (in Prozent)
	insgesamt	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen		
Insgesamt	**15 410**	**14 159**	**1 121**	**130**	**15 522**	***- 0,7***
Unternehmen	2 947	2 174	773	X	3 018	*- 2,4*
Übrige Schuldner	12 463	11 985	348	130	12 504	*- 0,3*
davon						
Verbraucher	8 896	8 770	6	120	9 077	*- 2,0*
natürliche Personen als Gesellschafter	57	49	8	X	80	*- 28,8*
ehemals selbstständig Tätige[1]	2 941	2 741	190	10	2 973	*- 1,1*
Nachlässe und Gesamtgut	569	425	144	X	374	*52,1*

1 Vereinfachte Verfahren und Regelinsolvenzverfahren.

nehmensinsolvenzverfahren wurden 2 174 Verfahren eröffnet und 773 mangels Masse abgewiesen. Pro Insolvenzantrag eines Unternehmens betrugen die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger durchschnittlich 1,04 Millionen Euro und lagen damit um 8,7 % unter dem Vorjahresniveau. Zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags waren bei den Unternehmen, die im Jahr 2014 Insolvenz beantragt und Angaben zu den Beschäftigten gemacht hatten, 20 464 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Im Jahr zuvor waren 23 387 Beschäftigte von einer Unternehmensinsolvenz betroffen; damit waren im Berichtsjahr 2014 um 12,5 % weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einer Unternehmensinsolvenz tangiert als im Jahr davor. Die Mehrheit der Unternehmen, die im Jahr 2014 einen Insolvenzantrag gestellt hatten (60,7 %), hatte zum Insolvenzzeitpunkt keine Arbeitnehmer; 28,3 % hatten zwischen einem und zehn Beschäftigte; 9,3 % 11 bis 100 Arbeitnehmer und nur 0,7 % verfügten über mehr als 100 Arbeitnehmer (0,9 % der insolventen Unternehmen hatten keine Angaben zu den betroffenen Arbeitnehmern gemacht). Gut die Hälfte der insolventen Unternehmen (50,9 %) war zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags weniger als acht Jahren alt; 26,2 % der Unternehmen konnten sich nur bis zu drei Jahre lang am Markt halten, bevor sie Insolvenz beantragen mussten.

Von den 8 896 im Berichtszeitraum beantragten Verbraucherinsolvenzverfahren wurden 98,6 % (bzw. 8 770 Verfahren) eröffnet, in 1,3 % der Fälle wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und weniger als ein Prozent wurde mangels Masse abgewiesen. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gegenüber den Verbrauchern, die Insolvenz anmelden mussten, beliefen sich auf insgesamt 492,7 Millionen Euro und lagen damit um 5,9 % unter dem Vorjahreswert. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen, bezogen auf ein im Jahr 2014 beantragtes Verbraucherinsolvenzverfahren, betrugen durchschnittlich 55 383 Euro, was um 4,0 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (57 701 Euro) lag.

Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden im Jahr 2014 in Bayern im Durchschnitt 7,0 Verbraucherinsolvenzverfahren beantragt (Vorjahreswert: 7,2). Spitzenreiter war hierbei der Regierungsbezirk Oberfranken mit einer Quote von 11,0, gefolgt von Schwaben (8,1), der Oberpfalz (7,6), Unterfranken (7,2) Niederbayern (6,9) sowie Mittelfranken (6,5). Die vergleichsweise geringste Anzahl an Verbraucherinsolvenzen pro 10 000 Einwohner (5,8) gab es – wie bereits im Vorjahr (damals: 6,0) – in Oberbayern. In den kreisfreien Städten Bayerns lag die Quote der Verbraucherinsolvenzverfahren mit 9,6 Verfahren pro 10 000 Einwohnern deutlich über derjenigen der Landkreise (6,0 Verfahren).

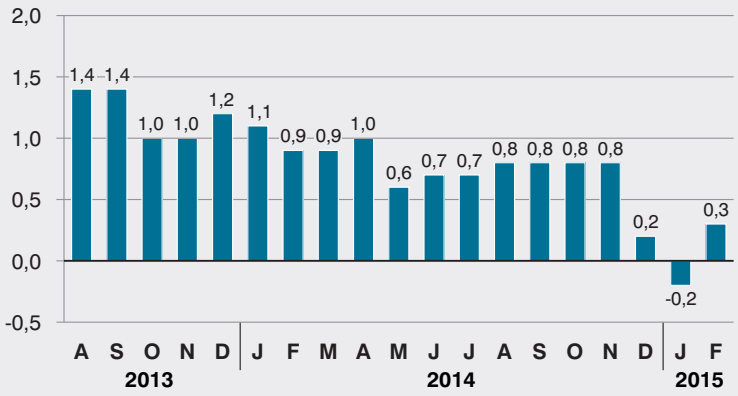
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Insolvenzverfahren in Bayern im Jahr 2014“ (Bestellnummer: D3100C 201400, nur als Datei).*

Preise

Inflationsrate in Bayern im Februar 2015 bei 0,3 %

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Februar 2015 bei +0,3 %; im vorangegangenen Januar hatte sie bei -0,2 % gelegen. Ohne Kraftstoffe und Heizöl gerechnet, hätte sich der Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Februar des Vorjahres um 1,1 % erhöht.

Verbraucherpreisindex für Bayern von August 2013 bis Februar 2015
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (2010 ≙ 100)



Die Preise für Nahrungsmittel sind gegenüber dem Februar des Vorjahres im Gesamtdurchschnitt um 1,1 % gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung teilweise sehr unterschiedlich. Deutlich billiger als im Vorjahr waren u. a. Butter (-13,9 %) und Vollmilch (-8,7 %), während sich die Preise für Obst (+10,8 %) und Bohnenkaffee (+11,8 %) spürbar erhöhten.

Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem Februar des Vorjahres um 21,8 % gefallen. Auch Kraftstoffe (-12,9 %) haben sich binnen Jahresfrist spürbar verbilligt. Nur geringfügige Preisrückgänge konnten bei Gas (-0,1 %) und Strom (-0,9 %) beobachtet werden.

Weiterhin entspannt verläuft im Landesdurchschnitt die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem Februar des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,7 %. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im Februar weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher Festplattenrecorder (-5,8 %), tragbare Computer (-9,7 %) und Fernsehgeräte (-12,0 %) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.
Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtniveau um 0,9 % erhöht. Dieser binnen Monatsfrist vergleichsweise deutliche Anstieg hat mehrere Gründe. So konnten bei Kraftstoffen (+3,5 %) und Heizöl (+13,5 %) kräftige kurzfristige Preiserhöhungen beobachtet werden. Aus saisonalen Gründen haben sich im Vergleich zum Vormonat auch Pauschalreisen (+16,3 %) erheblich verteuert. Nach Auslaufen des Winterschlussverkaufs und der beginnenden Einführung der Sommerkollektion sind im Februar zudem auch die Preise für Bekleidungsartikel (+3,4 %) gestiegen.

Hinweis
Diese Kurzmitteilung zum Berichtsmonat Februar 2015 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, Februar 2015 mit Jahreswerten von 2011 bis 2014 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201502, nur als Datei)* und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis Februar 2015 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201502, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*

Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

58 786 Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern 2014

Von den unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern wurden im Jahr 2014 insgesamt 58 786 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Damit wurden 2014 insgesamt 2 750 bzw. 4,9 % mehr Wohnungen zum Bau freigegeben als im Vorjahr. Die meisten dieser Wohnungen (51 321 bzw. 87,3 %; +3,5 % gegenüber 2013) sollen in neuen Wohngebäuden realisiert werden. Durch Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand sollen 6 207 Wohnungen entstehen (+12,0 %) in neuen gewerblichen Hochbauten, sogenannten Nichtwohngebäuden, sind 1 258 Wohnungen projektiert (+37,0 %).

Von den aktuell 51 321 in neuen Wohngebäuden geplanten Wohnungen sind 47,6 % in Mehrfamilienhäusern (Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen) vorgesehen (-0,2 % gegenüber 2013), 45,0 % in Eigenheimen (Ein- oder Zweifamilienhäuser; +0,3 %) und 7,4 % in Wohnheimen (+85,5 %).

Erwartungsgemäß wurden auch 2014 die mit Abstand meisten Wohnungsbaugenehmigungen für Oberbayern gemeldet (24 982; +5,0 %). Während Niederbayern, die Oberpfalz und Mittelfranken weniger Wohnungsbaufreigaben als 2013 zählten, verzeichneten neben Oberbayern auch Oberfranken, Unterfranken und Schwaben ein jeweils wesentlich höheres Genehmigungsvolumen als im Vorjahr. Den relativ stärksten Rückgang an Wohnungsbaugenehmigungen verbuchte Mittel-

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern von Januar bis Dezember 2013 und 2014

Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen[1]			
	Januar bis Dezember 2013	Januar bis Dezember 2014	Veränderung 2014 gegenüber 2013	
	Anzahl			%
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	**55 220**	**57 287**	**2 067**	***3,7***
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	49 574	51 321	1 747	*3,5*
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	18 548	18 735	187	*1,0*
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	4 500	4 380	- 120	*- 2,7*
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	24 491	24 432	- 59	*- 0,2*
in Wohnheimen	2 035	3 774	1 739	*85,5*
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	5 646	5 966	320	*5,7*
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	**816**	**1 499**	**683**	***83,7***
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	918	1 258	340	*37,0*
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	- 102	241	343	*X*
Wohnungen insgesamt	**56 036**	**58 786**	**2 750**	***4,9***
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	23 803	24 982	1 179	*5,0*
Niederbayern	5 628	5 552	- 76	*- 1,4*
Oberpfalz	4 838	4 790	- 48	*- 1,0*
Oberfranken	2 746	3 132	386	*14,1*
Mittelfranken	7 566	7 052	- 514	*- 6,8*
Unterfranken	3 960	4 982	1 022	*25,8*
Schwaben	7 495	8 296	801	*10,7*
Bayern	**56 036**	**58 786**	**2 750**	***4,9***
Kreisfreie Städte	19 689	21 086	1 397	*7,1*
darunter Großstädte[2]	15 987	17 013	1 026	*6,4*
Landkreise	36 347	37 700	1 353	*3,7*

1 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.
2 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

franken (-6,8% auf aktuell 7 052 Baufreigaben), dagegen Unterfranken den entsprechend relativ stärksten Anstieg (+25,8% auf 4 982 Baufreigaben).

Von allen in Bayern im Jahr 2014 erteilten Wohnungsbaugenehmigungen galten 21 086 bzw. 35,9% den 25 kreisfreien Städten und 37 700 bzw. 64,1% den 71 Landkreisen Bayerns, womit das Vorjahresergebnis in den kreisfreien Städten insgesamt um 7,1% und in den Landkreisen um 3,7% übertroffen wurde. Gut jede vierte der im Jahr 2014 zum Bau genehmigten Wohnungen (28,9%; +6,4%) entfiel auf eine der acht bayerischen Großstädte.

Ausführliche Ergebnisse zum aktuellen Monatsabschluss enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2014 (Bestellnummer: F21013 201412, Preis der Druckausgabe: 8,40 €).*

Personalrückgang in der bayerischen Energie- und Wasserversorgung im Jahr 2014

Im Jahresmittel 2014 waren in 247 bayerischen Betrieben der Energie- und Wasserversorgung insgesamt 29 587 Personen tätig. Das waren 147 Beschäftigte bzw. 0,5% weniger als im Jahr 2013. Die Mehrheit der Beschäftigten (89,3%) war im Bereich der Elektrizitätsversorgung tätig, 7,0% in der Gasversorgung, 3,5% in der Wasserversorgung und 0,2% in der Wärme- und Kälteversorgung. Daraus ergeben sich nahezu identische Anteile im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den Löhnen und Gehältern stieg der durchschnittliche Monatsverdienst je Beschäftigten gegenüber dem Jahr 2013 um 51 Euro auf 4 347 Euro. Mit einem Verdienst von 5 770 Euro nahm hier der Bereich Wärme- und Kälteversorgung den Spitzenplatz ein. Am wenigsten verdienten Beschäftigte im Bereich der Wasserversorgung (3 053 Euro).

Die gesamte Jahresbruttolohn- und -gehaltssumme stieg im Vergleich zum Vorjahr aufgrund erhöhter Beschäftigtenzahlen im Bereich der Wärme- und Kälteversorgung (18,1%) deutlich an. Auch bei der Elektrizitätsversorgung (1,8%) und der Wasserversorgung (0,7%) waren Zunahmen zu verzeichnen.

Eine geringere Jahresbruttolohn- und -gehaltssumme wurde demgegenüber im Bereich Gasversorgung (-5,6%) registriert.

Im Schnitt arbeitete jeder Beschäftigte rund 119 Stunden pro Monat und damit knapp eine Stunde weniger als im Jahr 2013. Dabei leisteten die Arbeitnehmer in der Wärme- und Kälteversorgung mit durchschnittlich 137 die meisten und die Arbeitnehmer in den wasserversorgenden Betrieben mit 115 die wenigsten Stunden.

Hinweis
Die dargestellten Ergebnisse basieren auf Angaben aus dem Monatsbericht bei Betrieben in der Energie- und Wasserversorgung. Im Rahmen dieser Erhebung werden Betriebe der Energie- und Wasserversorgung von bayerischen Unternehmen dieser Wirtschaftsbereiche mit 20 oder mehr Beschäftigten befragt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Energiewirtschaft in Bayern; Teil I: Endgültige Ergebnisse 1.–4. Quartal 2014“ (Bestellnummer: E4201C 201400, nur als Datei).*

Betrieblicher Frischwasserverbrauch in Bayern im Jahr 2013 bei 2,65 Milliarden Kubikmeter

Im Jahr 2013 lag das Wasseraufkommen in der nichtöffentlichen bzw. betrieblichen Wasserversorgung in Bayern bei insgesamt rund 2 782 Millionen m³. Der überwiegende Teil davon, nämlich knapp 2 609 Millionen m³, wurde von den befragten Betrieben selbst gewonnen, darunter rund 2 203 Millionen m³ aus Oberflächengewässern.

Den Rest von knapp 174 Millionen m³ bezogen sie aus dem öffentlichen Netz bzw. von anderen Betrieben. 2013 wurden insgesamt 2 646 Millionen m³ Frischwasser – das sind rund 95% des Gesamtwasseraufkommens im nichtöffentlichen Bereich – in den befragten Betrieben selbst eingesetzt, und zwar überwiegend zu Kühlzwecken. Die übrigen fünf Prozent wurden ungenutzt ab- oder weitergeleitet.

Rund 1 835 Millionen m³, mit 69% der größte Anteil des in den befragten Betrieben eingesetzten Frischwassers, entfiel auf den Bereich der Elektrizitäts- und Wärmeversorgung, rund 740 Millionen m³

auf die verschiedenen Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, darunter knapp 350 Millionen m³ auf die chemische Industrie und weitere gut 126 Millionen m³ auf die Papierindustrie.

Die bei den befragten Betrieben nach der Nutzung angefallene Abwassermenge lag im Jahr 2013 bei rund 2 586 Millionen m³. Gut 2 289 Millionen m³ wurden direkt und ohne vorherige Behandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen in ein Oberflächengewässer oder den Untergrund eingeleitet, davon 2 161 Millionen m³ (94 %) Kühlwasser. Knapp 149 Millionen m³ Abwasser wurden in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen behandelt, rund 100 Millionen m³ Abwasser wurden zunächst an andere Betriebe weitergeleitet und knapp 48 Millionen m³ gingen ohne Vorbehandlung in betriebseigenen Abwasserbehandlungsanlagen in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasserbehandlungsanlagen.

In den betrieblichen Kläranlagen mit biologischer Abwasserbehandlung fielen rund 76 000 tTM (Tonnen Trockenmasse) Klärschlamm an, darunter wurden gut 46 000 tTM (61 %) stofflich verwertet und gut 28 000 tTM (37 %) wurden thermisch entsorgt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Nichtöffentliche Wasserversorgung und nichtöffentliche Abwasserentsorgung in Bayern 2013“ (Bestellnummer: Q1200C 201351, nur als Datei).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich.
Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Bürgermeister und Gemeinderäte zum wiederholten Mal zu Gast im Bayerischen Landesamt für Statistik

Nunmehr zum fünften Mal waren am 11. März 2015 in der Bibliothek des Bayerischen Landesamts für Statistik Bürgermeister und Gemeinderäte im Rahmen ihrer Fortbildung im Bayerischen Selbstverwaltungskolleg* zu Gast. Damit haben seit 2013 insgesamt 116 Mandatsträger die Bibliothek besucht. Diesmal gab es eine regionale Besonderheit, alle 13 Teilnehmer, darunter drei Bürgermeister, kamen aus der Oberpfalz und gehörten der Verwaltungsgemeinschaft Neusorg an, bestehend aus den Gemeinden Brand, Ebnath, Neusorg und Pullenreuth. Stark unterrepräsentiert waren diesmal die Frauen, nur eine Gemeinderätin nahm an der Veranstaltung teil.

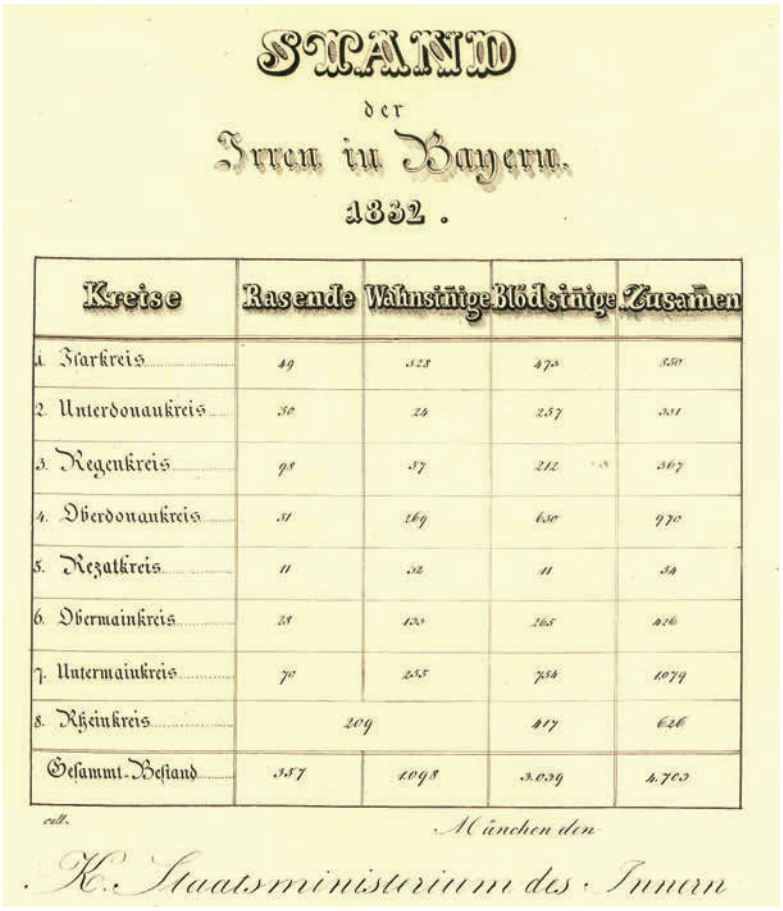
Frau Präsidentin Frisch begrüßte die Gäste. In ihren Grußworten nahm sie Bezug auf die 200-jährige Geschichte unseres Hauses, als dessen Keimzelle das 1808 gegründete Statistisch-topographische Bureau anzusehen ist, und hob die Kontinuität der statistischen Darstellung hervor. Des Weiteren erläuterte sie die heutige föderalistische Struktur der amtlichen Statistik.

Wie bereits in der Vergangenheit waren auch diesmal die Gäste beeindruckt und begeistert von den statistischen Kostbarkeiten, die unsere Bibliothek zu bieten hatte. (vgl. Bayern in Zahlen Heft 2/2013, S. 75). Einige Impressionen aus der fünften Bibliotheksveranstaltung seien hier vorgestellt:

Zwei Teilnehmer vertieft in den ersten Band der „Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern“ von 1850 (1.v.r), ein Ortschaftenverzeichnis des Königreichs Bayern von 1904, den Tagungsband des ersten internationalen statistischen Kongresses, auf dem der Schriftentausch zwischen den Ämtern vereinbart wurde und ein – aufgrund der Tauschbeziehungen in die Bibliothek gelangter – Zensus von England und Wales aus dem Jahr 1853, der auch im ersten Bandkatalog von 1855/56 verzeichnet ist (2.v.r).

* Das Bayerische Selbstverwaltungskolleg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit der Aufgabe, Mandatsträgern in mehrtägigen Seminaren Rechtsgrundlagen der kommunalen Verwaltung zu vermitteln und eine Plattform für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch zu bieten. Träger des Bayerischen Selbstverwaltungskollegs sind der Freistaat Bayern, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Verband der Bayerischen Bezirke. Die Aufsicht obliegt dem Bayerischen Staatsministerium des Innern. (vgl. Bayern in Zahlen, Heft 2/2013, S. 75)

Ebenso immer wieder faszinierend: Der Kartenband „Kartogramme und Diagramme zur Statistik Bayerns“ aus den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts (links) und die sog. Prachtmappe (links unten) mit ihren nach Flusskreisen untergliederten Tabellen von 1832/33, welche u. a. das folgende Blatt über den „Stand der Irren in Bayern“ im Jahre 1832 enthält.



STAND
der
Irren in Bayern.
1832.

Kreise	Rasende	Wahnsinnige	Blödsinnige	Zusamen
1. Isarkreis	49	323	478	850
2. Unterdonaukreis	30	24	257	311
3. Regenkreis	98	57	212	367
4. Oberdonaukreis	51	169	650	970
5. Rezatkreis	11	32	11	54
6. Obermainkreis	38	130	268	436
7. Untermainkreis	70	255	754	1079
8. Rheinkreis	209		417	626
Gesammt-Bestand	357	1098	3.039	4.703

cdl. München den
K. Staatsministerium des Innern

Wie üblich gab es auch diesmal für jede Gemeinde mehrere Zahlen aus Vergangenheit und Gegenwart, die vielfältige Lebensbereiche statistisch beleuchteten. Hervorgehoben seien die Statistik zum Fremdenverkehr im Fichtelgebirge von 1925, der Zugfahrkartenverkauf von 1892, die Viehzählung von 1892, die Hundeschlachtungen im 19. Jahrhundert und die Lebensmittelpreise von 1894 in Bezug auf die damaligen Löhne.

Mit dem traditionellen zwanglosen Schmökern in der Bibliothek und der Gelegenheit zu einem weiteren Informationsaustausch ging die Veranstaltung zu Ende. Christine Wiens, Bibl.ARin, M.A.

Das Deutschlandstipendium

Dipl.-Betriebsw. (FH) Matthias Hönnl

Für Studierende, die herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lassen, wurde bundesweit mit dem Sommersemester 2011 die Förderung nach dem nationalen Stipendienprogramm (sog. Deutschlandstipendium) eingeführt. Seit diesem Zeitpunkt werden jährlich die Stipendiatinnen und Stipendiaten an Hochschulen erfasst, die nach dieser Möglichkeit während des Studiums finanziell unterstützt werden. Diese Förderung wird zur einen Hälfte aus staatlichen Mitteln und zur anderen Hälfte aus Mitteln privater Mittelgeber, wie zum Beispiel Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen oder auch Privatpersonen, finanziert. Auch auf die Art und den Umfang dieser privaten Mittel wird im folgenden Artikel eingegangen. Er fasst zudem die wichtigsten Ergebnisse dieser ersten Phase seit 2011 zusammen und zeigt die Entwicklung und Rahmenbedingungen zum Deutschlandstipendium an bayerischen Hochschulen auf.

Vorbemerkungen

Als eine weitere Fördermöglichkeit neben den einkommensabhängigen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und der Aufnahme von Studiendarlehen wie zum Beispiel über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)[1] wurde im Jahre 2011 nach dem Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (StipG)[2] das sogenannte Deutschlandstipendium eingeführt. Diese Stipendien können an besonders begabte Studierende vergeben werden. Die Idee, die damit verfolgt wird, ist eine nachhaltige finanzielle Förderung der künftigen Fach- und Führungskräfte für die stetig wachsenden Anforderungen in allen Bereichen des Arbeitslebens.

Neben den Studienleistungen spielt bei der Vergabe der Stipendien die soziale Komponente eine erhebliche Rolle. Zum einen werden die einkommensunabhängigen Stipendien nach Begabung und Leistung, zum anderen aber auch nach dem gesellschaftlichen Engagement der Studierenden und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, vergeben.[3]

Die Höhe des Stipendiums beträgt monatlich 300 Euro. Die eine Hälfte wird aus Mitteln privater Mittelgeber finanziert, die von den jeweiligen Hochschulen eingeworben werden. Der Bund seinerseits stockt je eingeworbene 150 Euro diesen Betrag um weitere 150 Euro auf. Die Studierenden können sich bei ihrer Hochschule um die Vergabe des Stipendiums bewerben, die nach Durchführung eines Auswahlverfahrens entscheidet, ob der Bewerber die Förderung erhält. Die Förderung kann ab dem ersten Semester vergeben werden. Es soll eine Laufzeit von mindestens zwei Studiensemestern bzw. einem Jahr haben und orientiert sich an der Regelstudienzeit im jeweiligen Studiengang. Die Förderdauer verlängert sich regelmäßig um den gleichen Zeitraum, sofern die Mittel zur Verfügung stehen und die Bedingungen für die Förderung weiterhin erfüllt sind.

Datengrundlage

Als Berichtszeitraum für die Erhebung zum Deutschlandstipendium wird das Kalenderjahr zugrunde gelegt. Seit der Einführung im Berichtsjahr 2011 stehen somit aktuell drei Zeiträume für Vergleiche und erste Entwicklungstendenzen zur Verfügung.

Die bereits bei den Hochschulen erhobenen Verwaltungsdaten werden jeweils nach dem Berichtszeitraum zu Jahresbeginn an das Statistische Landesamt gemeldet. Meldende Hochschulen sind alle nach dem Landesrecht anerkannten staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen in Bayern. Nicht förderfähig sind Studierende, die eine Verwaltungsfachhochschule besuchen, sofern sie als Beschäf-

1 www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Studieren-Qualifizieren/Finanzierungsangebote/KfW-Studienkredit-(174)/ [Stand: 01.02.2015].

2 Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (Stipendienprogrammgesetz – StipG) vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2475). www.destatis.de/DE/Methoden/Rechtsgrundlagen/Statistikbereiche/Inhalte/520_StipG.html [Stand: 01.02.2015].

3 § 3 StipG, Auswahlkriterien.

Tab. 1 **Stipendiatinnen und Stipendiaten, Mittelgeber nach Ländern 2013**

Land	Studierende WS[1] 2013/14	Stipendiatinnen und Stipendiaten			Anzahl der Mittelgeber[2]
		insgesamt	männlich	weiblich	
Deutschland	**2 616 881**	**19 740**	**10 414**	**9 326**	**6 086**
Nordrhein-Westfalen	695 297	5 428	3 018	2 410	1 421
Bayern	355 915	3 116	1 614	1 502	789
Baden-Württemberg	347 199	2 837	1 585	1 252	705
Hessen	227 608	1 803	886	917	609
Niedersachsen	177 571	1 721	868	853	787
Sachsen	113 394	1 069	615	454	403
Rheinland-Pfalz	122 646	777	367	410	283
Berlin	165 923	670	304	366	237
Sachsen-Anhalt	55 954	453	249	204	217
Brandenburg	50 272	386	169	217	128
Thüringen	52 001	368	193	175	149
Bremen	35 243	365	155	210	123
Saarland	28 657	337	184	153	54
Mecklenburg-Vorpommern	39 274	198	97	101	78
Schleswig-Holstein	56 113	161	87	74	82
Hamburg	93 814	51	23	28	21

1 Wintersemester

2 Doppelzählungen von Mittelgebern, die an mehreren Hochschulen aktiv sind.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.6, 2013.

tigte im öffentlichen Dienst Anwärterbezüge oder ähnliche Leistungen aus öffentlichen Mitteln erhalten sowie Studierende, die an Hochschulen in Trägerschaft des Bundes immatrikuliert sind.[4] In Bayern zählen hierzu die sechs Fachbereiche der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege und die Universität der Bundeswehr in München.

Im Rahmen dieser Sekundärerhebung (Vollerhebung) werden für die Stipendiatinnen und Stipendiaten neben Geschlecht und Staatsangehörigkeit unter anderem auch die Art des angestrebten Abschlusses, die Studienfachrichtung, der Bezug von BAföG-Leistungen und die Anzahl der an der Hochschule bereits absolvierten Hochschul- bzw. Fachsemester erfasst. Bei den privaten Mittelgebern werden Merkmale zur Rechtsform, Angaben zur Bindung der bereitgestellten Mittel für bestimmte Studiengänge und die Gesamtsumme der bereitgestellten Mittel nachgewiesen.[5]

Bayern überdurchschnittlich

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, den Hochschulen die Möglichkeit zu geben, mittelfristig bis zu 8% ihrer Studierenden nach dem nationalen Stipendienprogramm zu fördern. Diese Höchstfördergrenze ist in der Verordnung über die Erreichung der Höchstgrenze (StipHV)[6] festgelegt und wird sukzessive erhöht. In den ersten beiden Jahren konnten maximal 0,45 bzw. 1,0% der Studierenden gefördert werden. Seit dem 1. August 2013 liegt diese Höchstfördergrenze bei 1,5%. In Bayern könnten somit annähernd 5 340 Studierende ein Stipendium erhalten.

In Deutschland wurden im Kalenderjahr 2013 insgesamt 19 740 Stipendiatinnen und Stipendiaten nach dem Stipendienprogrammgesetz gefördert (vgl. Tabelle 1). Das sind 0,8% aller Studierenden. Für 2011 wurden noch 5 375 (0,2%) und für 2012 bereits 13 896 Geförderte (0,6%) verzeichnet.

Gemessen an allen Empfängern des Deutschlandstipendiums in den jeweiligen Bundesländern, verzeichnete das Saarland den höchsten Anteil mit 1,2%. Mit 0,9% oder 3 116 geförderten Studierenden lag Bayern 2013 über dem Bundesdurchschnitt und somit auf einem der vorderen Plätze (vgl. Abbildung 1).

Die meisten geförderten Frauen nach dem StipG studierten im Stadtstaat Bremen. Hier waren fast 58% der Geförderten Frauen. Den niedrigsten Frauenanteil hatte Sachsen mit knapp 43%. In Bayern lag die Frauenquote 2013 mit 48,2% immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 47,2%.

Förderquote steigt kontinuierlich

An bayerischen Hochschulen wurden bei der Erhebung zum Deutschlandstipendium 2011 insgesamt 867 Stipendiatinnen und Stipendiaten gezählt (vgl. Tabelle 2). Somit wurden 0,3% aller damals immatri-

4 § 1 StipG, Fördergrundsatz.

5 § 13 StipG, Statistik.

6 Verordnung über die Erreichung der Höchstgrenze nach dem Stipendienprogramm-Gesetz (Stipendienprogramm-Höchstgrenzen-Verordnung – StipHV) vom 29. November 2011 (BGBl. I S. 2450), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. August 2013 (BGBl. I S. 3274) www.gesetze-im-internet.de/stiphv/BJNR245010011.html [Stand: 01.02.2015].

Anteil der Stipendiatinnen und Stipendiaten an allen Studierenden in Deutschland 2013 Abb. 1
in Prozent

kulierten Studierenden mit dieser Förderung unterstützt. Ein Jahr später lag dieser Anteil unter anderem durch konsequente Werbe- und Informationskampagnen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Hochschulen bereits bei 0,7 % und hat sich im Jahr 2013 weiter auf 0,9 % erhöht.

Der Frauenanteil bei den Geförderten lag 2011 bei 49,6 %. Im Vergleich dazu hatten die Frauen bei den Studierenden insgesamt (320 318) einen etwas geringeren Anteil von 48,2 %. Im Folgejahr sank der Anteil der Stipendiatinnen auf 48,3 % und liegt im aktuellen Berichtszeitraum bei 48,2 %. Die Frauenquote bei den Studierenden an allen Hochschulen in Bayern hat sich nur unwesentlich verändert und lag sowohl 2012 als auch 2013 auf dem gleichen Niveau von 48,3 %.

Am Deutschlandstipendiumprogramm beteiligten sich in der Anfangsphase bereits 31 bayerische Hochschulen. Mittlerweile sind 35 Hochschulen dabei, Studierende im Rahmen dieses Stipendiums zu unterstützen. Hierbei ist die Beteiligung innerhalb einzelner Hochschularten sehr unterschiedlich. Die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten waren 2013 an den Universitäten zu finden. Insgesamt 2 097 der 3 116 Geförderten waren hier eingeschrieben. Das entspricht 67,3 % aller Stipendiatinnen und Stipendiaten im Land. Im Vergleich dazu waren 65,0 % aller Studierenden in dieser Hochschulart vertreten. Die meisten Stipendiaten konzentrierten sich an den Hochschulen im Münchner Raum. Nahezu die Hälfte aller Geförderten an Universitäten studierte in München. Spitzenreiter war die Technische Universität München mit 538 Geförderten, gefolgt von der Ludwig-Maximilians-Universität München mit 476.

Von den staatlichen Fachhochschulen hingegen wurden insgesamt 948 Stipendien vergeben, was einem Anteil von 30,4 % an allen Stipendien entspricht. Insgesamt hatten sich 120 460 Studierende in dieser Hochschulart eingeschrieben. Das sind 33,8 %. Neben der Technischen Hochschule in Nürnberg und der Hochschule Coburg zählen die Hochschulen in

Tab. 2 **Studierende, Stipendiatinnen und Stipendiaten an Hochschulen in Bayern seit 2011***

Hochschule[1]	WS[1] 2011/12			WS[1] 2012/13			WS[1] 2013/14		
	Studierende	Stip (2011)	darunter weiblich	Studierende	Stip (2012)	darunter weiblich	Studierende	Stip (2013)	darunter weiblich
	insgesamt			insgesamt			insgesamt		
U Augsburg	17 054	70	47	17 716	121	72	19 006	132	77
U Bamberg	11 753	3	2	12 023	13	10	12 499	17	13
U Bayreuth	10 971	28	17	11 348	53	29	12 520	78	44
Kath. U Eichstätt-Ingolstadt	4 711	–	–	4 910	–	–	5 171	–	–
U Erlangen-Nürnberg	32 354	121	67	34 077	358	187	36 610	415	206
U München	46 432	73	42	46 160	221	121	47 959	476	255
TU München	30 821	109	38	32 316	358	143	35 761	538	213
U der Bundeswehr München	3 438	–	–	2 944	–	–	2 806	–	–
H für Politik München	576	–	–	525	–	–	535	–	–
U Passau	10 012	42	30	10 007	122	79	11 294	150	95
U Regensburg	19 547	52	35	19 554	111	75	20 482	142	104
U Würzburg	23 482	71	42	24 465	121	68	26 577	149	81
Universitäten zusammen	**211 151**	**569**	**320**	**216 045**	**1 478**	**784**	**231 220**	**2 097**	**1 088**
Phil.-Theol. H Benediktbeuern (rk)	71	–	–	52	–	–	19	–	–
H für Philosophie München (rk)	325	–	–	336	–	–	385	–	–
Augustana-H Neuendettelsau (ev)	162	–	–	147	–	–	152	·	·
Akademie der Bildenden Künste München	657	–	–	676	–	–	676	–	–
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg	303	–	–	317	–	–	336	.	.
H für Musik und Theater München	1 046	4	·	1 033	15	8	1 084	23	14
H für Musik Nürnberg	360	·	·	388	·	·	410	9	7
H für Musik Würzburg	628	3	·	632	10	4	652	15	7
H für evang. Kirchenmusik Bayreuth	24	·	·	25	·	·	31	.	.
H für Kath. Kirchenmusik und Musikpädagogik, Regensburg	79	–	–	90	–	–	99	–	–
H für Fernsehen und Film München	360	–	–	381	–	–	391	–	–
Theologische Hochschulen und Kunsthochschulen zusammen	**4 015**	**10**	**5**	**4 077**	**33**	**19**	**4 235**	**54**	**33**
Ostbayerische Technische Hochschule Amberg-Weiden (FH)	3 020	12	3	3 124	34	12	3 300	53	19
FH Ansbach	2 362	–	–	2 598	–	–	2 757	–	–
FH Aschaffenburg	2 660	10	4	2 867	26	12	3 141	37	18
FH Augsburg	4 855	4	·	5 324	8	5	5 775	15	8
FH Coburg	4 248	16	8	4 446	71	26	4 708	106	44
Technische Hochschule Deggendorf (FH)	4 707	17	3	4 771	41	8	5 044	47	17
FH Hof	2 945	11	3	3 041	33	11	3 335	54	20
Technische Hochschule Ingolstadt (FH)	3 679	12	·	4 403	46	8	4 928	88	23
FH Kempten	4 436	15	6	4 789	44	22	5 310	54	27
FH Landshut	3 786	13	4	4 274	21	9	4 746	25	13
FH München	16 198	46	21	17 191	76	28	17 710	103	35
FH Neu-Ulm	2 813	10	7	3 113	29	22	3 442	31	21
Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm (FH)	10 072	39	12	10 878	95	25	12 234	125	42
Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg (FH)	7 873	20	7	8 715	54	20	9 636	103	39
FH Rosenheim	4 668	–	–	5 062	–	–	5 505	–	–
FH Weihenstephan	5 609	20	9	5 662	47	24	5 928	59	28
FH Würzburg-Schweinfurt	8 626	33	7	8 833	41	11	8 878	48	15
Staatliche Fachhochschulen zusammen	**92 557**	**278**	**99**	**99 091**	**666**	**243**	**106 377**	**948**	**369**
Kath. Stiftungs FH München	2 079	–	–	2 116	–	–	2 152	–	–
Evang. Hochschule Nürnberg (FH)	1 111	·	·	1 197	3	·	1 271	5	5
Hochschule für angewandtes Management, Erding (Priv. FH)	2 207	–	–	2 201	–	–	2 156	–	–
Munich Business School München (Priv. FH)	501	–	–	518	–	–	573	·	·
Hochschule Fresenius Idstein (Priv. FH)	593	–	–	905	–	–	1 315	–	–
Hochschule für angewandte Wissenschaften Bamberg (Priv. FH)	125	–	–	146	–	–		–	–
Macromedia FH der Medien, München (Priv. FH)	1 916	7	·	2 008	8	6	2 002	7	·
H für angewandte Sprachen, München, SDI (Priv. FH)	360	·	·	371	5	.	370	·	·
H für Gesundheit & Sport, Technik & Kunst Berlin (Priv. FH)	161	–	–	247	–	–	280	–	–
Wilhelm Löhe Hochschule für angewandte Wissenschaften Fürth (Priv. FH)	–	–	–	18	–	–	39	·	·
Kirchliche/Private Fachhochschulen zusammen	**9 053**	**10**	**4**	**9 727**	**16**	**13**	**10 158**	**17**	**12**
FH für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern	3 542	–	–	3 824	–	–	3 925	–	–
Fachhochschulen zusammen	**105 152**	**288**	**103**	**112 642**	**682**	**256**	**120 460**	**965**	**381**
Hochschulen insgesamt	**320 318**	**867**	**428**	**332 764**	**2 193**	**1 059**	**355 915**	**3 116**	**1 502**

* Die Studierenden werden jeweils zum Stichtag 15.11. (Fachhochschulen) bzw. 01.12. (Universitäten) erfasst. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden für das Kalenderjahr erhoben.
1 Wintersemester
2 Die Universität der Bundeswehr München und die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern können keine Stipendien nach Maßgabe des Stipendienprogramm-Gesetzes (StipG) vergeben.

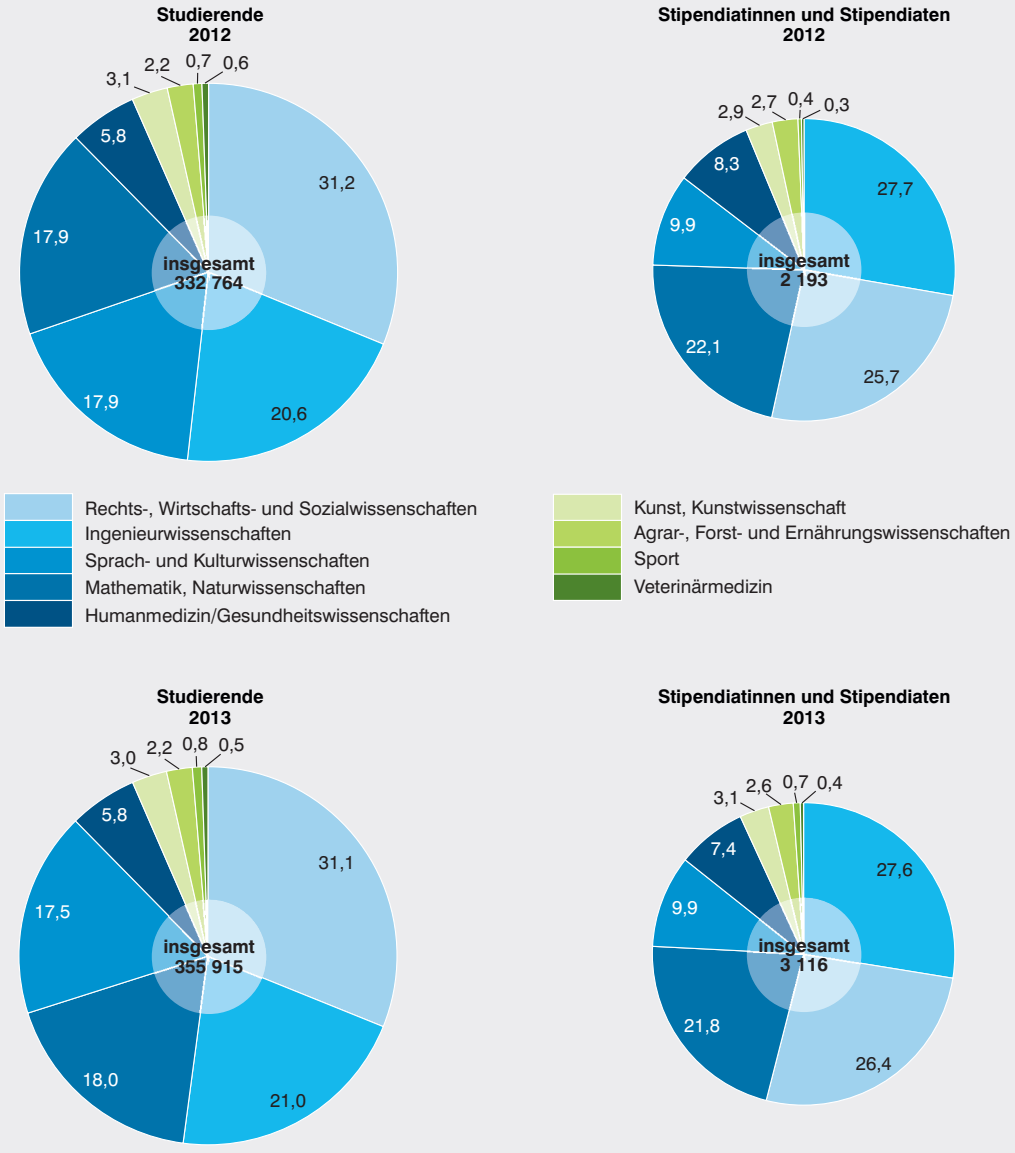
München und Regensburg zu den Einrichtungen mit den meisten Stipendien. Bis auf zwei staatliche Fachhochschulen beteiligten sich alle an dieser noch relativ neuen Art, Studierende zu fördern.

Im Bereich der privaten Hochschulen wurden 2013 insgesamt zwölf (0,4 %) Stipendien vergeben und von den elf Theologischen Hochschulen und Kunsthochschulen vergaben insgesamt sechs Hochschulen Stipendien an 54 Studierende.

Aktuell dominieren Ingenieurwissenschaften

Differenziert man nach den einzelnen Fächergruppen im Jahr 2011, in dem erstmals zum Sommersemester Deutschlandstipendien vergeben wurden, zeigt sich, dass die Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit insgesamt 244 Stipendiatinnen und Stipendiaten in Bayern am häufigsten belegt war (28,1 % aller Stipendienempfänger). Darunter hatte der Studienbereich der Wirtschaftswissenschaften die größte Anzahl an Geförderten. 150 Stipendi-

Studierende, Stipendiatinnen und Stipendiaten an Hochschulen in Bayern 2012 und 2013 nach Fächergruppen Abb. 2
in Prozent



atinnen und Stipendiaten wurden hier finanziell unterstützt, gefolgt von den Rechtswissenschaften (44). Die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften rangierten knapp vor den Ingenieurwissenschaften mit 236 Geförderten (27,2%). Allerdings wurden die meisten Mittel ab 2012 im Bereich der Ingenieurwissenschaften vergeben und diese blieb auch 2013 die Fächergruppe mit der höchsten Anzahl an Geförderten nach dem Stipendienprogrammgesetz (vgl. Abbildung 2).

859 (27,6%) aller Geförderten waren im Berichtszeitraum 2013 im Bereich der Ingenieurwissenschaften an den Hochschulen immatrikuliert. Davon waren 621 Männer (72,3%). Im Vergleich zu allen bayerischen Studierenden in dieser Fächergruppe (74 704) mit einem Anteil von 21,0% sind die Stipendiatinnen und Stipendiaten hier überproportional vertreten. Ebenso wie in den Fächergruppen der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (7,4% gegenüber 5,8% der Studierenden) und der zum MINT-Bereich[7] zählenden Mathematik/Naturwissenschaften (21,8% gegenüber 18,0%).

Die meisten weiblichen Stipendiaten sind aktuell in der Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu finden. 506 der insgesamt 823 Geförderten sind Frauen.

7 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT).

Tab. 3 **Stipendiatinnen und Stipendiaten an Hochschulen in Bayern seit 2011 nach Prüfungsgruppen und angestrebtem Abschluss**

Geschlecht / Prüfungsgruppe / Angestrebter Abschluss	Insgesamt	und zwar im ersten Hochschul-semester	und zwar im ersten Fach-semester
2011			
Insgesamt	**867**	**69**	**142**
davon männlich	439	26	63
weiblich	428	43	79
darunter Universitärer Abschluss	522	54	112
darunter Bachelor	216	35	41
Master	153	3	55
Staatsexamen /1. Staatsprüfung	83	15	15
Fachhochschulabschluss	288	10	20
darunter Bachelor	224	6	7
Master	25	4	13
Lehramtsprüfung	49	5	8
Künstlerischer Abschluss	8	–	·
2012			
Insgesamt	**2 193**	**146**	**243**
davon männlich	1 134	64	107
weiblich	1 059	82	136
darunter Universitärer Abschluss	1 373	98	178
darunter Bachelor	513	54	52
Master	469	6	85
Staatsexamen /1. Staatsprüfung	260	35	35
Fachhochschulabschluss	682	39	48
darunter Bachelor	534	31	33
Master	74	8	15
Lehramtsprüfung	109	9	13
Künstlerischer Abschluss	28	–	3
2013			
Insgesamt	**3 116**	**123**	**260**
davon männlich	1 614	46	117
weiblich	1 502	77	143
darunter Universitärer Abschluss	1 956	74	172
darunter Bachelor	654	52	46
Master	749	7	103
Mehr-Fächer-Bachelor ohne Lehramtsoption	122	5	9
Staatsexamen/1. Staatsprüfung	366	10	12
Promotionen	11	–	8
Fachhochschulabschluss	965	41	62
darunter Bachelor	779	38	43
Master	107	3	19
Lehramtsprüfung	134	5	5
Künstlerischer Abschluss	42	·	11

Die meisten Stipendiaten sind an den technisch ausgerichteten Hochschulen wie der TU München (240 Geförderte), der Technischen Hochschule Nürnberg (83), der Universität Erlangen-Nürnberg (79) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften in München (72) in den Ingenieurwissenschaften zu finden.

Ein Viertel aller Geförderten strebt einen Bachelorabschluss an einer Fachhochschule an

Insgesamt 1 956 oder 62,8 % aller Stipendienempfänger strebten im Jahr 2013 einen Abschluss an einer der bayerischen Universitäten an. Wurden hier in den beiden Anfangsjahren der Erhebung absolut noch mehr Bachelor- als Masterabschlüsse gefördert, unterstützten die Mittelgeber 2013 erstmals mehr Stipendiatinnen und Stipendiaten, die einen Masterabschluss an einer Universität als Ziel hatten (749).

An den bayerischen Fachhochschulen studierten die meisten Stipendienempfänger in einer Studienrichtung mit dem Abschluss eines Bachelors. Bereits 2011 wurden 224 Fachhochschul-Stipendiaten, die einen Bachelorabschluss anstrebten, gefördert; das waren 77,8 % aller FH-Stipendiaten. 2012 lag der Anteil bereits bei 78,3 % und 2013 wurden insgesamt 779 oder 80,7 % der Stipendiatinnen und Stipendiaten auf dem Weg zum Bachelor unterstützt. Im Vergleich zu allen Geförderten 2013 ist dies die größte Gruppe mit 25,0 %.

Seit der Einführung im Sommersemester 2011 fächern sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten mittlerweile auf immer mehr Studienabschlüsse auf. 2013 gab es zum Beispiel 122 Geförderte mit einem Mehr-Fächer-Bachelor ohne Lehramtsoption oder 11 Geförderte, die eine Promotion anstrebten (vgl. Tabelle 3).

Tab. 4 **Ausländische Stipendiatinnen und Stipendiaten an Hochschulen in Bayern seit 2011 nach Herkunftsländern**

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	2011		
Insgesamt	**53**	**19**	**34**
darunter Russische Föderation	12	3	9
Österreich	10	5	5
Italien	4	–	4
China	3	–	3
	2012		
Insgesamt	**145**	**61**	**84**
darunter Russische Föderation	20	9	11
Österreich	19	12	7
Italien	15	5	10
China	12	4	8
Ukraine	12	3	9
Bulgarien	4	4	–
Türkei	4	–	4
Georgien	3	–	3
	2013		
Insgesamt	**224**	**92**	**132**
darunter Österreich	35	21	14
Russische Föderation	22	6	16
Italien	17	6	11
China	14	4	10
Ukraine	11	–	11
Türkei	10	4	6
Griechenland	8	4	4
Bulgarien	8	4	4
Tschechische Republik	6	3	3
Japan	5	–	5
Kroatien	4	–	4
Georgien	4	–	4
Ungarn	4	–	4
Vietnam	3	3	–
Armenien	3	–	3
Polen	3	3	–
Rumänien	3	–	3

123 Studierende erhielten im Jahr 2013 gleichzeitig mit ihrem ersten Eintritt in die Hochschullandschaft die finanzielle Unterstützung durch das Deutschlandstipendium. Das ist ein Anteil von 3,9% aller Geförderten. Ein etwas größerer Anteil, 260 Stipendienempfänger oder 8,3%, befanden sich bereits im ersten Fachsemester.

Nachbarland Österreich stark vertreten

Unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten waren im Berichtsjahr 2013 neben der deutschen insgesamt 154 weitere Nationalitäten vertreten. Mit 224 ausländischen Geförderten lag ihr Anteil bei 7,2% an allen Empfängern des Deutschlandstipendiums (vgl. Tabelle 4).

Im Jahr zuvor lag dieser Anteil noch bei 6,6% und 2011 bei 6,1%. Im Jahr 2013 waren vor allem die Österreicher mit insgesamt 14 Stipendiatinnen und 21 Stipendiaten an bayerischen Hochschulen vertreten. 18 von Ihnen alleine an der Technischen Universität München (TUM). Gefolgt von den Studierenden aus der Russischen Föderation (22) und aus Italien (17). Sie sind vor allem an den Universitäten im Süden des Landes immatrikuliert, wie der TUM, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität Regensburg.

Der Frauenanteil aller Geförderten mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag im Jahr 2011 bei 64,2%. Ein Jahr später ging er leicht zurück (57,9%) und stieg 2013 auf 58,9%. Verglichen mit dem Frauenanteil von 51,6% aller bayerischen ausländischen Studierenden, erhielten überproportional mehr Frauen aus dem Ausland eine Förderung durch das Deutschlandstipendium.

Mehrfachförderung möglich

Die Begabtenförderung durch ein Stipendium ist vom Einkommen sowohl des Studierenden, als auch der Eltern unabhängig. Für die besten Abiturienten Bayerns besteht zum Beispiel die Möglichkeit ein Stipendium durch die Stiftung Maximilianeum oder eine Förderung durch das Max Weber-Programm

Tab. 5 **Stipendiatinnen und Stipendiaten an Hochschulen in Bayern seit 2011 nach Fördermonaten und Bezug von BAföG*-Leistungen**

Anzahl der Fördermonate	Insgesamt	Keine BAföG-Leistungen bezogen			BAföG-Leistungen bezogen		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
				2011			
Insgesamt	**867**	**613**	**327**	**286**	**254**	**112**	**142**
darunter 3	482	338	189	149	144	64	80
4	13	13	5	8	–	–	–
6	22	22	9	13	–	–	–
8	15	15	5	10	–	–	–
9	277	192	99	93	85	33	52
10	23	23	17	6	–	–	–
				2012			
Insgesamt	**2 193**	**1 719**	**909**	**810**	**474**	**225**	**249**
darunter 2	17	17	9	8	–	–	–
3	927	732	409	323	195	92	103
4	22	22	8	14	–	–	–
6	42	42	23	19	–	–	–
7	11	11	5	6	–	–	–
8	21	21	9	12	–	–	–
9	678	536	283	253	142	73	69
10	23	23	13	10	–	–	–
12	360	304	145	159	56	50	62
				2013			
Insgesamt	**3 116**	**2 420**	**1 272**	**1 148**	**696**	**342**	**354**
darunter 2	73	61	29	32	12	6	6
3	951	728	393	335	223	114	109
4	18	18	8	10	–	–	–
6	94	79	43	36	15	7	8
7	28	19	8	11	9	3	6
8	27	27	14	13	–	–	–
9	1 180	915	488	427	265	117	148
10	43	34	13	21	9	6	3
12	678	525	267	258	153	87	66

* Bundesausbildungsförderungsgesetz

des Freistaates Bayern zu erhalten. Das Stipendiumgesetz untersagt jedoch eine Doppelförderung, wenn der Studierende bereits eine begabungs- oder leistungsabhängige materielle Förderung erhält.[8] Staatliche Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz hingegen, die möglichst vielen eine Unterstützung in Aus- und Weiterbildung geben sollen, können somit zusätzlich gezahlt werden. Insgesamt 354 Stipendiatinnen und 342 Stipendiaten kamen im Berichtsjahr 2013 in den Genuss, gleichzeitig Mittel aus dem Deutschlandstipendium als auch BAföG-Leistungen zu erhalten (vgl. Tabelle 5). Das ist ein Anteil von 11,4 % bei den Frauen und 11,0 % bei den Männern an allen Stipendiaten. 2013 wurden im Vergleich dazu 13,3 % aller Studentinnen (47 437) und 11,7 % aller Studenten (41 567) mit BAföG unterstützt.[9] Der durchschnittliche Förderungsbetrag betrug je Monat 419 Euro. Insgesamt erhielten 25,0 % aller Studierenden BAföG-Leistungen und 22,3 % aller Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Die Stipendien sollen für mindestens zwei Semester angelegt sein und werden in der Regel vor Beginn des jeweiligen Semesters beantragt. So ergaben sich, wie in der Tabelle 5 erkennbar, anfänglich Förderdauern von zunächst 3 und 9 Monaten im Jahr 2011. Nach Ablauf der Einführungsphase wurden 2012 bereits die ersten 360 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit einer Förderdauer von 12 Monaten finanziell unterstützt. Durch Veränderungen im Laufe des Studiums wie zum Beispiel Exmatrikulationen oder Hochschulwechsel können die Fördermonate variieren.

Unternehmen stellten knapp 2,8 Millionen Euro zur Verfügung

Neben dem staatlichen Anteil zur Finanzierung des Stipendiums wird die andere Hälfte der Gelder von den Hochschulen in Form von Mitteln privater Mittelgeber eingeworben. Es gibt vielfältige Möglichkeiten sich zu beteiligen. Förderer sind vor allem Unternehmen, die Nachwuchstalente unterstützen wollen oder auch Stiftungen, Vereine und Kammern. Auch Privatpersonen, die ihrer Hochschule sehr verbunden sind, wie etwa Alumni, beteiligen sich an der Finanzierung des Stipendiums.

Tabelle 6 zeigt eine Übersicht über die erhobenen Rechtsformen der Mittelgeber und die Finanzierung der Stipendiatinnen und Stipendiaten nach den einzelnen Hochschularten in Bayern. Insgesamt wurde im Jahr 2013 eine Gesamtsumme von gut 3,5 Millionen Euro an Fördermitteln (ohne Bundesmittel) zur Verfügung gestellt. Dies war eine Erhöhung der Mittel um 56,6 % gegenüber 2012. Alleine die Unternehmen (Kapitalgesellschaften und die sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts) beteiligten sich mit Mitteln in Höhe von ca. 2,8 Millionen Euro. Bei einer 12-monatigen Unterstützung ergäbe sich rein rechnerisch für das Kalenderjahr 2013 eine zu fördernde Anzahl von 1 955 Studierenden. Allerdings zeigt Tabelle 5, dass die Fördermonate, wie bereits erläutert, sehr unterschiedlich sein können und somit auch mehr Studierende ein Stipendium erhalten können.

Die bayerischen Universitäten wurden 2013 mit ca. 2,43 Millionen Euro (69,0 % der eingeworbenen und weitergegebenen Mittel) unterstützt. Von den Fachhochschulen wurden knapp 1,04 Millionen Euro (29,4 %) und von den Kunsthochschulen und Theologischen Hochschulen zusammen der geringste Beitrag in Höhe von 54 600 Euro (1,6 %) eingeworben. Im Jahr zuvor hatten die Universitäten noch einen etwas geringeren Anteil an den Fördermitteln mit 66,7 %. Bei den Fachhochschulen steuerten die Mittelgeber noch 32,1 % der Mittel und bei den Kunsthochschulen 1,2 % bei. Theologische Hochschulen waren noch nicht vertreten.

Zum Vergleich: Bundesweit lag die Gesamt-Fördersumme (ohne Bundesmittel) im Jahr 2013 bei fast 21,1 Millionen Euro. Die Universitäten warben hierbei die meisten Mittel mit einem Anteil von 67,4 % ein, gefolgt von den Fachhochschulen mit 30,5 % und den Kunsthochschulen mit 1,9 %.[10] Insgesamt lag der bayerische Anteil an allen Fördermitteln bei 16,7 %.

Schlussbetrachtung

In der noch relativ kurzen Phase seit der Einführung des Deutschlandstipendiums lassen sich nur bedingt zeitliche Entwicklungen darstellen. Obwohl sich noch nicht alle Hochschulen in Bayern an die-

8 § 4 StipG, Ausschluss von Doppelförderung.

9 Statistischer Bericht „Ausbildungsförderung nach dem BAföG und dem BayAföG in Bayern". Abrufbar im Webshop unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen/index.php?cat=c17_Sozialleistungen.html&page=2 [Stand: 01.02.2015].

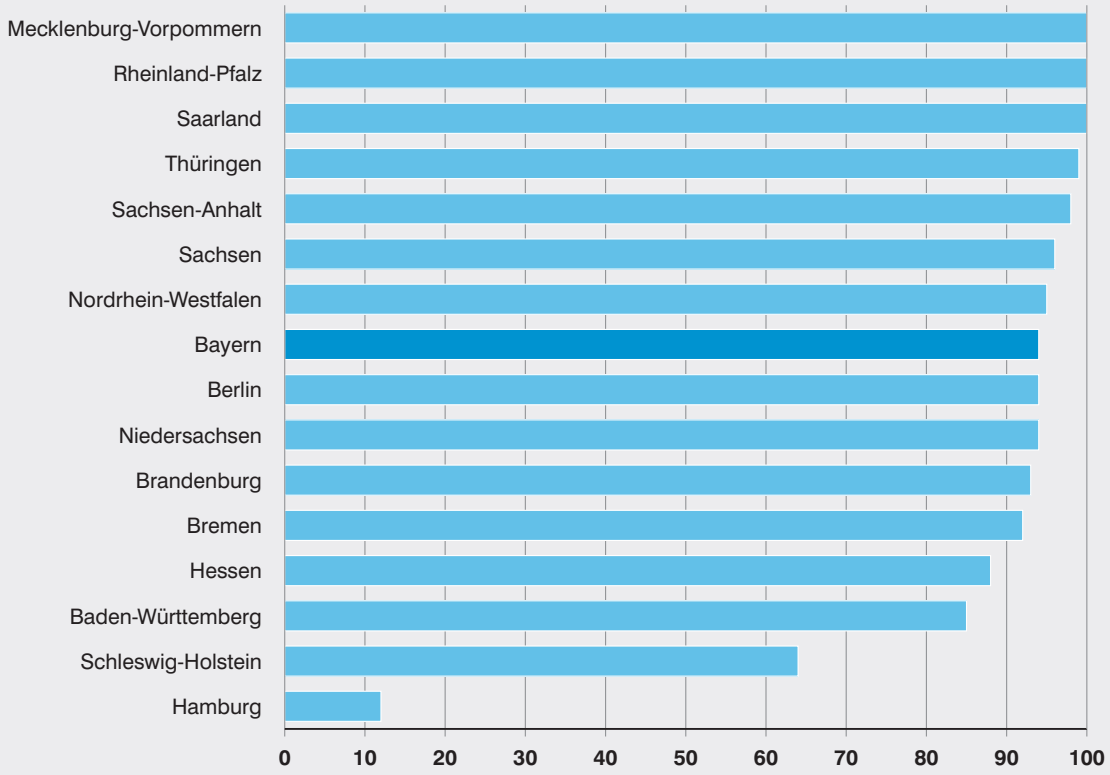
10 Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.6, Bildung und Kultur, Förderung nach dem Stipendienprogramm-Gesetz (Deutschlandstipendium), 2013, S. 32.

Tab. 6 **Mittelgeber sowie an die Stipendiatinnen und Stipendiaten weitergegebene Mittel (ohne Bundesmittel) in Bayern seit 2011 nach Hochschularten und Rechtsformen**

Hochschulart ——— Rechtsform	Anzahl der Mittelgeber[1]	Gesamtsumme der im Berichtsjahr an die Stipendiatinnen und Stipendiaten weitergegebenen Mittel in vollen Euro (ohne Bundesmittel)		
		insgesamt	gebundene Mittel[2]	ungebundene Mittel[3]
2011				
Universitäten				
Privatperson und Einzelunternehmen	56	45 370	16 490	28 880
Personengesellschaft	21	31 140	24 090	7 050
Kapitalgesellschaft	57	198 600	121 150	77 450
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	37	161 300	79 200	82 100
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	10	66 390	35 700	30 690
Kunsthochschulen				
Kapitalgesellschaft	1	450	450	–
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	5	4 350	2 100	2 250
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	2	900	–	900
Kunsthochschulen				
Privatperson und Einzelunternehmen	9	6 600	450	6 150
Personengesellschaft	19	41 700	30 900	10 800
Kapitalgesellschaft	91	89 850	44 700	45 150
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	18	38 250	18 600	19 650
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	6	18 150	5 400	12 750
Insgesamt	**332**	**703 050**	**379 230**	**323 820**
2012				
Universitäten				
Privatperson und Einzelunternehmen	73	119 430	49 950	69 480
Personengesellschaft	34	45 650	31 500	14 150
Kapitalgesellschaft	138	684 800	364 950	319 850
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	79	534 870	187 800	347 070
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	24	113 600	70 950	42 650
Kunsthochschulen				
Privatperson und Einzelunternehmen	5	6 600	450	6 150
Kapitalgesellschaft	4	4 500	4 050	450
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	14	14 400	900	13 500
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	2	2 250	–	2 250
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)				
Privatperson und Einzelunternehmen	19	45 737	11 550	34 187
Personengesellschaft	62	100 910	53 924	46 986
Kapitalgesellschaft	181	375 993	171 618	204 375
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	37	146 055	51 355	94 700
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	19	52 055	5 325	46 730
Insgesamt	**691**	**2 246 850**	**1 004 322**	**1 242 528**
2013				
Universitäten				
Privatperson und Einzelunternehmen	71	184 730	78 300	106 430
Personengesellschaft	51	148 350	112 950	35 400
Kapitalgesellschaft	142	975 000	522 250	452 750
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	92	952 100	436 700	515 400
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	24	168 200	48 150	120 050
Theologische Hochschulen				
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	1	300	–	300
Kunsthochschulen				
Privatperson und Einzelunternehmen	17	16 200	–	16 200
Kapitalgesellschaft	4	8 550	6 300	2 250
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	16	26 400	3 750	22 650
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	2	3 150	–	3 150
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)				
Privatperson und Einzelunternehmen	21	43 350	7 200	36 150
Personengesellschaft	49	125 550	62 550	63 000
Kapitalgesellschaft	230	596 550	306 000	290 550
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	50	212 135	83 795	128 340
Juristische Personen des öffentlichen Rechts	19	58 129	18 979	39 150
Insgesamt	**789**	**3 518 694**	**1 686 924**	**1 831 770**

1 Doppelzählungen von Mittelgebern, die an mehreren Hochschulen aktiv sind.
2 Gebundene Mittel sind Gelder, die die Hochschule vom Mittelgeber im Berichtsjahr eingeworben und an die Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgezahlt hat, und für die der private Mittelgeber eine Zweckbindung für bestimmte Fachrichtungen oder Studiengänge festgelegt hat.
3 Ungebundene Mittel sind von Mittelgebern eingeworbene Mittel, die ohne Zweckbindung durch die privaten Mittelgeber an die Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgezahlt werden.

Verbreitung des Deutschlandstipendiums an den Hochschulen in Deutschland 2013 Abb. 3
in Prozent



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014), Stand: 22. Mai 2014.

ser Art der Förderung beteiligen, nimmt bereits ein Großteil die Möglichkeit wahr, die Attraktivität der eigenen Hochschule zu stärken um wettbewerbsfähig zu bleiben. Erkennbar ist allerdings das Bemühen der Hochschulen, aktiv Fördermittel privater Art einzuwerben. Dass das Deutschlandstipendium zu einer festen Größe in der Studierendenförderung geworden ist, zeigt auch die Verbreitung dieser Förderform in Deutschland. Ungefähr drei Viertel aller 394 teilnahmeberechtigten Hochschulen in Deutschland haben 2013 diese Förderung angeboten. Das bedeutet, dass für ca. 90 % aller Studierenden die Möglichkeit besteht, sich an ihrer Hochschule um dieses Stipendium zu bewerben.[11] In Bayern beteiligten sich 2013 insgesamt 35 Hochschulen am Deutschlandstipendiumprogramm. Damit steht es ca. 94 % aller Studierenden offen, sich für diese Art der Förderung zu bewerben (vgl. Abbildung 3). Dadurch besteht zum einen die Möglichkeit, finanzielle Unterstützung zu erhalten, aber auch bereits während des Studiums Kontakte und Netzwerke mit privaten Förderern zu knüpfen.

11 Bundesministerum für Bildung und Forschung, Infografik 2, www.deutschland-stipendium.de/de/2410.php, [Stand: 01.02.2015].

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2013

Karlheinz Hackenberg

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2013 nominal rund 11,0 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Nach einer Zunahme von 5,2% im Jahr zuvor gingen die Sachanlageinvestitionen im Jahr 2013 um 2,5% zurück. Von den selbstbilanzierten Sachanlageinvestitionen entfielen 80,0% auf Ausrüstungen, 16,4% auf bebaute Grundstücke und Bauten sowie 3,6% auf Grundstücke ohne Bauten. Die Investitionsintensität und die Investitionsquote reduzierten sich leicht. Der Fahrzeugbau bleibt stärkster Investor, mehr als zwei Fünftel der Investitionen entfielen auf den Regierungsbezirk Oberbayern.
Soweit im nachfolgenden Text nicht explizit zwischen den Wirtschaftsabschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, umfasst die Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden.

Investitionen verringern sich um 2,5% gegenüber dem Vorjahresstand

Im Rahmen der Investitionserhebung 2013 wurden 6 786 in Bayern ansässige Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes befragt, 12,7% der Betriebe meldeten für das Jahr 2013 keine Investitionstätigkeit.

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2013 nominal rund 11,0 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Die Sachanlageinvestitionen fielen im Jahr 2009 um 31,2% unter das Vorjahresniveau, blieben 2010 in etwa auf diesem Stand (+0,1%), wurden 2011 um 21,8% und 2012 um 5,2% ausgeweitet und wiesen 2013 ein Minus von 2,5% aus (vgl. Tabelle 1). Von den rund 11,0 Milliarden Euro entfielen 80,0% auf Ausrüstungen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Güter für die Betriebs- und Geschäftsausstattung), 16,4% auf bebaute Grundstücke und Bauten und 3,6% auf Grundstücke ohne Bauten. Die Investitionen für Ausrüstungen gingen um 6,6% zurück, während diejenigen für bebaute Grundstücke und Bauten um 5,9% anstiegen. Bei den Investitionen für Grundstücke ohne Bauten ergab sich ein Plus von 140,1%.

Die Investitionsintensität (Sachanlageinvestitionen je Beschäftigten) verringerte sich von 9 508 Euro im Jahr 2012 auf 9 242 Euro im Jahr 2013. Auch die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Umsatz, verzeichnete im Vergleich zu 2012 einen leichten Rückgang auf 3,3%.

Tab. 1 **Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* Bayerns im Jahr 2013 nach Anlagearten**
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Anlageart	Sachanlageinvestitionen 2013		
	insgesamt[2] Millionen Euro	Veränderungen zum Vorjahr in Prozent	Anteil in Prozent
Bebaute Grundstücke und Bauten	1 813	*5,9*	*16,4*
Grundstücke ohne Bauten	400	*140,1*	*3,6*
Maschinen, maschinelle Anlagen[1]	8 833	*- 6,6*	*80,0*
Insgesamt	**11 046**	***- 2,5***	***100***

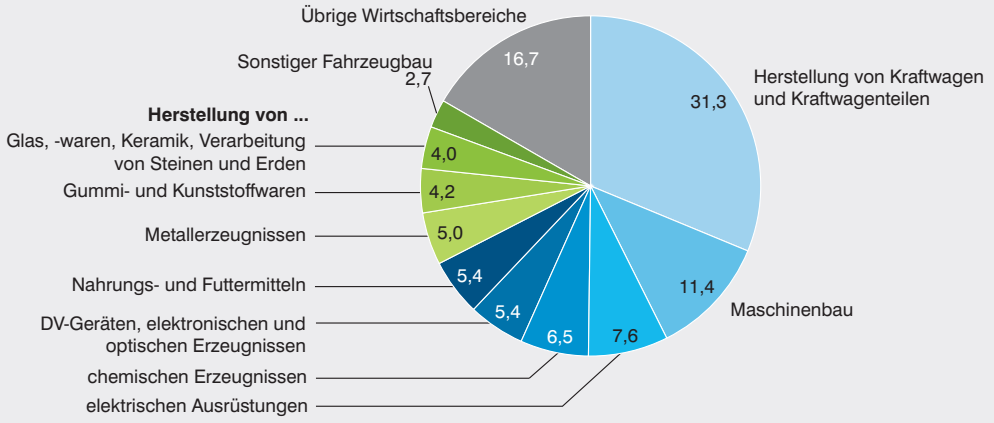
* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
1 Einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung.
2 Selbstbilanziert.

Fahrzeugbau auch 2013 stärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes

Der Bereich „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ hatte im Jahr 2013 einen Anteil von 31,3% an den gesamten Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 1). Er blieb damit Spitzenreiter im Verarbeitenden Ge-

Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern 2013**
in Prozent

Abb. 1



* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
** Selbstbilanziert.

werbe. Die Branche investierte 3,5 Milliarden Euro, was einem Minus von 5,0 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Der Maschinenbau als zweitstärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes verzeichnete mit rund 1,3 Milliarden Euro eine Abnahme von 9,6 % gegenüber den Ausgaben des Vorjahres. Nominal die dritthöchste Summe (über 0,8 Milliarden Euro) investierten die Hersteller von elektrischen

Tab. 2 **Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* Bayerns im Jahr 2013 nach Wirtschaftsabteilungen** – Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten –

Systematik-Nr.	Bezeichnung/Abschnitt/ Ausgewählte Abteilung	Sachanlageinvestitionen 2013[1]			
		Millionen Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	je Beschäftigten in Euro	im Verhältnis zum Umsatz in Prozent
B	**Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**	**86**	***- 13,3***	***16 072***	***9,6***
C	**Verarbeitendes Gewerbe**	**10 960**	***- 2,4***	***9 211***	***3,3***
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	595	*- 1,5*	*5 941*	*2,5*
11	Getränkeherstellung	267	*6,6*	*18 676*	*7,6*
13	H. v. Textilien	75	*- 8,5*	*6 199*	*3,1*
14	H. v. Bekleidung	35	*- 11,9*	*3 402*	*1,7*
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	78	*- 11,1*	*5 116*	*2,3*
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	202	*- 14,5*	*9 917*	*3,7*
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	100	*7,6*	*5 354*	*3,4*
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	716	*2,4*	*14 115*	*4,9*
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	461	*- 5,7*	*6 101*	*3,5*
23	H. v. Glas, -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	441	*- 6,2*	*9 666*	*5,3*
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	195	*- 13,6*	*7 671*	*3,0*
25	H. v. Metallerzeugnissen	549	*- 5,5*	*5 831*	*3,8*
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	597	*- 10,0*	*7 791*	*2,4*
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	834	*11,6*	*8 246*	*3,9*
28	Maschinenbau	1 256	*- 9,6*	*5 841*	*2,8*
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 455	*- 5,0*	*19 172*	*3,3*
30	Sonstiger Fahrzeugbau	301	*39,5*	*10 011*	*3,5*
31	H. v. Möbeln	114	*2,8*	*5 106*	*2,9*
32	H. v. sonstigen Waren	210	*- 3,6*	*7 528*	*4,3*
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	109	*- 26,7*	*3 147*	*1,5*
	Insgesamt	**11 046**	***- 2,5***	***9 242***	***3,3***
	darunter				
	Vorleistungsgüterproduzenten	3 438	*- 7,8*	*8 226*	*3,9*
	Investitionsgüterproduzenten	5 756	*- 2,5*	*10 419*	*3,1*
	Verbrauchsgüterproduzenten	1 463	*4,1*	*7 977*	*3,6*

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
1 Selbstbilanziert.

Abb. 2

Sachanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe* in Bayern 2013**
in Prozent

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
** Selbstbilanziert.

Ausrüstungen und übertrafen damit die Vorjahresinvestitionen um 11,6%. Den stärksten Rückgang mit 26,7% verzeichnete der Bereich „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“.

Auch gemessen an der Investitionsintensität (Sachanlageinvestitionen je Beschäftigten) belegten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen die Spitzenposition im Verarbeitenden Gewerbe. Mit 19 172 Euro an Investitionen je Beschäftigten im Jahr 2013 übertrafen diese die Getränkehersteller mit 18 676 Euro je Beschäftigten. Die geringste Investitionsintensität war bei der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (3 147 Euro) festzustellen.

Die höchste Investitionsquote (Sachanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz) mit 9,6%, hatte auch 2013 der Wirtschaftsabschnitt „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“. Es folgten die Hersteller von Getränken mit 7,6% und die Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden mit 5,3% (vgl. Abbildung 2). Die niedrigste Investitionsquote des Verarbeitenden Gewerbes mit 1,5% wies die Wirtschaftsabteilung „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ auf.

Regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit

43,8% der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern, d. h. rund 4,8 Milliarden Euro, entfie-

Tab. 3 **Aktivierte Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe* Bayerns im Jahr 2013 nach Regierungsbezirken**
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Regierungsbezirk	Sachanlageinvestitionen 2013		
	Millionen Euro	Veränderung zum Vorjahr in Prozent	Anteil an Bayern insgesamt
Oberbayern	4 833	*5,7*	*43,8*
Niederbayern	1 183	*- 10,4*	*10,7*
Oberpfalz	996	*- 11,6*	*9,0*
Oberfranken	770	*1,8*	*7,0*
Mittelfranken	1 105	*- 12,6*	*10,0*
Unterfranken	761	*- 5,2*	*6,9*
Schwaben	1 398	*- 6,1*	*12,7*
Bayern	**11 046**	***- 2,5***	***100***

* Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

len 2013 auf den Regierungsbezirk Oberbayern, der damit wieder an der Spitze bei den aktivierten Sachanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes stand (vgl. Tabelle 3). Der Regierungsbezirk Schwaben belegte mit einem Anteil von 12,7 % den zweiten Platz. Das Schlusslicht unter den Regierungsbezirken bildete Unterfranken mit 6,9 % Investitionsanteil. Eine Zunahme bei den Investitionen gegenüber dem Jahr 2012 konnten mit 5,7 % der Regierungsbezirk Oberbayern und mit 1,8 % der Regierungsbezirk Oberfranken verbuchen. Den stärksten Rückgang der Investitionen gegenüber dem Vorjahr wies der Regierungsbezirk Mittelfranken mit 12,6 % aus, gefolgt von der Oberpfalz und Niederbayern mit -11,6 % bzw. -10,4 %.

Details zur Investitionserhebung 2013 enthält der Statistische Bericht „Investitonen des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern 2013 E1600C 201300, der im Internet (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen) kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

Statistische Erfassung der Umweltwirtschaft

Aktualisierung der Methodenbeschreibung aus der Gemeinschaftsveröffentlichung 2013 des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ einschließlich berechneter Ergebnisse für die Bundesländer*

Dipl.-Kfm. Oliver Kaltenegger

1. Einleitung

Die Periodisierung der Geschichte – das Setzen von zeitlichen Start- und Endpunkten von Epochen – ist eine interessante Aufgabe. Häufig können jedoch Zeitenwenden nicht auf ein bestimmtes Datum festgelegt werden. Ähnlich ist dies bei der Frage, wann die Umwelt und der Umweltschutz anfingen, Geschichte zu schreiben.

Spätestens seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts drang das Thema Umweltschutz in das Bewusstsein der Weltgemeinschaft. Besonders hervorzuheben ist das Jahr 1972. In diesem Jahr wies die im Auftrag des Club of Rome erstellte, kontroverse Studie „Die Grenzen des Wachstums“ nachdrücklich darauf hin, dass bei Fortschreibung von Wachstumstrends bei Bevölkerung, Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ressourcenverbrauch die Grenzen des Wachstums auf diesem Planeten innerhalb von 100 Jahren erreicht werden würden (Meadows et al., 1972). Im gleichen Jahr wurde in Stockholm auch die erste Weltumweltkonferenz einberufen. Die Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen stellte damit erstmals die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit ins Zentrum ihrer Besprechungen.

Heute ist Umweltschutz ein Kernelement der Wirtschaftspolitik, insbesondere in Europa. Die letzten beiden strategischen Zehnjahrespläne der Europäischen Union, die Lissabon-Strategie und folgend

* Eines der vielfältigen Themenfelder im Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AK UGRdL) befasst sich mit der statistischen Abgrenzung und Erfassung der Umweltwirtschaft in den Bundesländern nach den Vorgaben der obersten europäischen Statistikbehörde Eurostat zum „Environmental Goods and Services Sector“ (EGSS). Bayern hat für dieses Thema im AK UGRdL die Koordinierungsfunktion übernommen und berechnet die Ergebnisse für alle Bundesländer in einem festen Turnus. Eine erste Beschreibung zur statistischen Erfassung der Umweltwirtschaft in den Bundesländern wurde bereits in der Gemeinschaftsveröffentlichung 2013 des AK UGRdL, als Dokumentation der bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Methoden, veröffentlicht. Seit diesem Zeitpunkt wurden die Berechnungsverfahren überarbeitet und entscheidende Limitationen überwunden, sodass erste detaillierte rechnerische Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer ein Jahr später (Herbst 2014) auf der Homepage des Arbeitskreises erscheinen konnten. Der hier vorgelegte Beitrag aktualisiert die Methodenbeschreibung aus der Gemeinschaftsveröffentlichung 2013 des AK UGRdL um die zwischenzeitlich erfolgten Überarbeitungen, weist die im Jahr 2014 für die Berichtsjahre 2010 und 2011 ermittelten Ergebnisse für die Bundesländer aus und geht kurz auf die zukünftig geplanten Weiterentwicklungen ein. Alle Aktualisierungen sind kursiv gekennzeichnet.

die Europa-2020-Strategie verankern diese Aufgabe in ihren Prioritäten für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum (Europäische Kommission, 2010). Angesichts der Tatsache, dass die bereits vor 40 Jahren diskutierten globalen Megatrends (u. a. Zunahme der Weltbevölkerung, Ressourcenverknappung, Klimawandel) heute drängender denn je sind, werden umweltbezogene Aspekte nicht von der politischen Agenda weichen.

In dieser Zeit des Wandels ganzer Volkswirtschaften auf dem Weg in nachhaltige Ökonomien brauchen Entscheidungsträger eine belastbare Datengrundlage. Der Umweltsektor besitzt großes Potenzial für Wohlstand und für den Arbeitsmarkt und ist ein wichtiger Treiber für die Modernisierung klassischer Industrien Richtung Nachhaltigkeit. Amtliche statistische Daten zur Umweltwirtschaft sollen dazu beitragen, geeignete politische Maßnahmen zu planen, zu überwachen und zu steuern.

2. Ansätze zur Erfassung der Umweltwirtschaft

Bei der Erfassung des Umweltsektors einer Volkswirtschaft unterscheidet man generell zwei Perspektiven:

► Der angebotsorientierte Schätzansatz hat die Anbieter von Umweltschutzleistungen zum Ausgangspunkt. Die interessierenden Daten werden in der Regel durch Primärdatenerhebung bei diesen ermittelt, häufig unter Verwendung des Selbstdeklarationsprinzips, wonach nur diejenigen Anbieter zur Umweltwirtschaft zählen, die sich und ihre Produkte auch selbst der Umweltwirtschaft zuordnen. Da auf diese Weise nicht alle relevanten Anbieter erfasst werden (Anbieter sind nicht recherchierbar, verweigern bei Forschungsinstituten die Auskunft, fallen nicht in den Berichtskreis der amtlichen Statistik usw.), werden die Ergebnisse für ein komplettes Bild der Umweltwirtschaft hochgerechnet. Der Vorteil der Methode liegt darin, dass alle Ergebnisse unmittelbar der Umweltwirtschaft – und nicht einem anderen Wirtschaftsbereich – zugerechnet werden können. Allerdings werden keine indirekten Effekte erfasst, d. h. Effekte, welche die Umweltwirtschaft auf andere Wirtschaftsbereiche ausstrahlt, da die Anbieter u. a. keine verlässlichen Angaben über ihre Vorleistungserbringer machen können. Dies ist bei Umsatzgrößen weniger relevant (Preis des Endprodukts berücksichtigt vorgelagerte Wertschöpfungsstufen), führt aber zu einer Unterschätzung der von der Umweltwirtschaft ausgehenden Beschäftigungseffekte. Indirekte Effekte können mit dem nachfrageorientierten Ansatz berücksichtigt werden.

► Der nachfrageorientierte Schätzansatz setzt bei Daten zu bedeutsamen Nachfragekategorien an. Da Importe zu keiner Beschäftigungswirkung im Inland führen, werden nur die im Inland wirksamen Nachfragekategorien (einschließlich Exporte) betrachtet. Die dafür notwendigen Daten (monetäre Größen) zu Investitionen in Anlagen des Umweltschutzes und laufenden Ausgaben für deren Betrieb stammen aus Sekundärdatenquellen. Die Ausgangsdaten werden dann mittels Input-Output-Analysen in Beschäftigungseffekte übersetzt, welche direkte und indirekte Effekte umfassen, sodass die Ergebnisse höher ausfallen als beim angebotsorientierten Ansatz. Allerdings arbeitet dann nur ein Teil der ermittelten Beschäftigten wirklich in der Umweltwirtschaft, der andere Teil arbeitet bei wirtschaftlichen Einheiten, die sich selber nicht der Umweltwirtschaft zuordnen würden. Bisweilen werden beide Ansätze kombiniert, wobei dann mögliche Doppelzählungen eliminiert werden müssen.

Die nachfolgend beschriebene Methodik baut auf dem angebotsorientierten Schätzansatz auf.

3. Berechnete Größen

Um die Bedeutsamkeit der Umweltwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft der einzelnen Bundesländer – insbesondere hinsichtlich des Marktvolumens und der Beschäftigungseffekte – zu quantifizieren, sollen folgende absolute Größen berechnet werden:

Umsatz der Umweltwirtschaft	(Berechnungsgröße 1)
Beschäftigte der Umweltwirtschaft	(Berechnungsgröße 2)

Deren Bezug auf die Gesamtwirtschaft ergibt folgende relative Größen:

Anteil der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei den Umsätzen	(Berechnungsgröße 3)
Anteil der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei den Beschäftigten	(Berechnungsgröße 4)

Diese Größen stehen auch im Zentrum wissenschaftlicher Studien zur deutschen Umweltwirtschaft:

Der von Roland Berger Strategy Consultants (2014) erarbeitete Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland beziffert das Volumen des globalen Marktes für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz im Jahr 2013 auf 2 536 Milliarden Euro. In Deutschland gab es 2012 in der Branche bezogen auf die sechs GreenTech-Leitmärkte „Umweltfreundliche Erzeugung, Speicherung und Verteilung von Energien", „Energieeffizienz", „Rohstoff- und Materialeffizienz", „Nachhaltige Mobilität", „Kreislaufwirtschaft" sowie „Nachhaltige Wasserwirtschaft" 1,5 Millionen Erwerbstätige. Diese Studie und ihre Vorgänger stellen dem Sektor auch für die Zukunft hervorragende Wachstumschancen in Aussicht.

Die genannte Erwerbstätigenzahl im Umwelttechnologie-Atlas umfasst nur diejenigen Beschäftigten, die in den sechs GreenTech-Leitmärkten tätig waren. Das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführte Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamts geht in einer Kombination aus angebots- und nachfrageorientiertem Ansatz für Deutschland 2010 von knapp 2,0 Millionen Personen aus, die im Umweltschutz tätig waren (Edler und Blazejczak, 2014). Dies entsprach 4,8 % aller Erwerbstätigen; ein unveränderter Wert gegenüber dem Jahr 2008. Die Schätzung bestätigt den Umweltschutz in seiner Bedeutung als stabilen Faktor für den gesamten Arbeitsmarkt.

Daneben liegt eine Reihe von meist eindeutig angebotsorientierten Studien für Bundesländer vor. Folgende Liste ist nicht abschließend: Für Hessen kam eine für das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung erarbeitete Studie in ihrer „Bestandsaufnahme 2012" auf 50 600 Mitarbeiter in hessischen Umweltindustrie-Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 14,4 Milliarden Euro (Ott und Dittrich, 2012). Eine vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg herausgegebene Studie ermittelte im ersten Quartal 2010 für das Land 21 800 Beschäftigte in der Umweltwirtschaft mit einem Anteil von 2,1 % an allen Erwerbstätigen (Grädler, 2011). Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung schätzte die Zahl der Beschäftigten in der Umweltschutzgüterproduktion in Bayern für das Jahr 2008 auf 55 000 – mit einem Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern von 1,2 % – und den mit Umweltschutzgütern in Bayern erzielten Umsatz auf 11,6 Milliarden Euro (Triebswetter und Wackerbauer, 2010). In Zusammenarbeit mit regionalen Instituten ermittelte das ifo Institut für Wirtschaftsforschung für Bremen für das Jahr 2005 rund 9 000 Beschäftigte in der Produktion von Umweltschutzgütern und einen Umsatz in Höhe von rund 2 Milliarden Euro (Schönert et al., 2007). Roland Berger Strategy Consultants (2009) gingen für Sachsen im Jahr 2007 von 18 500 beschäftigten Personen in der Umwelttechnik aus, bei einem Umsatz von circa 5,6 Milliarden Euro.

Erwähnt werden sollen an dieser Stelle auch die Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bzw. des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, welche seit dem Berichtsjahr 2011 jährlich die Beschäftigungswirkungen durch die Herstellung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, durch deren Betrieb und Wartung sowie durch die Bereitstellung biogener Brenn- und Kraftstoffe für alle Bundesländer ausweisen. Die Studien berücksichtigen damit nur einen Teilbereich der Umweltwirtschaft, die erneuerbaren Energien, für die es jedoch ein besonderes wissenschaftliches und politisches Interesse gibt. Die Kalkulationen beziehen sowohl direkte als auch indirekte Effekte auf den Arbeitsmarkt ein. Die größten Beschäftigungswirkungen aus erneuerbaren Energien im Berichtsjahr 2013 ergaben sich demzufolge für die Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 60 540, 55 200 und 50 330 Beschäftigten (Ulrich und Lehr, 2014).

4. Abgrenzung der Umweltwirtschaft

Die oben genannten Studienergebnisse können nicht nur deswegen nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, weil diese teilweise auf rein angebots- und teilweise auf kombinierte angebots-/nachfrageorientierte Schätzansätze aufbauen, sondern auch, da den Studien unterschiedliche Begriffsbestimmungen der Umweltwirtschaft zugrunde liegen. Roland Berger Strategy Consultants definierten die GreenTech-Branche sowohl in der gesamtdeutschen Studie als auch in der Studie für Sachsen anhand

der oben genannten „Leitmärkte“. In anderen Fällen wurden bundeslandspezifische Abgrenzungen für die Branche getroffen. Das DIW Berlin und auch das ifo Institut für Wirtschaftsforschung hingegen orientierten sich an einer Definition, die im Rahmen der europäischen amtlichen Statistik maßgebend ist und die auch in dieser Methodenbeschreibung für den Begriff „Umweltwirtschaft“ Anwendung finden soll.

4.1 „Environmental Goods and Services Sector“ nach Eurostat

Ziel der europäischen amtlichen Statistik ist es, den Umweltsektor der Mitgliedsstaaten harmonisiert darstellen zu können. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden mit der Verordnung (EU) Nr. 538/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen geschaffen, welches die Erweiterung der ursprünglichen Verordnung u. a. um das Modul „Umweltgüter und -dienstleistungen („Environmental Goods and Services Sector“, kurz: EGSS)“ bewirkte. Die neuen Module leisten einen unmittelbaren Beitrag zu den prioritären Anliegen der Politik in der Union. Das erste Bezugsjahr für die EGSS-Daten ist das Jahr 2015. Die Statistiken werden innerhalb von 24 Monaten nach Ablauf des Bezugsjahres von den Mitgliedsstaaten an Eurostat übermittelt.

Weit im Vorfeld dazu haben OECD/Eurostat (1999) statistische Konzepte erarbeitet, um den Umweltsektor abgrenzbar zu machen, welche in den Folgejahren in zahlreichen nationalen und internationalen Studien zugrunde gelegt wurden. Die Systematisierung aus dem Jahr 1999 (vgl. dazu auch Doppelbauer, 2010) wurde seitdem überarbeitet, sodass der Umweltsektor („Environmental Goods and Services Sector“, kurz: EGSS) aktuell wie folgt definiert wird (Eurostat, 2009; S. 29):

„The environmental goods and services sector consists of a heterogeneous set of producers of technologies, goods and services that:

- Measure, control, restore, prevent, treat, minimise, research and sensitise environmental damages to air, water and soil as well as problems related to waste, noise, biodiversity and landscapes. This includes ‘cleaner’ technologies, goods and services that prevent or minimise pollution.
- Measure, control, restore, prevent, minimise, research and sensitise resource depletion. This results mainly in resource-efficient technologies, goods and services that minimise the use of natural resources.

These technologies and products (i. e. goods and services) must satisfy the end purpose criterion, i.e. they must have an environmental protection or resource management purpose (hereinafter ‘environmental purpose’) as their prime objective.“

Die Definition betont die Heterogenität der Umweltwirtschaft („heterogeneous set of producers“). Umweltschutz ist eine Aufgabe, die alle Wirtschaftsbereiche tangiert. Damit besitzt sie den Charakter einer Querschnittsbranche. Dies bringt den Nachteil mit sich, dass die dazugehörigen statistischen Einheiten (z. B. Betriebe) nicht im Rahmen von Wirtschaftszweigklassifikationen als Teilbereich der Gesamtwirtschaft direkt abgrenzbar sind. Im Gegensatz zu leicht abgrenzbaren traditionellen Branchen wie dem Maschinenbau (WZ 28 in der WZ 2008[1]) oder dem Fahrzeugbau (WZ 29-30) sind Aktivitäten für den Umweltschutz in nahezu allen Wirtschaftszweigen denkbar (z. B. Windkraftanlagen im WZ 28 „Maschinenbau“ oder Entsorgungsfahrzeuge in WZ 29-30 „Fahrzeugbau“).

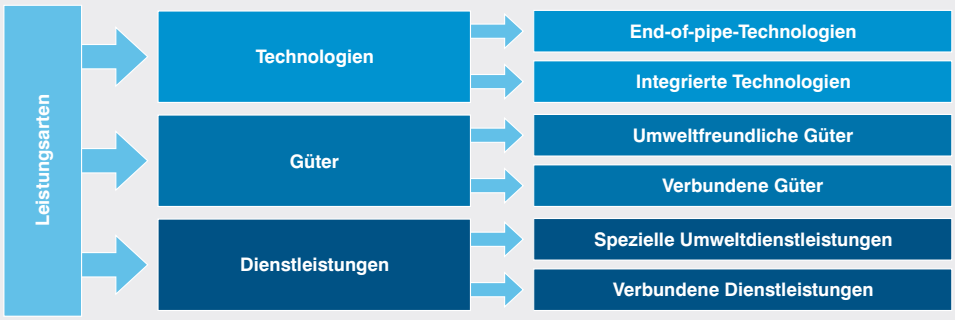
Entsprechend der Definition müssen die angebotenen Leistungen den Umweltschutz als Hauptzweck („environmental purpose“; nachfolgend auch „Umweltzweck“) verfolgen, um dem EGSS zugerechnet werden zu können.[2] Dieser fehlt etwa bei Leistungen im Bereich natürlicher (z. B. Naturkatastrophen) und technologischer Risiken (z. B. äußere Sicherheit bei Kernkraftwerken oder Militäreinrichtungen), bei der Trinkwasserversorgung, bei Leistungen, die dem Arbeitsschutz oder dem Schutz von historischen Monumenten dienen, bei der Instandhaltung von Grünanlagen und Erholungsflächen, bei Leistungen im öffentlichen Verkehr sowie beim Management von Minen. Zur Vermeidung von Übererfassungen bzw. Doppelzählungen werden weder Händler (im Gegensatz zu Herstellern von EGSS-Technologien, -Gütern und -Dienstleistungen) noch multifunktionale Güter[3], die nicht ausschließlich zum Zweck des Umweltschutzes verwendet werden können (z. B. Pumpen), einbezogen.

1 Die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), baut auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2) auf, die ihrerseits auf der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 4) der Vereinten Nationen basiert.

2 Dies wird vorrangig mithilfe der „technical nature“ (Eurostat, 2009; S. 31) der Leistung entschieden.

3 Vorleistungen werden nur erfasst, wenn diese ausschließlich dem Umweltschutz dienen (z. B. Katalysatoren).

Umweltgüter und -dienstleistungen (EGSS*) nach Leistungsarten Abb. 1



* Environmental goods and services sector

Sämtliche Leistungen aber, die den Umweltschutz als Hauptzweck verfolgen, gehören zum EGSS und können sowohl nach Leistungsarten als auch nach Umweltbereichen gegliedert werden.

► Hinsichtlich der Leistungsarten (vgl. Abbildung 1) werden Technologien, Güter und Dienstleistungen („technologies, goods and services“) unterschieden. End-of-pipe-Technologien sind dem Produktions- und Verbrauchsprozess hinzugefügte Einheiten, welche (ex post) Umweltverschmutzungen bzw. Ressourcenabbau messen, behandeln, reduzieren etc. (z. B. Demontage- und Zerkleinerungseinrichtungen für Abfall). In den letzten Jahren immer bedeutsamer werden jedoch integrierte Technologien, welche Umweltbelastungen bereits im Produktionsprozess (ex ante) reduzieren (z. B. Recyclinganlagen). Umweltfreundliche Güter sind gegenüber äquivalenten, normalen Gütern weniger umweltbelastende Güter (z. B. Biokraftstoffe). Spezielle Umweltdienstleistungen sind das Ergebnis jener Aktivitäten, die für den Umweltschutz oder für das Ressourcen-

Umweltgüter und -dienstleistungen (EGSS*) nach Umweltbereichen Abb. 2

Umweltbereiche

Umweltschutzaktivitäten	
CEPA 1	Luftreinhaltung und Klimaschutz
CEPA 2	Gewässerschutz
CEPA 3	Abfallwirtschaft
CEPA 4	Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser
CEPA 5	Lärm- und Erschütterungsschutz
CEPA 6	Arten- und Landschaftsschutz
CEPA 7	Strahlenschutz
CEPA 8	Forschung und Entwicklung
CEPA 9	Sonstige Umweltschutzaktivitäten

Ressourcenmanagementaktivitäten	
CReMA 10	Wassermanagement
CReMA 11	Forstmanagement
CReMA 12	Natürlicher Pflanzen- und Tierbestand
CReMA 13	Management von Energieressourcen
CReMA 14	Management mineralischer Rohstoffe
CReMA 15	Forschung und Entwicklung
CReMA 16	Sonstige Ressourcenmanagementaktivitäten

* Environmental goods and services sector

management „charakteristisch“ sind (z. B. Abwasseranalysen). Verbundene Produkte (Güter oder Dienstleistungen) haben keinen anderen Nutzen, als die Ausführung der Umweltschutz- oder der Ressourcenmanagementaktivität zu unterstützen (z. B. Müllsäcke oder Installation von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien).

► Hinsichtlich der Umweltbereiche (vgl. Abbildung 2) können zwei (eben bereits im Text verwendete) Oberkategorien unterschieden werden, die Aktivitäten zum (klassischen) Umweltschutz („environmental protection“) und zum Ressourcenmanagement („resource management“). Umweltschutzaktivitäten dienen dem Zweck, Umweltschäden zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren, zu messen und zu untersuchen (Orientierung am Output). Diese Aktivitäten werden mit der von Eurostat entwickelten Klassifikation der Umweltschutzaktivitäten und -ausgaben (CEPA 2000) erfasst. Ressourcenmanagementaktivitäten hingegen sollen natürliche Ressourcen schonen bzw. diese effizient nutzbar machen (Orientierung am Input) und werden nach der Klassifikation der Ressourcenmanagementaktivitäten (CReMA 2008) geordnet. Alle Leistungen mit Umweltschutz als Hauptzweck (z. B. Lärmschutzwände oder Erzeugnisse aus Holz oder Kork zur Wärmeisolation) können entweder einer Kategorie der Umweltschutzaktivitäten oder einer Kategorie der Ressourcenmanagementaktivitäten zugeordnet werden (z. B. CEPA 5 oder CReMA 13).

4.2 „Umweltschutzwirtschaft“ entsprechend der § 12 UStatG-Erhebung

Im Rahmen der deutschen amtlichen Statistik ist es Inhalt der in § 12 Umweltstatistikgesetz (UStatG) geregelten Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, die Struktur der Umweltschutzwirtschaft zu erfassen. Einbezogen werden Waren, Bau- und Dienstleistungen von Betrieben und Einrichtungen, die der Emissionsminderung dienen. Unter Emissionsminderung ist dabei die Vermeidung, Verminderung bzw. Beseitigung von schädigenden Einflüssen auf die Umwelt aus Produktion und Konsum zu verstehen.

Die Konzeption der Erhebung ist fachlich eng mit den Eurostat-Konzepten zum EGSS abgestimmt. Die ermittelten Daten und Erfahrungen aus Deutschland fließen über eine Arbeitsgruppe in die Arbeiten von Eurostat ein. Allerdings deckt die § 12 UStatG-Erhebung aufgrund von Fragebogenkonzeption und Erhebungspraxis nicht vollständig den EGSS ab:

Hinsichtlich der Leistungsarten vernachlässigt die Erhebung wegen Definitions- und Identifikationsproblemen zum Teil integrierte Technologien und alle umweltfreundlichen Güter. In beiden Fällen muss ein Standard festgelegt werden, um zu entscheiden, ob die infrage stehende Technologie bzw. das infrage stehende Gut die Umwelt weniger belastet als der Standard. Diese Standards ändern sich mit der Zeit und können von Land zu Land unterschiedlich sein. Auch die leicht zu identifizierenden umweltfreundlichen Güter Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien sowie aus Kraft-Wärme-Kopplung fehlen in der Erhebung (Energieerzeugnisse).[4]

Bei den Umweltbereichen unterscheidet die § 12 UStatG-Erhebung sieben Kategorien, in denen schädigende Einflüsse auftreten können: Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz.[5] Die Definitionen der ersten sechs Kategorien orientieren sich an CEPA 1 bis CEPA 6. Nur die siebte Kategorie schließt seit dem Berichtsjahr 2006 (neben CEPA 1) mit CReMA 13A und CReMA 13B zumindest teilweise die zunehmend im Interesse stehenden Umweltmanagementaktivitäten mit ein, welche sich an dieser Stelle auf Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz und Energiesparmaßnahmen beziehen. Im Ergebnis bleiben neben einigen Umweltschutzaktivitäten viele Ressourcenmanagementaktivitäten ausgeklammert.[6]

Von der Erhebung ferner ausgenommen bleiben Entsorgungsdienstleistungen und damit Umsätze, die direkt mit der Abfallsammlung, -behandlung und/oder -beseitigung erzielt werden. Um Doppelbefragungen von Betrieben im Rahmen der deutschen amtlichen Statistiken zu vermeiden, bleibt der gewichtige Bereich der Entsorgungswirtschaft unberücksichtigt (vgl. dazu auch Büringer, 2011).

Im Bereich der Landwirtschaft ist die ökologische Landwirtschaft dem EGSS zuzurechnen. Außer-

4 Mit dem Berichtsjahr 2011 werden auch Biokraft- und Biobrennstoffe nicht mehr weiter berücksichtigt, deren umweltschonender Charakter umstritten ist.

5 Mit dem Berichtsjahr 2011 werden teilweise andere Definitionen und Namen für die Umweltbereiche verwendet, zudem wird in Anlehnungen an die englische Terminologie nur noch zwischen Umweltschutzgütern und Umweltschutzleistungen statt zwischen Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz unterschieden, vgl. dazu Statistisches Bundesamt (2013a). Daneben existiert noch eine „umweltbereichsübergreifende“ Kategorie für Maßnahmen und Aktivitäten für den Umweltschutz, die nicht nur einem Umweltbereich zugeordnet werden können.

6 Auch die Kategorien, welche sich auf Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten beziehen, CEPA 8 und – sofern sich die Auskunftsgebenden auf CReMA 13A oder 13B beziehen – auch CReMA 15, finden in der Erhebung Berücksichtigung; in Teilen auch CEPA 9. Da die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten mit anderen Aktivitäten zusammen erhoben werden, können CEPA 8 und CReMA 15 nicht getrennt ausgewiesen werden.

dem kann neben der Privatwirtschaft im Allgemeinen auch der Staat Aktivitäten für den Umweltschutz erbringen. Dazu zählen Umweltinformation, regulative Maßnahmen wie Fischfangquoten und die Tätigkeiten von staatlichen Energieagenturen. Beide Bereiche sind aber de facto aus der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz ausgeschlossen; auch da sich die Berichtskreisrecherche auf die im statistischen Unternehmensregister (vgl. Abschnitt 5.2) gepflegten Wirtschaftszweige konzentriert.

Der EGSS umfasst grundsätzlich auch kleine statistische Einheiten. Da sich die Berichtskreisrecherche in den Statistischen Ämtern der Länder jedoch auf Betriebe ab einer gewissen Größe fokussiert, sind kleine Betriebe untererfasst (vgl. Abschnitt 6.1 und 6.2).

In dieser Methodenbeschreibung soll für den Begriff „Umweltwirtschaft“ der EGSS-Begriff nach Eurostat maßgeblich sein. Daher müssen ausgehend von der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz die angesprochenen, untererfassten Teilbereiche hinzugeschätzt werden, um den EGSS vollständig abzubilden. Die Untererfassungen bei den kleinen Betrieben und in der Entsorgungswirtschaft werden durch die in den Abschnitten 6.2 und 6.3 beschriebenen Zuschätzungen überwunden. Zuschätzungen für weitere (noch nicht vollständig erfasste) Bereiche sollen Gegenstand der zukünftigen Weiterentwicklung der Methodik zur statistischen Erfassung der Umweltwirtschaft in den Bundesländern sein.

5. Datengrundlage

Nachdem der Umfang der Umweltwirtschaft bestimmt wurde, bedarf es nun einer geeigneten Datengrundlage, um die interessierenden Berechnungsgrößen 1 bis 4 zu ermitteln. Dafür sind sowohl Daten zur Umweltwirtschaft als auch Daten zur Gesamtwirtschaft notwendig.

5.1 Daten zur Umweltwirtschaft

► Die wichtigste amtliche Datenquelle für die Umweltschutzwirtschaft, insbesondere für die WZ-Abschnitte C „Verarbeitendes Gewerbe“, F „Baugewerbe“ und M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, stellt die Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz dar:

Die Statistik wird jährlich bei höchstens 15 000 Betrieben und Einrichtungen der Umweltwirtschaft als dezentrale Erhebung, d. h. durch die Statistischen Ämter der Länder für das ganze Bundesgebiet, durchgeführt. Das Statistische Bundesamt ist für die methodische Entwicklung der Statistik zuständig und weist das Bundesergebnis aus. Die Statistischen Ämter der Länder stellen wiederum die Ergebnisse auf Länderebene dar; die räumliche Vergleichbarkeit ist auf Ebene der Bundesländer gegeben. Erhoben werden die Angaben zu § 12 UStatG. Es besteht Auskunftspflicht.

Die Erhebung wird seit dem Berichtsjahr 1997 durchgeführt. Zwischenzeitlich wurden die der Umweltstatistik zugrunde liegenden Rechtsgrundlagen an die gesteigerten Ansprüche der Nutzer angepasst (z. B. Ausdehnung des Berichtskreises, des Merkmalkatalogs und des Begriffs „Umweltschutz“). Die Änderungen schränken insbesondere die Vergleichbarkeit der Berichtsjahre 1997 bis 2005 einerseits und der Berichtsjahre 2006 bis 2012 andererseits erheblich ein.

Der Fragebogen der § 12 UStatG-Erhebung bittet die Berichtspflichtigen um Auskunft zu folgenden Größen:

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz: Dieser wird als Größe definiert durch die Summe der Rechnungsendbeträge (ohne Umsatzsteuer) der im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte – unabhängig vom Zahlungseingang – einschließlich Verbrauchsteuern und getrennt in Rechnung gestellter Kosten für Fracht, Porto, Verpackung usw.

Beschäftigte für den Umweltschutz: Dies sind die in den Erhebungseinheiten mit der Herstellung von Waren oder der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen für den Umweltschutz Beschäftigten (bezogen auf eine Vollzeiteinheit, z. B. zwei Halbtagsbeschäftigte für den Umweltschutz im Jahr sind eine Vollzeiteinheit).

Die beiden Größen werden mit unterschiedlicher inhaltlicher Tiefe abgefragt. Die Beschäftigten für den

Umweltschutz werden im Fragebogen nur für den Betrieb bzw. die Einrichtung insgesamt abgefragt. Die Zuordnung der Umsätze erfolgt hingegen nach einzelnen Maßnahmen und Aktivitäten sowie Umweltbereichen.[7] Sie erfolgt auf Basis des dem Fragebogen angehängten Waren- und Leistungskatalogs[8] durch den Melder selbst.

Zusätzlich stehen für die statistischen Einheiten, d. h. für die Betriebe und Einrichtungen, die aus dem statistischen Unternehmensregister zugespielten Größen „WZ“ (WZ 2008), „Umsätze insgesamt“ (Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz und andere Umsätze) und „Beschäftigte insgesamt“ (keine Vollzeitäquivalente; Beschäftigte für den Umweltschutz und andere Beschäftigte) zur Verfügung.

Weiterführende Informationen unter www.destatis.de/, insbesondere im Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamts (2012a), sowie in der Fachserie 19 Reihe 3.3 des Statistischen Bundesamts (2012b).

► *Weitere wichtige Daten für die Umweltschutzwirtschaft, insbesondere hinsichtlich des WZ-Abschnitts E „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ stellt die Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen (KSE) bereit:*

Die KSE wird jährlich bei Unternehmen des WZ-Abschnitts D „Energieversorgung“ und E „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ durchgeführt. Zum Programm der KSE gehören die tätigen Personen, der Umsatz nach Arten der ausgeübten Tätigkeit, die selbsterstellten Anlagen, die Material- und Warenbestände, einschließlich fertiger und unfertiger Erzeugnisse am Anfang und am Ende des Jahres, der Material- und Wareneingang, die Kosten nach Kostenarten, die Umsatzsteuer und die Subventionen. Dies ermöglicht die Bestimmung von Produktionswerten und Wertschöpfungsgrößen. Im Rahmen der aktuellen Berechnungen liegen die bundesweiten Unternehmensumsätze sowie die geleisteten Arbeitsstunden nach fachlichen Unternehmensteilen und nach relevanten Wirtschaftszweigen vor.

Weiterführende Informationen unter www.destatis.de/, insbesondere im Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamts (2013b).

5.2 Daten zur Gesamtwirtschaft

Die Daten zur Gesamtwirtschaft stammen im Einzelnen aus folgenden Quellen:

► Umsätze des statistischen Unternehmensregisters (URS):

Das URS ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank mit Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftszweigen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bleiben unberücksichtigt. Quellen zur Pflege des URS sind Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Finanzbehörden, und Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken. Die Daten liegen für die Berechnungen gegliedert nach relevanten Wirtschaftszweigen, Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen vor.

Weiterführende Informationen unter www.destatis.de/, insbesondere im Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamts (2011).

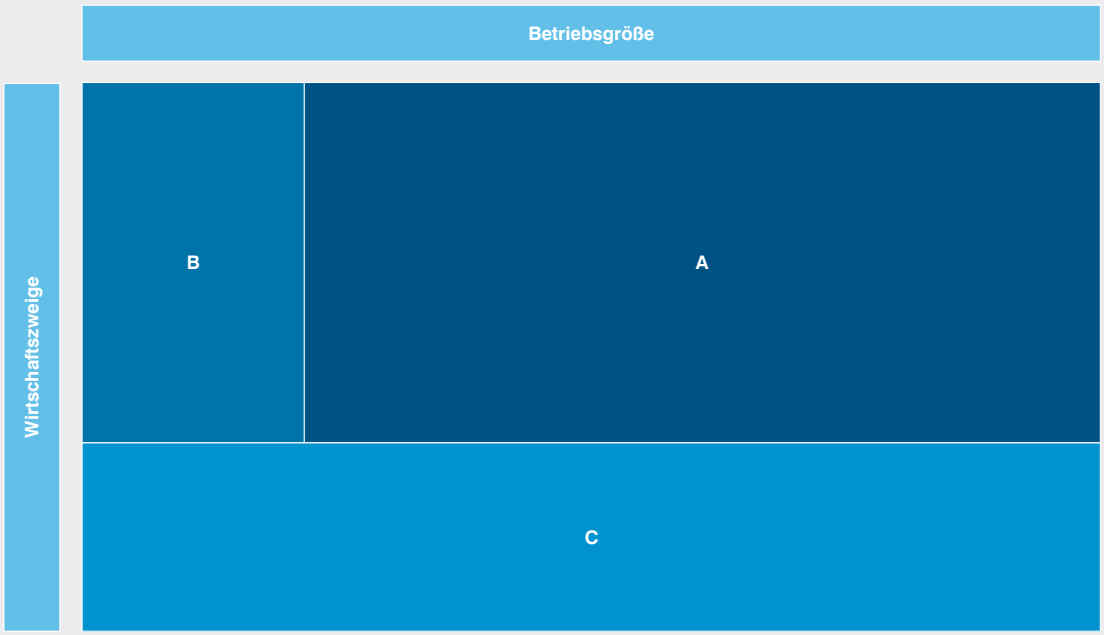
► *Produktionswerte des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL):*

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht mit ein. Die Umsätze stellen den Hauptbestandteil der Produktionswerte dar. Neben der Bruttowert-

7 Das Erhebungsmerkmal „Umsatz“ wird außerdem getrennt nach inländischen und ausländischen Abnehmern erfasst. Diese zusätzliche Unterscheidung wird nachfolgend im Text nicht weiter betrachtet.

8 Um den technischen Entwicklungsstand der Umweltschutzwirtschaft richtig wiederzugeben, wurde im Berichtsjahr 2011 der Waren- und Leistungskatalog neu gegliedert.

Schematische Darstellung der Umweltwirtschaft Abb. 3



schöpfung umfassen die Produktionswerte auch Vorleistungen. Die Daten liegen für die Berechnungen gegliedert nach relevanten Wirtschaftszweigen vor.

Weiterführende Informationen unter www.destatis.de/ bzw. www.vgrdl.de/, insbesondere in den Methodenbeschreibungen des Statistischen Bundesamts (2007) bzw. des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2014).

► Vollzeitäquivalente des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR):

Vollzeitäquivalente sind „Erwerbstätige in Vollbeschäftigten-Einheiten“, bei denen die Erwerbstätigengruppen nach dem Maß ihrer Beteiligung am Erwerbsprozess gewichtet sind, z. B. Vollzeit-Beschäftigte mit Norm-Gewicht 1,0 (unabhängig von tariflich unterschiedlich festgelegten Arbeitszeiten der Arbeitnehmergruppen bzw. abweichenden tatsächlichen Wochenarbeitszeiten von Selbstständigen), Halbtags-Beschäftigte mit Gewicht 0,5 und marginal Beschäftigte mit noch kleineren Gewichten. Die Gewichte unterscheiden sich nach der Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig sowie nach West-/Ost-Großraumregionen und Jahren. Die Daten liegen für die Berechnungen (nur) für (ganze) WZ-Abschnitte vor.

Weiterführende Informationen unter www.ak-etr.de/, insbesondere in der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2012), Reihe 2 Band 3.

► Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit:

Die Statistik beruht auf Meldungen der Arbeitgeber zur Kranken-, Renten-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung. Es werden alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (ca. 75 bis 80 % aller abhängig Beschäftigten) erfasst. Nicht berücksichtigt werden nicht sozialversicherungspflichtige Beamte, Selbstständige, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Personen, die ausschließlich in sogenannten Mini-Jobs tätig sind. Die Daten liegen für die Berechnungen gegliedert nach relevanten Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen vor.

Weiterführende Informationen unter http://statistik.arbeitsagentur.de/, insbesondere im Qualitätsbericht der Bundesagentur für Arbeit (2012).

6. Rechengang

Ausgangspunkt für die interessierenden Berechnungsgrößen ist ein für alle Bundesländer festge-

Hinweise zur Notation in den nachfolgend verwendeten Formeln:

Das Symbol ^ zeigt an, dass es sich um eine geschätzte Größe handelt. Da die Umsätze und Beschäftigten der Umweltwirtschaft (Berechnungsgrößen 1 und 2) und die Anteile der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei den Umsätzen und Beschäftigten (Berechnungsgrößen 3 und 4) – zumindest teilweise – auf Schätzungen beruhen, werden diese Größen ebenfalls mit dem Symbol ^ gekennzeichnet.

Die Umsätze werden mit dem Buchstaben U (absolute Größen) bzw. u (relative Größen, d. h. Anteile), die Beschäftigten mit den Buchstaben B (absolute Größen) bzw. b (relative Größen, d. h. Anteile) dargestellt.

Je nachdem, ob die Umsätze bzw. Beschäftigten sich auf die Umweltwirtschaft oder Gesamtwirtschaft beziehen, werden die Größen mit dem Index UW oder GW gekennzeichnet.

Je nachdem, ob die Umsätze bzw. Beschäftigten sich auf „kleine" oder „große" Betriebe beziehen, werden die Größen mit dem Index KB oder GB gekennzeichnet. Unter „kleine Betriebe" sind in den WZ 20 und 22-29 des WZ-Abschnitts C „Verarbeitendes Gewerbe" und in den WZ 41-43 (WZ-Abschnitt F „Baugewerbe") Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten zu verstehen. In den WZ 71, 72 und 74.9 des WZ-Abschnitts M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" fallen in diese Kategorie Betriebe mit unter 1 Million Euro Umsatz. „Große Betriebe" sind im Sinne der hier verwendeten Notation Betriebe der „nächstgrößeren" Größenklasse, d. h. im WZ-Abschnitt C und F Betriebe in der (Beschäftigten-)Größenklasse 20-49 Beschäftigte und im WZ-Abschnitt M Betriebe in der (Umsatz-)Größenklasse 1 Million Euro bis unter 2 Millionen Euro Umsatz.

Der Index i zeigt an, auf welchen Wirtschaftszweig (WZ 2-Steller bzw. WZ 3-Steller) sich die Umsätze bzw. Beschäftigten beziehen.

legter gemeinsamer Berichtskreis im Rahmen der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz (vgl. Komponente A in Abbildung 3). Zugeschätzt wird anschließend in zwei Bereichen in denen in der § 12 UStatG-Erhebung eine Untererfassung besteht: bei kleinen Betrieben (Komponente B) und für bestimmte WZ (Komponente C). Dies entspricht dem Vorgehen zur Ermittlung der absoluten Berechnungsgrößen 1 und 2. Für die Zuschätzungen sind neben den Daten zur Umweltwirtschaft auch an dieser Stelle bereits die Daten zur Gesamtwirtschaft relevant (vgl. Abschnitt 6.2 und 6.3), um die Bedeutung der Umweltwirtschaft in absoluten Größen zu quantifizieren. Für die relativen Berechnungsgrößen 3 und 4, d. h. zur Quantifizierung der Bedeutung der Umweltwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft eines Bundeslandes, muss die Summe der Komponenten A, B und C in einem weiteren Schritt noch auf die Gesamtwirtschaft bezogen werden.

6.1 Gemeinsamer Berichtskreis (Komponente A in Abbildung 3)

Um für alle Bundesländer zu vergleichbaren Ergebnissen zu gelangen, muss ein für alle Bundesländer gemeinsamer Berichtskreis nach wirtschaftlichen Gliederungskriterien festgelegt werden (Komponente A). Die Komponenten B und C hängen dementsprechend davon ab.

Wichtiger Hinweis: Der nachfolgend für alle Bundesländer festgelegte gemeinsame Berichtskreis gilt nur für die Berechnungen im Rahmen der hier beschriebenen Methodik und nicht für die Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz an sich!

Obwohl die Umweltwirtschaft per Definition gerade nicht nach wirtschaftlichen Kriterien abgrenzbar ist, gibt es dennoch gute Gründe, einen für alle Bundes-

Für alle Bundesländer festgelegter gemeinsamer Berichtskreis Abb. 4

Umweltrelevante Wirtschaftszweige		Abschneidegrenze
Im Abschnitt C	20 und 22–29	≥ 20 Beschäftigte
Im Abschnitt F	41–43	≥ 20 Beschäftigte
Im Abschnitt M	71, 72 und 74.9	≥ 1 Million Euro Umsatz

länder gemeinsamen Berichtskreis nach wirtschaftlichen Gliederungskriterien (Wirtschaftszweige, Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen) ins Zentrum der Berechnungsmethode zu stellen: Zum einen sind für die Betriebe und Einrichtungen der Umweltwirtschaft über die zugespielten (nicht durch die § 12 UStatG-Erhebung ermittelten) Größen aus dem URS die notwendigen Variablen verfügbar. Zum anderen müssen für die Zuschätzungen Daten zur Gesamtwirtschaft herangezogen werden, die nur nach wirtschaftlichen (und insbesondere nicht nach umweltbezogenen) Gliederungskriterien vorliegen. Darüber hinaus erstreckt sich die Umweltwirtschaft zwar nahezu über alle Wirtschaftszweige, allerdings existieren deutliche Schwerpunkte in einigen Wirtschaftszweigen, welche als besonders relevant für die Umweltwirtschaft erachtet werden können. Außerdem gibt es gemäß § 13 Bundesstatistikgesetz die Möglichkeit, potenzielle Erhebungseinheiten im Rahmen von Vorbefragungen von Betrieben ausgewählter Wirtschaftszweige zu ermitteln.[9]

Für die Berichtsjahre 2010 und 2011 haben sich die Bundesländer – für die aktuellen Berechnungen im Rahmen der hier beschriebenen Methodik – auf einen gemeinsamen Berichtskreis geeinigt (vgl. Abbildung 4). Dieser umfasst nur die besonders umweltrelevanten WZ 20 und 22-29 im WZ-Abschnitt C „Verarbeitendes Gewerbe“, die WZ 41-43, d. h. den kompletten WZ-Abschnitt F „Baugewerbe“, sowie die WZ 71, 72 und 74.9 im WZ-Abschnitt M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“. Außerdem werden im WZ-Abschnitt C und F nur Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten im Betrieb insgesamt und im WZ-Abschnitt M nur Betriebe mit 1 Million Euro oder mehr Umsatz im Betrieb insgesamt berücksichtigt. Die Berichtskreisziehung erfolgt auf Grundlage der in Abschnitt 5.1 genannten zugespielten (nicht durch die § 12 UStatG-Erhebung ermittelten) Größen (vgl. dazu auch Legler und Schasse, 2009; Schmauz, 2009). Dieser Berichtskreis kann im Rahmen der hier beschriebenen Methodik als Kernbereich der § 12 UStatG-Erhebung angesehen werden mit über 75 % der insgesamt 61,2 Milliarden Euro Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz in allen Bundesländern im Berichtsjahr 2010 (Statistisches Bundesamt, 2012b) und über 80 % der 66,9 Milliarden Euro Umsatz im Berichtsjahr 2011 (Statistisches Bundesamt, 2013a). Für diesen Kernbereich kann unterstellt werden, dass der Berichtskreis der Umweltwirtschaft vollständig abgedeckt wird, sodass Zuschätzungen innerhalb der Komponente A entbehrlich sind.

6.2 Zuschätzungen für kleine Betriebe (Komponente B in Abbildung 3)

Die Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz weist für die Komponente B eine Untererfassung auf, da die Statistischen Ämter der Länder sich bei der Berichtskreisrecherche 2010 und 2011 auf große Betriebe oberhalb der Abschneidegrenzen in Abbildung 4 konzentrierten. Die Untererfassung bei kleinen Betrieben soll mit Zuschätzungen ausgeglichen werden. Ein fiktives Beispiel zur Schätzung der Umsätze der Umweltwirtschaft bei kleinen Betrieben in einzelnen Wirtschaftszweigen der WZ-Abschnitte C, F und M zeigt Tabelle 1.

Die Umsätze der Umweltwirtschaft der kleinen Betriebe im WZ i (kursive Zahlen in Tabelle 1) sind zunächst unbekannt und werden geschätzt ($\hat{U}^{i}_{UW\ KB}$). Dazu wird der deutschlandweite Anteil der Umsätze der Umweltwirtschaft an den Umsätzen der Gesamtwirtschaft im WZ i in der nächstgrößeren Größenklasse oberhalb der Abschneidegrenze u^{i}_{GB} (schwarze Hintergrundfarbe in Tabelle 1) für jedes Bundesland auch für die Größenklasse un-

9 Da die Umweltwirtschaft als Querschnittsbranche an keiner Stelle vollständig abgebildet ist, muss der Berichtskreis von den Statistischen Ämtern der Länder aufwendig recherchiert werden, u. a. durch Vorbefragungen (teilweise auf Basis des URS), im Internet oder über Messelisten etc. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Ausweitung des Berichtskreises unter Zuhilfenahme einer Liste „potenzieller Umweltschutzgüter“ (vgl. dazu auch Gehrke und Schasse, 2013) ab Berichtsjahr 2012.

Tab. 1 **Fiktives Beispiel zur Schätzung der Umsätze der Umweltwirtschaft**

Wirtschaftszweig	Bundesland, für das Zuschätzung erfolgen soll				Deutschland bzw. alle Bundesländer				Unterstellter Anteil der Umsätze der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft in Betrieben mit 1-19 Beschäftigten in Prozent
	Umsätze in Millionen Euro in der …								
	Umweltwirtschaft in Betrieben mit …		Gesamtwirtschaft in Unternehmen mit …		Umweltwirtschaft in Betrieben mit …		Gesamtwirtschaft in Unternehmen mit …		
	1-19 Beschäftigten	20-49 Beschäftigten	0-19 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	20-49 sozialversicherungpflichtig Beschäftigten	1-19 Beschäftigten	20-49 Beschäftigten	0-19 sozialversicherungpflichtig Beschäftigten	20-49 sozialversicherungpflichtig Beschäftigten	
20 Herstellung von chemischen Erzeugnissen	*36*	20	460	570	x	**390**	5 940	**5 000**	7,8
41 Hochbau	*100*	40	5 020	1 690	x	**160**	22 550	**8 050**	2,0

Wirtschaftszweig	Bundesland, für das Zuschätzung erfolgen soll				Deutschland bzw. alle Bundesländer				Unterstellter Anteil der Umsätze der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft in Betrieben unter 1 Million Euro Umsatz in Prozent
	Umsätze in Millionen Euro in der …								
	Umweltwirtschaft in Betrieben …		Gesamtwirtschaft in Unternehmen …		Umweltwirtschaft in Betrieben …		Gesamtwirtschaft in Unternehmen …		
	unter 1 Million Euro Umsatz	mit 1 Million Euro bis unter 2 Millionen Euro Umsatz	unter 1 Million Euro Umsatz	mit 1 Million Euro bis unter 2 Millionen Euro Umsatz	unter 1 Million Euro Umsatz	mit 1 Million Euro bis unter 2 Millionen Euro Umsatz	unter 1 Million Euro Umsatz	mit 1 Million Euro bis unter 2 Millionen Euro Umsatz	
71 Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	*213*	60	3 440	960	x	**350**	19 300	**5 650**	6,2

terhalb der Abschneidegrenze unterstellt. Die WZ i beziehen sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige des für alle Bundesländer festgelegten gemeinsamen Berichtskreises (WZ 20, 22, …, 74.9; die WZ 20, 41 und 71 in Tabelle 1 sind nur beispielhaft herausgegriffen). Die nächstgrößere Größenklasse oberhalb der Abschneidegrenze ist im WZ-Abschnitt C und F die (Beschäftigten-)Größenklasse 20-49 Beschäftigte und im WZ-Abschnitt M die (Umsatz-)Größenklasse 1 Million bis unter 2 Millionen Euro Umsatz. Um $\hat{U}^i_{UW\,KB}$ zu ermitteln, wird der Anteil u^i_{GB} mit den Umsätzen der kleinen Betriebe in der Gesamtwirtschaft $U^i_{GW\,KB}$ (graue Hintergrundfarbe in Tabelle 1) multipliziert. Der neue geschätzte Gesamtumsatz der Umweltwirtschaft im WZ i $\hat{U}^i_{UW}$ ergibt sich dann aus den Umsätzen der großen Betriebe oberhalb der Abschneidegrenze $U^i_{UW\,GB}$ und den geschätzten Umsätzen der kleinen Betriebe unterhalb der Abschneidegrenze $\hat{U}^i_{UW\,KB}$.

Für die WZ i = 20, 22, ..., 74.9 des für alle Bundesländer festgelegten gemeinsamen Berichtskreises

$$\hat{U}^i_{UW\,KB} = U^i_{GW\,KB} \cdot u^i_{GB} \quad \text{(Formel 1)}$$

$$\hat{U}^i_{UW} = U^i_{UW\,GB} + \hat{U}^i_{UW\,KB} \quad \text{(Formel 2)}$$

Datengrundlage für $U^i_{GW\,KB}$ ist das URS, für u^i_{GB} sind es die § 12 UStatG-Erhebung einerseits (Zähler) und das URS andererseits (Nenner), für $U^i_{UW\,GB}$ ist es die § 12 UStatG-Erhebung.

Die Ermittlung der geschätzten Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) für den Umweltschutz erfolgt analog.

Für die WZ i = 20, 22, ..., 74.9 des für alle Bundesländer festgelegten gemeinsamen Berichtskreises

$$\hat{B}^{i}_{UW\,KB} = B^{i}_{GW\,KB} \cdot b^{i}_{GB} \quad \text{(Formel 3)}$$

$$\hat{B}^{i}_{UW} = B^{i}_{UW\,GB} + \hat{B}^{i}_{UW\,KB} \quad \text{(Formel 4)}$$

Datengrundlage für $B^{i}_{GW\,KB}$ sind die Vollzeitäquivalente des AK ETR und die Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, für b^{i}_{GB} sind es die § 12 UStatG-Erhebung einerseits (Zähler) sowie die Vollzeitäquivalente des AK ETR und die Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten andererseits (Nenner), für $B^{i}_{UW\,GB}$ ist es die § 12 UStatG-Erhebung.

Die Vollzeitäquivalente des AK ETR liegen nur für ganze WZ-Abschnitte (hier von Interesse WZ-Abschnitte C, F und M) vor und nicht gegliedert nach einzelnen WZ i oder Beschäftigtengrößenklassen (vgl. Abschnitt 5.2). Daher werden die Vollzeitäquivalente des AK ETR mithilfe der Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die WZ i des jeweiligen WZ-Abschnitts und auf die Beschäftigtengrößenklassen aufgeteilt (Schlüsselgröße). Da diese Schlüsselgröße nur gegliedert nach Beschäftigtengrößenklassen vorliegt (vgl. Abschnitt 5.2), werden im WZ-Abschnitt M, für den Umsatzgrößenklassen relevant sind, die Vollzeitäquivalente erst mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die WZ i des WZ-Abschnitts M aufgeteilt und diese dann je WZ i mithilfe der Umsatzverhältnisse in den Umsatzgrößenklassen (URS-Angaben) auf die Umsatzgrößenklassen verteilt.

Für den Fall, dass die § 12 UStatG-Erhebung in einem WZ i des für alle Bundesländer festgelegten gemeinsamen Berichtskreises für die kleinen Betriebe unterhalb der Abschneidegrenze einen größeren Wert bei den Umweltumsätzen oder -beschäftigten ausweist als dies nach der obigen Zuschätzung der Fall ist, wird der tatsächlichen Angabe aus der § 12 UStatG-Erhebung Vorrang gegeben. Andernfalls bleibt die Angabe aus der § 12 UStatG-Erhebung zur Vermeidung von Doppelzählungen unberücksichtigt.

6.3 Zuschätzungen für bestimmte Wirtschaftszweige (Komponente C in Abbildung 3)

Die Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz weist zudem in einigen Wirtschaftszweigen außerhalb der Komponenten A und B eine Untererfassung auf, die ebenfalls durch Zuschätzungen ausgeglichen werden soll.

Wie beschrieben ist der wichtige WZ-Abschnitt E „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ in der § 12 UStatG-Erhebung in weiten Teilen untererfasst. Zu dem WZ-Abschnitt E zählen die WZ 36 „Wasserversorgung“, 37 „Abwasserentsorgung“, 38 „Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung“ sowie 39 „Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung“. Die deutschlandweiten Umsätze mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz im WZ-Abschnitt E in den Berichtsjahren 2010 und 2011 werden in den Publikationen des Statistischen Bundesamts (2012b; 2013a) mit jeweils (nur) 0,2 Milliarden Euro angegeben. Zum Vergleich, der WZ-Abschnitt C „Verarbeitendes Gewerbe“ kommt in den genannten Perioden auf 46,5 bzw. 51,0 Milliarden Euro, der WZ-Abschnitt F „Baugewerbe“ auf 6,2 bzw. 6,8 Milliarden Euro und der WZ-Abschnitt M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ auf 3,7 bzw. 5,1 Milliarden Euro Umsatz.

Entsprechend dem Eurostat-Handbuch zum EGSS können die Aktivitäten in NACE 37, 38 und 39 im Grundsatz vollständig dem Umweltsektor zugeordnet werden (Eurostat, 2009). Dies entspricht auch der Einschätzung der Statistischen Ämter der Länder, wonach branchenfremde bzw. nicht umweltrelevante Aktivitäten in diesen Wirtschaftszweigen vernachlässigbar sind.

Daher wird für diese WZ i (WZ 37, 38, 39) das Ergebnis der Schlüsselung der bundesweiten Umsätze der KSE nach fachlichen Unternehmensteilen mit den bundeslandspezifischen AK VGRdL-Produktionswerten ($U^{i}_{KSE\ geschlüsselt}$) als Schätzung für die Umsätze der Umweltwirtschaft $\hat{U}^{i}_{UW}$ angesetzt.[10]

Für die WZ i = 37, 38, 39

$$\hat{U}^{i}_{UW} = U^{i}_{KSE\,geschlüsselt} \quad \text{(Formel 5)}$$

Datengrundlage für $U^{i}_{KSE\ geschlüsselt}$ sind die Umsätze der KSE und die AK VGRdL-Produktionswerte.

10 *Das bedeutet, dass die Ergebnisse für die Bundesländer auf den Bundeseckwert der KSE koordiniert werden, welcher erstmals für die Berichtsjahre 2011 und 2012 in der Fachserie 19 Reihe 3.3 des Statis-tischen Bundesamts (2014) aufgenommenen wurde (2011: 42,0 Milliarden Euro; 2012: 42,7 Milliarden Euro).*

Die Ermittlung der geschätzten Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) für den Umweltschutz $\hat{B}^i_{UW}$ erfolgt, indem das Ergebnis der Schlüsselung der bundesweit geleisteten Arbeitsstunden der KSE nach fachlichen Unternehmensteilen mit den bundeslandspezifischen AK ETR-Vollzeitäquivalenten ($B^i_{KSE\ geschlüsselt}$) als Schätzung angesetzt wird.[11] Dazu müssen sowohl der Bundeseckwert als auch die Disaggregationsfaktoren zunächst angepasst werden: Die (bundesweit) geleisteten Arbeitsstunden der KSE werden unter der Annahme von 200 Arbeitstagen im Jahr und 7,8 Arbeitsstunden pro Tag in Vollzeitäquivalente umgerechnet.[12] Da die Vollzeitäquivalente des AK ETR für jedes Bundesland nur für den WZ-Abschnitt E insgesamt vorliegen (und nicht nach WZ-Zweisteller), werden diese ebenfalls zunächst für jedes Bundesland mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die WZ 37, 38 und 39 aufgeteilt.

Für die WZ i = 37, 38, 39

$$\hat{B}^i_{UW} = B^i_{KSE\,geschlüsselt} \qquad \textit{(Formel 6)}$$

Datengrundlage für $B^i_{KSE\ geschlüsselt}$ sind die geleisteten Arbeitsstunden der KSE, die Vollzeitäquivalente des AK ETR sowie die Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Angaben bei den Umweltumsätzen und -beschäftigten im WZ 37, 38 und 39 aus der § 12 UStatG-Erhebung bleiben zur Vermeidung von Doppelzählungen unberücksichtigt.

Für alle anderen WZ i (d. h. außer den Wirtschaftszweigen des für alle Bundesländer festgelegten gemeinsamen Berichtskreises WZ 20, 22, ..., 74.9 und außer den WZ 37, 38, 39) werden die Umweltumsätze der § 12 UStatG-Erhebung U^i_{UW} direkt übernommen. Das gilt auch für die (geringen) Umweltumsätze in WZ 36. NACE 36 bleibt dennoch entsprechend dem Eurostat-Handbuch im Grundsatz ausgenommen (Eurostat, 2009).

Für alle anderen WZ i

$$\hat{U}^i_{UW} = U^i_{UW} \qquad \text{(Formel 7)}$$

Datengrundlage für U^i_{UW} ist die § 12 UStatG-Erhebung.

Die Ermittlung der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) für den Umweltschutz erfolgt analog.

Für alle anderen WZ i

$$\hat{B}^i_{UW} = B^i_{UW} \qquad \text{(Formel 8)}$$

Datengrundlage für B^i_{UW} ist die § 12 UStatG-Erhebung.

6.4 Kalkulation der Berechnungsgrößen 1 bis 4

Zur Ermittlung der Berechnungsgröße 1 – der geschätzte Umsatz der Umweltwirtschaft insgesamt $\hat{U}_{UW}$ – müssen die Teilergebnisse $\hat{U}^i_{UW}$ aus allen möglichen WZ i (vgl. Formeln 2, 5 und 7) aufaddiert werden.

Berechnungsgröße 1

$$\hat{U}_{UW} = \sum_i \hat{U}^i_{UW} \qquad \text{(Formel 9)}$$

Die Ermittlung der Berechnungsgröße 2 – die geschätzten Beschäftigten der Umweltwirtschaft insgesamt $\hat{B}_{UW}$ – erfolgt analog.

Berechnungsgröße 2

$$\hat{B}_{UW} = \sum_i \hat{B}^i_{UW} \qquad \text{(Formel 10)}$$

Zur Ermittlung der Berechnungsgröße 3 – der geschätzte Anteil der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei den Umsätzen $\hat{u}$ – wird die Berechnungsgröße 1 $\hat{U}_{UW}$ auf den Produktionswert der Gesamtwirtschaft P_{GW} bezogen.

Berechnungsgröße 3

$$\hat{u} = \frac{\hat{U}_{UW}}{P_{GW}} \qquad \textit{(Formel 11)}$$

Datengrundlage für P_{GW} sind die Produktionswerte des AK VGRdL.

Die Ermittlung der Berechnungsgröße 4 – der geschätzte Anteil der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei den Beschäftigten $\hat{b}$ – erfolgt analog.

Berechnungsgröße 4

$$\hat{b} = \frac{\hat{B}_{UW}}{B_{GW}} \qquad \text{(Formel 12)}$$

Datengrundlage für B_{GW} sind die Vollzeitäquivalente des AK ETR.

Im Ergebnis stehen mit dieser Methode für alle Bundesländer vergleichbare Daten zur Umweltwirtschaft zur Verfügung.

11 *Wie bei den Umsätzen werden die Ergebnisse für die Bundesländer auf den Bundeseckwert der KSE koordiniert, welcher erstmals für die Berichtsjahre 2011 und 2012 in der Fachserie 19 Reihe 3.3 des Statistischen Bundesamts (2014) aufgenommenen wurde (2011: 158,2 Tausend Beschäftigte; 2012: 168,0 Tausend Beschäftigte).*

12 *Die Annahme erfolgt in Absprache mit dem Statistischen Bundesamt mit Verweis auf einen Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 11.12.2013.*

7. Datenqualität

Für die Daten zur Umweltwirtschaft werden die Daten der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz und der KSE herangezogen:

► Die Ergebnisse der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz sind als „präzise“ einzustufen (Statistisches Bundesamt, 2012a; S. 6). Unschärfen ergeben sich primär durch fehlende Hilfsmerkmale zur eindeutigen Abgrenzung der Grundgesamtheit.

Untererfassungen resultieren aus der schwierigen Recherchierbarkeit der Anbieter in der Umweltwirtschaft und weil bestimmte WZ-Abschnitte (z. B. A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“) sowie tendenziell kleine Betriebe und Einrichtungen vernachlässigt werden. Untererfassungen ergeben sich ferner durch den Auswahlrahmen des Waren- und Leistungskatalogs im Anhang des Fragebogens, hinsichtlich bestimmter Leistungsarten (z. B. umweltfreundliche Güter) und Umweltbereichen (z. B. Ressourcenmanagementaktivitäten) sowie weil Melder den Umweltzweck ihrer Waren, Bau- und Dienstleistungen nicht erkennen oder diese im Waren- und Leistungskatalog nicht identifizieren.

Übererfassungen sind möglich, wenn umweltrelevante Leistungen in andere umweltrelevante Leistungen als Vorleistungen eingehen und damit doppelt gezählt werden.

Verzerrungen können sich hinsichtlich der Beschäftigtenzahlen für den Umweltschutz ergeben, da von den Meldern die Beschäftigten in Vollzeiteinheiten – nicht in Personen – zu schätzen sind.

► *Die KSE ist im Gesamtsystem der Statistiken des Produzierenden Gewerbes eingebunden. Dadurch ist gewährleistet, „dass die Qualität der veröffentlichten Daten sehr hoch ist“ (Statistisches Bundesamt, 2013b; S. 5). Aufgrund der geringen Antwortausfallrate sind die Ergebnisse der Erhebung als zuverlässig einzustufen. Einschränkungen hinsichtlich der zeitlichen Vergleichbarkeit resultieren aus der gewissen Dynamik des Berichtskreises durch Zu- und Abgänge.*

Für die Daten zur Gesamtwirtschaft werden die Umsätze des URS, die Produktionswerte des AK VGRdL, die Vollzeitäquivalente des AK ETR und die Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen:

► Die Datenqualität der im URS abgelegten Angaben wird maßgeblich von der Datenlage der zur Führung und Pflege verwendeten Verwaltungsdaten bestimmt. Sowohl der Bestand an Einheiten als auch die Merkmale selbst könnten den wahren Wert „möglicherweise nicht exakt erreichen. [...] Die Daten im Unternehmensregister werden fallweise einer Revision unterzogen, wenn diese durch Rückflüsse von Informationen aus laufenden Erhebungen aktualisiert werden. Insofern trägt das Unternehmensregister dem Anspruch einer bestmöglichen Genauigkeit im Hinblick auf den wahren Wert Rechnung.“ (Statistisches Bundesamt, 2011; S. 5). Die Datenqualität nimmt grundsätzlich mit der Auswertungstiefe ab. Die zugrunde gelegte Auswertung ist zwar tiefer als im Rahmen der amtlichen Statistik veröffentlicht, dürfte aber nach Aussage des Statistischen Bundesamts für den Bund „belastbar“ sein. Grundsätzlich kann jedoch die Datenqualität zwischen den Bundesländern schwanken.

► *Die Produktionswerte des AK VGRdL beruhen auf Originärberechnungen, die sich auf eine „weitgehend vollständige Basis an Ausgangsdaten stützen“ (Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, 2014; Kapitel 7, S. 1). Die Qualität bzw. Genauigkeit von Originärberechnungen ist höher einzustufen als die der früher zur Verfügung stehenden Fortschreibungen, bei denen noch nicht auf alle notwendigen Basisdaten zurückgegriffen werden kann. Letztere werden jedoch wegen ihrer großen Bedeutung für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft frühzeitig veröffentlicht und turnusgemäß revidiert.*

► Für die Berechnungen des AK ETR gelten allgemein die in der amtlichen Statistik bekannten Qualitätsstandards (Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, 2011). Die Vollzeitäquivalente des AK ETR werden hinsichtlich der regionalen Tiefe bis auf Ebene der kreis-

freien Städte und Landkreise veröffentlicht. Im Rahmen der hier beschriebenen Methodik ist jedoch nur die Ebene der Bundesländer erforderlich. Allerdings bedarf die Methodik einer tieferen wirtschaftsfachlichen Gliederung als vom AK ETR herausgegeben. Während die WZ-Abschnitte „B bis E“ sowie „K bis N“ in der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Reihe 2 Band 3, nur zusammen ausgewiesen werden, stützt sich die Methodik auch auf die Erwerbstätigen in Vollzeitäquivalenten in den WZ-Abschnitten E sowie M (allein).

► Die Genauigkeit der statistischen Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist grundsätzlich als „sehr hoch“ (Bundesagentur für Arbeit, 2012; S. 13) einzustufen. Die Statistik basiert auf einer Vollerhebung. Da die Arbeitgeber auskunftspflichtig sind, werden relativ vollständige und aussagefähige Angaben erzielt.

Die Qualität der Ergebnisse (Berechnungsgrößen 1 bis 4) wird neben den Datenquellen auch durch die durchgeführten Rechenoperationen beeinflusst:

► Bei den Zuschätzungen für kleine Betriebe (Komponente B in Abbildung 3) bei den Beschäftigten ergeben sich dadurch Unschärfen, dass die Vollzeitäquivalente des AK ETR mithilfe der Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die Wirtschaftszweige und auf die Beschäftigtengrößenklassen aufgeteilt werden. Die Vollzeitäquivalente des AK ETR berücksichtigen marginal Beschäftigte und Selbstständige/mithelfende Familienangehörige, die Schlüsselgröße jedoch nicht. Da die Vollzeitäquivalente des AK ETR für die jeweiligen WZ-Abschnitte vorliegen, entstehen Unschärfen aus diesem Umstand aber lediglich innerhalb von WZ-Abschnitten und nicht zwischen den WZ-Abschnitten.

► Eine weitere Ungenauigkeit bei den Zuschätzungen für kleine Betriebe (Komponente B in Abbildung 3) bei den Umsätzen und Beschäftigten ergibt sich daraus, dass bei der Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz die Beschäftigtengrößenklassen auf Basis aller Beschäftigten im Betrieb gezogen werden, während dies bei den Daten des URS (Umsatzgrößen) auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen und bei den Daten der Bundesagentur für Arbeit (Beschäftigtengrößen) auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben geschieht. Nach Testrechnungen mit Hilfe von bayerischen Daten werden diese Verzerrungen jedoch als unerheblich eingestuft.

► *Während die Umsätze nach fachlichen Unternehmensteilen der WZ 37, 38 und 39 (Komponente C in Abbildung 3) der KSE direkt der Umweltwirtschaft zugerechnet werden können, werden die entsprechenden geleisteten Arbeitsstunden mit einer mit dem Statistischen Bundesamt abgestimmten Annahme (200 Arbeitstagen im Jahr und 7,8 Arbeitsstunden pro Tag) in Vollzeitäquivalente übersetzt. Sowohl Umsätze als auch geleistete Arbeitsstunden bzw. Vollzeitäquivalente liegen zudem nur als Bundeswerte vor. Die Verteilung auf die Bundesländer erfolgt anhand von Schlüsselgrößen (Produktionswerte des AK VGRdL und Vollzeitäquivalente des AK ETR), welche im Vergleich zu der geschlüsselten Größe die „Nichtmarktproduzenten“ berücksichtigen.[13] Durch diese Rechenoperationen kann es daher zu (immer noch akzeptablen) Abweichungen in Bezug auf die wahren Verhältnisse kommen.*

Trotz dieser Einschränkungen überwindet diese – im Vergleich zur Methodenbeschreibung im Rahmen der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (2013) – neue Vorgehensweise zwei entscheidende Nachteile:

Nach dem ursprünglichen Vorgehen wurden die bundeslandspezifischen Umsätze des URS, ausgewiesen für die WZ 37, 38 und 39, direkt den Bundesländern zugeordnet. Dadurch wurden Umsätze auf Unternehmensebene (Komponente C in Abbildung 3) mit Umsätzen auf Betriebsebene (Komponenten A und B in Abbildung 3) gleichgestellt, da das URS als statistische Einheiten „Unternehmen“ („rechtliche Einheiten“) und die Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz „Betriebe“ bzw. „Einrichtungen“ („örtliche Einheiten“) zugrunde legt. Bei sogenannten Mehrländerunternehmen[14],

13 *Die VGR und ETR des Bundes vollziehen – entsprechend dem verfügbaren statistischen Ausgangsmaterial – im Prinzip eine getrennte Berechnung für die Sektoren „Staat“ (S13), „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“ (S15) und „Unternehmen“ (S11 „Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ + S12 „Finanzielle Kapitalgesellschaften“ + S14 „Private Haushalte“), um in Summe zu Ergebnissen zu gelangen. Für die Sektoren „Staat“ (S13) und „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“ (S15) spielt die sogenannte Nichtmarkproduktion eine bedeutsame Rolle, dies gilt auch für die WZ 37, 38 und 39. Damit berücksichtigen die Daten der VGR und ETR die Nichtmarktproduktion, während Unternehmens- bzw. Betriebserhebungen wie die KSE oder die § 12 UStatG-Erhebung diese nicht einbeziehen (können).*

14 *Bei Einbetriebsunternehmen besteht das Unternehmen lediglich aus einem einzigen Betrieb mit Standort am Sitz des Unternehmens. Bei Mehrbetriebsunternehmen befindet sich mindestens ein Betrieb eines Unternehmens in einem anderen Bundesland.*

führt dies zu dem Problem, dass im URS die Umsätze des (ganzen) Unternehmens auf das (eine) Bundesland entfallen, in dem das Mehrländerunternehmen seinen Sitz hat, während die umweltrelevanten Umsätze der § 12 UStatG-Erhebung auf Betriebsebene den einzelnen (mehreren) Bundesländern zugeordnet werden. Eine ähnlich gelagerte Situation ergibt sich für sogenannte Organschaften.[15] Diese Zuordnungsprobleme werden nun überwunden. Nach der neuen Methodik werden zwar ebenfalls Unternehmensergebnisse, nämlich die der bundesweiten KSE, als Ausgangsgröße verwendet. Aber auf Ebene des Bundes existiert ja gerade nicht das eben skizzierte Problem mit Mehrländerunternehmen, da der Unternehmenssitz und die Betriebe sich alle im gleichen Territorium (Deutschland) befinden.[16] Mit den Produktionswerten des AK VGRdL werden dann Schlüsselgrößen herangezogen, welche die deutschlandweiten Umsätze der KSE wie gefordert auf Betriebsebene (nicht Unternehmensebene) den Bundesländern zuordnet.

Zudem wurden nach der ursprünglichen Methode auch die bundeslandspezifischen Vollzeitäquivalente des AK ETR (nach Disaggregation mit den Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und damit einhergehender Ermittlung für die WZ 37, 38 und 39) direkt den Bundesländern zugeordnet. Dadurch wurden Beschäftigtenzahlen einschließlich Nichtmarktproduzenten (Komponente C in Abbildung 3, jedoch Berechnungsgröße 2) den Umsatzzahlen aus dem URS ohne Nichtmarktproduzenten (ebenfalls Komponenten C in Abbildung 3, jedoch Berechnungsgröße 1) gegenübergestellt, da die Vollzeitäquivalente des AK ETR die Nichtmarktproduzenten berücksichtigen, jedoch die Umsätze des URS nicht. Dieses Problem wird nun ebenfalls gelöst. Nach der neuen Methodik werden die aus der bundesweiten KSE abgeleiteten Vollzeitäquivalente (ohne Nichtmarktproduzenten) mithilfe der Vollzeitäquivalente des AK ETR auf die Bundesländer verteilt.[17]

Zusammenfassend lässt sich daher konstatieren, dass die neue Methodik sowohl auf Umsatz- als auch auf Beschäftigungsseite (Berechnungsgrößen 1 und 2) einheitlich Ergebnisse auf Betriebsebene und einheitlich Ergebnisse ohne Nichtmarktproduzenten ermittelt.[18] Nur da diese beiden geschildeten Probleme mit der neuen Methodik überwunden wurden, entschied sich der AK UGRdL überhaupt, die Methodik im April 2014 zu beschließen und auf dessen Grundlage Ergebnisse (Berechnungsgrößen 1 bis 4) für die Bundesländer zu veröffentlichen. Die Ergebnisse sind im folgenden Abschnitt und im Datenanhang (vgl. Abschnitt 10) dargelegt.

Ein Vergleich mit Bundesergebnissen ist nicht möglich. Allerdings kann die Summe der Länder als Bundesergebnis interpretiert werden.

8. Ergebnisse

Durch die Zuschätzungen für kleine Betriebe (Komponente B in Abbildung 3) und für die WZ 37, 38 und 39 (Komponente C) erhöhen sich für das Berichtsjahr 2011 die der Umweltwirtschaft zurechenbaren Umsätze und Beschäftigten für die Summe der Bundesländer von 66,9 Milliarden Euro bzw. 236,4 Tausend Beschäftigte (Statistisches Bundesamt, 2013a) auf 120,1 Milliarden Euro bzw. 454,0 Tausend Beschäftigte (Berechnungsgrößen 1 und 2).

Über 60 % der Umsätze und über 55 % der Beschäftigten entfielen dabei auf die vier Bundesländer mit den absolut größten Werten im Berichtsjahr 2011: Bayern (25,9 Milliarden Euro bzw. 84,2 Tausend Beschäftigte), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (20,0 Milliarden Euro bzw. 74,9 Tausend Beschäftigte), Baden-Württemberg (15,0 Milliarden Euro bzw. 56,4 Tausend Beschäftigte) und Niedersachsen (12,7 Milliarden Euro bzw. 38,9 Tausend Beschäftigte). Die Verteilung der Umsätze und Beschäftigten der Umweltwirtschaft auf alle Bundesländer sowie deren Ränge können aus der Abbildung 5 entnommen werden.

Hinsichtlich der Bedeutung der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft wird für die Umsätze 2011 in der Summer der Bundesländer ein Anteil von 2,4 % ermittelt (Berechnungsgröße 3). Hinsichtlich der Beschäftigten (Berechnungsgröße 4) muss der Anteil aus Gründen gegenwärtiger Freigaberegelungen geheim gehalten werden – dies gilt sowohl für die Summe der Bundesländer als auch für den Großteil der Bundesländer im Einzelnen.

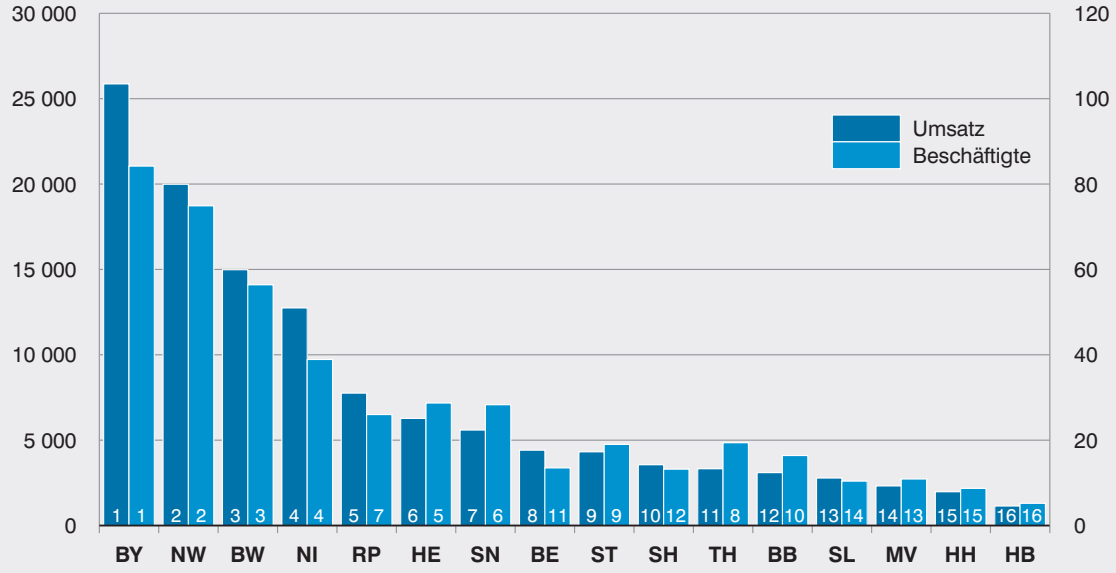
15 Eine Organschaft setzt sich aus einem Organträger und mindestens einer Organgesellschaft zusammen. Dabei handelt es sich aus Sicht der amtlichen Statistik um rechtlich selbständige Unternehmen, die jedoch steuerrechtlich eine Einheit bilden, sodass nur der Organträger gegenüber dem Finanzamt als Steuerschuldner auftritt.

16 Betriebe ausländischer Unternehmen werden als Einbetriebsunternehmen behandelt.

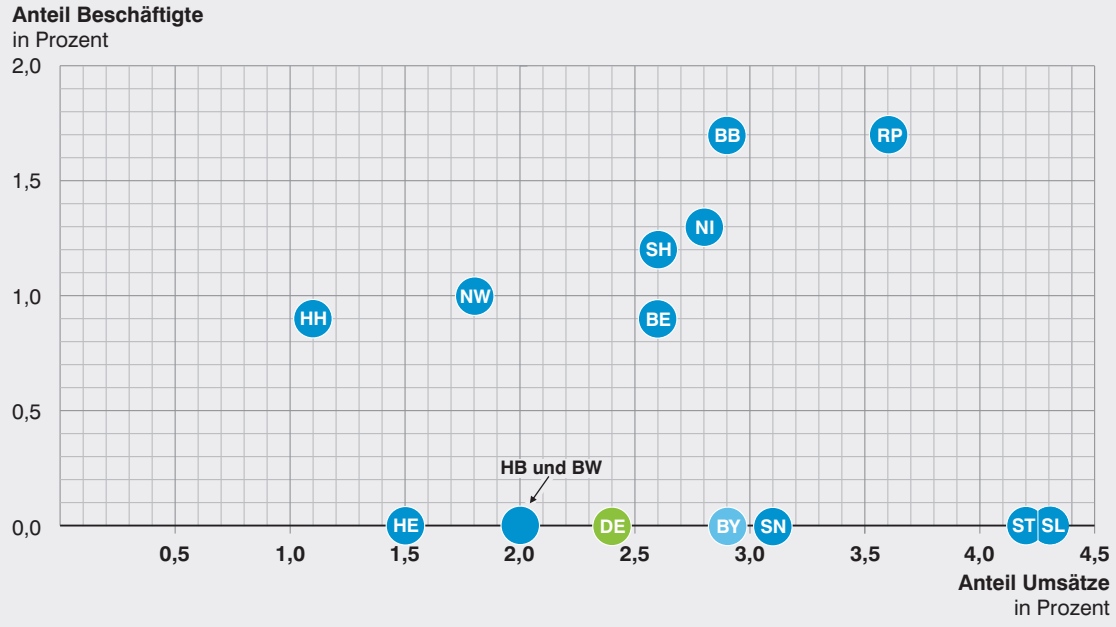
17 Vgl. auch Fußnote 13.

18 Da die KSE selbst zugleich eine wichtige Datengrundlage für die VGR des Bundes zur Errechnung der Produktionswerte im WZ-Abschnitt E bildet und auch für den AK VGRdL eine entscheidende Rolle bei der Errechnung der regionalisierten Produktionswerte spielt, erhöht die Verwendung der Umsätze aus der KSE (statt den Umsätzen aus dem URS) somit zusätzlich die Kohärenz zwischen „Zähler“ und „Nenner“ im Rahmen der Berechnungsgröße 3 im WZ-Abschnitt E.

Abb. 5 **Umsatz und Beschäftigte der Umweltwirtschaft in den Bundesländern (Berechnungsgrößen 1 und 2)**



Anteil der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft bei den Umsätzen und Beschäftigten (Berechnungsgrößen 3 und 4) Abb. 6



Bei dieser relativen Betrachtung zeigt sich für die Bundesländer im Einzelnen ein anderes Bild als bei den absoluten Werten. Die Umsätze der Umweltwirtschaft im Saarland (4,3 %) und in Sachsen-Anhalt (4,2 %) sind bezogen auf die Umsätze der hiesigen Gesamtwirtschaft besonders bedeutsam. Bei den Beschäftigten weisen Rheinland-Pfalz und Brandenburg (unter den Bundesländern, welche diesen Prozentsatz freigeben können) mit einem Anteil von jeweils 1,7 % der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft die höchsten Werte aus. Alle verfügbaren relativen Werte sind eingezeichnet in der Abbildung 6.

Detailliertere Ergebnisse für die Bundesländer im Einzelnen sowie für die Summe der Bundesländer, insbesondere unterteilt nach WZ-Abschnitten, können dem Datenanhang (vgl. Abschnitt 10) sowie der Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (2014) entnommen werden. Aus Gründen gegenwärtiger Freigaberegelungen dürfen die WZ-Abschnitte E „Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen“ und M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ lediglich hinsichtlich der Umsätze (Berechnungsgrößen 1 und 3) ausgewiesen werden, nicht jedoch hinsichtlich der Beschäftigten (Berechnungsgrößen 2 und 4).

9. Weiterentwicklung

Wie im Abschnitt 4.2 beschrieben, gibt es auch weiterhin Teilbereiche der Umweltwirtschaft, die noch nicht vollständig erfasst sind. Zuschätzungen in diesen Bereichen (Komponente C in Abbildung 3) sollen Gegenstand der zukünftigen Weiterentwicklung der Methodik zur statistischen Erfassung der Umweltwirtschaft in den Bundesländern sein. Diesbezüglich besteht ein fachlicher Austausch zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bayerischen Landesamt für Statistik, insbesondere bezüglich der Möglichkeiten der Einbeziehung der Nichtmarktproduzenten in den WZ 37, 38 und 39 (sowohl hinsichtlich der Umsatz- als auch der Beschäftigtengrößen), der Berücksichtigung des „Ökologischen Landbaus“ und der umfassenderen Quantifizierung der „Erneuerbaren Energien“, welche im Rahmen von EGSS-Eurostat-Projekten des Statistischen Bundesamts für Deutschland abgeschätzt werden.

10. Datenanhang

Tab. 2 **Umsätze der Umweltwirtschaft 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen* und Bundesländern**

Land	2010					
	insgesamt	davon				
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (E)[1]	Baugewerbe (F)	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M)	Sonstige
	Millionen Euro					
Baden-Württemberg	13 239	7 107	2 973	1 761	808	589
Bayern	22 279	13 922	3 989	3 475	862	31
Berlin	3 871	·	3 206	351	90	·
Brandenburg	3 141	1 638	1 053	391	·	·
Bremen	1 206	412	635	88	56	15
Hamburg	1 861	119	1 113	251	144	234
Hessen	6 527	3 024	1 935	860	315	392
Mecklenburg-Vorpommern	2 833	1 763	673	265	·	·
Niedersachsen	10 773	3 003	3 217	1 242	·	·
Nordrhein-Westfalen	18 735	5 437	10 428	2 113	634	123
Rheinland-Pfalz	6 689	2 870	2 294	924	546	54
Saarland	1 669	·	459	164	·	4
Sachsen	5 285	2 737	1 499	736	·	·
Sachsen-Anhalt	4 333	2 471	1 355	383	74	51
Schleswig-Holstein	3 585	1 799	1 085	509	99	93
Thüringen	3 297	2 001	816	405	48	27
Summe der Länder	109 324	49 513	36 731	13 918	4 643	4 520

* Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
1 Einschließlich Zuschätzungen auf Basis der Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen; keine Berücksichtigung der „Nichtmarktproduzenten".

Tab. 3 **Beschäftigte der Umweltwirtschaft 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen* und Bundesländern**

Land	2010				2011			
	insgesamt	davon			insgesamt	davon		
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	Baugewerbe (F)	Sonstige[1]		Verarbeitendes Gewerbe (C)	Baugewerbe (F)	Sonstige[1]
	1 000 Vollzeitäquivalente							
Baden-Württemberg	51,6	22,3	11,4	17,8	56,4	27,1	10,2	19,1
Bayern	78,3	35,3	21,2	21,9	84,2	38,0	18,7	27,5
Berlin	10,6	1,2	2,5	6,8	13,5	3,5	2,6	7,4
Brandenburg	15,2	3,4	3,3	8,5	16,4	3,7	3,6	9,1
Bremen	5,3	1,7	0,5	3,2	5,2	1,4	0,4	3,4
Hamburg	8,0	0,5	1,3	6,2	8,7	0,5	1,4	6,8
Hessen	25,4	7,3	5,8	12,2	28,7	9,8	5,4	13,5
Mecklenburg-Vorpommern	11,2	3,9	2,4	4,9	10,9	3,2	2,4	5,2
Niedersachsen	35,5	9,9	7,3	18,3	38,9	11,3	7,6	19,9
Nordrhein-Westfalen	75,9	24,3	13,3	38,3	74,9	19,7	12,5	42,6
Rheinland-Pfalz	23,8	9,1	6,1	8,6	26,0	10,1	5,9	10,1
Saarland	6,1	2,5	1,1	2,6	10,4	6,7	1,0	2,8
Sachsen	26,9	7,0	5,7	14,2	28,3	7,5	6,1	14,6
Sachsen-Anhalt	18,6	8,1	3,0	7,5	19,0	8,2	3,3	7,5
Schleswig-Holstein	13,0	3,0	3,0	7,0	13,2	2,6	3,0	7,5
Thüringen	18,0	7,9	3,5	6,7	19,4	8,4	3,6	7,4
Summe der Länder	423,3	147,2	91,5	184,6	454,0	161,6	87,7	204,6

* Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
1 Einschließlich Zuschätzungen auf Basis der Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen; keine Berücksichtigung der „Nichtmarktproduzenten".

Noch: Tab. 2 **Umsätze der Umweltwirtschaft 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen* und Bundesländern**

2011						Land
	davon					
insgesamt	Verarbeitendes Gewerbe (C)	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umwelt-verschmutzungen (E)[1]	Baugewerbe (F)	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M)	Sonstige	
Millionen Euro						
14 982	8 790	3 148	1 791	879	374	Baden-Württemberg
25 866	16 574	4 489	3 446	1 354	3	Bayern
4 412	·	3 278	383	·	8	Berlin
3 099	1 431	1 171	430	56	11	Brandenburg
1 143	243	719	86	89	5	Bremen
1 979	120	1 249	263	156	190	Hamburg
6 274	2 766	2 052	937	·	·	Hessen
2 320	1 245	690	297	80	8	Mecklenburg-Vorpommern
12 745	4 094	3 663	1 507	·	·	Niedersachsen
19 988	4 120	12 977	2 202	625	64	Nordrhein-Westfalen
7 753	3 098	2 639	1 086	893	37	Rheinland-Pfalz
2 782	1 949	563	158	108	4	Saarland
5 592	.	1 727	870	388	·	Sachsen
4 317	2 331	1 404	466	80	36	Sachsen-Anhalt
3 561	1 431	1 193	716	142	79	Schleswig-Holstein
3 326	1 722	1 026	472	67	38	Thüringen
120 138	53 134	41 987	15 111	6 082	3 823	Summe der Länder

Tab. 4 **Anteil der Umsätze der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft* 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen** und Bundesländern**

Land	2010					
	insgesamt	davon				
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (E)[1]	Baugewerbe (F)	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M)	Sonstige
	Prozent					
Baden-Württemberg	1,9	2,5	71,6	5,4	2,0	0,2
Bayern	2,7	4,5	79,9	7,7	2,0	0,0
Berlin	2,4	.	77,2	4,9	0,7	.
Brandenburg	3,1	6,2	59,4	5,3	.	.
Bremen	2,3	2,4	95,4	4,9	2,4	0,0
Hamburg	1,0	0,3	73,3	5,5	1,1	0,2
Hessen	1,6	2,9	67,6	5,4	1,1	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	.	.	.	.	.	.
Niedersachsen	2,6	2,1	80,0	5,4	.	.
Nordrhein-Westfalen	1,8	1,6	75,9	5,2	1,2	0,0
Rheinland-Pfalz	3,3	3,9	65,5	8,3	8,3	0,1
Saarland	2,9	.	63,4	6,3	.	0,0
Sachsen	3,1	5,2	63,3	5,4	.	.
Sachsen-Anhalt	4,4	6,9	71,7	5,5	2,7	0,1
Schleswig-Holstein	2,8	5,5	76,7	7,2	2,2	0,1
Thüringen	.	.	.	.	.	.
Summe der Länder	2,3	3,2	73,0	6,0	1,9	0,2

* Die Umsätze der Umweltwirtschaft werden auf die entsprechenden Produktionswerte der Gesamtwirtschaft insgesamt bzw. je Wirtschaftszweigabschnitt bezogen. Bei den sonstigen Wirtschaftszweigen handelt es sich dabei um die Wirtschaftszweige A bis T ohne C, E, F und M.
** Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
1 Einschließlich „Nichtmarktproduzenten“ im Nenner.

Tab. 5 **Beschäftigte der Umweltwirtschaft 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen* und Bundesländern**

Land	2010				2011			
	insgesamt	davon			insgesamt	davon		
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	Baugewerbe (F)	Sonstige[1]		Verarbeitendes Gewerbe (C)	Baugewerbe (F)	Sonstige[1]
	Prozent							
Baden-Württemberg	.	.	.	.	.	.	.	.
Bayern	.	.	.	.	.	.	.	.
Berlin	0,7	.	.	.	0,9	.	.	.
Brandenburg	1,6	.	.	.	1,7	.	.	.
Bremen	.	.	.	.	.	.	.	.
Hamburg	0,8	0,5	3,7	0,7	0,9	0,6	3,8	0,8
Hessen	.	.	.	.	.	.	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	.	.	.	.	.	.	.	.
Niedersachsen	1,2	.	.	.	1,3	.	.	.
Nordrhein-Westfalen	1,1	1,8	3,3	0,7	1,0	1,4	3,0	0,8
Rheinland-Pfalz	1,5	.	.	.	1,7	.	.	.
Saarland	.	.	.	.	.	.	.	.
Sachsen	.	.	.	.	.	.	.	.
Sachsen-Anhalt	.	.	.	.	.	.	.	.
Schleswig-Holstein	1,2	2,0	4,2	0,8	1,2	1,8	4,1	0,9
Thüringen	.	.	.	.	.	.	.	.
Summe der Länder	.	.	.	.	.	.	.	.

* Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
1 Einschließlich „Nichtmarktproduzenten“ im Nenner.

Noch: Tab. 4 **Anteil der Umsätze der Umweltwirtschaft an der Gesamtwirtschaft* 2010 und 2011 nach Wirtschaftszweigen** und Bundesländern**

2011						
	davon					
insgesamt	Verarbeitendes Gewerbe (C)	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (E)[1]	Baugewerbe (F)	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (M)	Sonstige	Land
Prozent						
2,0	2,8	72,4	5,1	2,1	0,1	Baden-Württemberg
2,9	4,7	81,4	7,2	3,1	0,0	Bayern
2,6	.	75,4	4,9	.	0,0	Berlin
2,9	4,7	62,4	5,3	1,9	0,0	Brandenburg
2,0	1,3	97,1	4,6	3,5	0,0	Bremen
1,1	0,2	74,1	5,2	1,1	0,2	Hamburg
1,5	2,4	69,0	5,5	.	.	Hessen
.	.	.	.	.	.	Mecklenburg-Vorpommern
2,8	2,5	80,5	5,9	.	.	Niedersachsen
1,8	1,1	79,9	4,9	1,1	0,0	Nordrhein-Westfalen
3,6	3,7	65,2	9,1	12,8	0,0	Rheinland-Pfalz
4,3	6,9	63,5	5,7	5,1	0,0	Saarland
3,1	.	66,7	5,8	5,5	.	Sachsen
4,2	5,9	72,6	5,9	3,1	0,1	Sachsen-Anhalt
2,6	3,9	74,7	9,5	3,2	0,1	Schleswig-Holstein
.	.	.	.	.	.	Thüringen
2,4	3,1	74,9	6,0	2,4	0,1	Summe der Länder

11. Literatur

Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2012)
Erwerbstätigenrechnung – Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2010, Reihe 2 Band 3, Hrsg.: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, 2012.

Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2011)
Methodenhandbuch – Regionale Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, Hrsg.: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, 2011.

Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (2014)
Band 1, Indikatoren und Kennzahlen, Tabellen, 2014.

Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (2013)
Band 3, Analysen und Berichte, Methodische Weiterentwicklungen in den UGRdL, 2013.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2014)
Methodenbeschreibung, ESVG 1995 / Revision 2011, 2014.

Bundesagentur für Arbeit (2012)
Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung, Qualitätsbericht, Hrsg.: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, 2012.

Büringer, H. (2011)
Die Umweltwirtschaft in Baden-Württemberg im Krisenjahr 2009, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 04/2011, Hrsg.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2011.

Doppelbauer, M. (2010)
Die bayerische Umweltwirtschaft im Jahr 2008, Bayern in Zahlen 10/2010, Hrsg.: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, 2010.

Edler, D., Blazejczak, J. (2014)
Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes in Deutschland im Jahr 2010, Hrsg.: Umweltbundesamt/Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dessau-Roßlau/Berlin, 2014.

Europäische Kommission (2010)
Mitteilung der Kommission KOM(2010) 2020, Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, 2010.

Eurostat (2009)
The environmental goods and services sector – a data collection handbook, European Communities, Luxemburg, 2009.

Gehrke, B., Schasse, U. (2013)
Umweltschutzgüter – wie abgrenzen? Methodik und Liste der Umweltschutzgüter 2013, Methodenbericht zum Forschungsprojekt „Wirtschaftsfaktor Umweltschutz: Analyse der wirtschaftlichen Bedeutung des Umweltschutzes durch Aktualisierung wichtiger Kenngrößen“ im Auftrag des Umweltbundesamtes, Hannover, 2013.

Grädler, B. (2011)
Sauber. Effizient. Zukunftsorientiert. Stand und Perspektiven der Umweltwirtschaft in Brandenburg, Hrsg.: Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam, 2011.

Legler, H., Schasse, U. (2009)
Klein- und Mittelunternehmen in der Umweltwirtschaft – Eine Untersuchung mit Mikrodaten des Forschungsdatenzentrums, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2009, Hrsg.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009.

Meadows, H. D., et al. (1972)
The Limits to Growth, Earth Island Limited, London, 1972.

OECD/Eurostat (1999)
The environmental goods & services industry – manual for data collection and analysis, OECD Publications Service, Paris, 1999.

Ott, C., Dittrich, D. (2012)
Umweltindustrie in Hessen – Bestandsaufnahme 2012, Hrsg.: HA Hessen Agentur GmbH, Wiesbaden, 2012.

Roland Berger Strategy Consultants (2014)
GreenTech made in Germany 4.0 – Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland, Hrsg.: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin, 2014.

Roland Berger Strategy Consultants (2009)
GreenTech – made in Saxony – Branchenstudie Umwelttechnik Sachsen, Dresden, 2009.

Schmauz, S. (2009)
Umweltwirtschaft und Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes in Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 07/2009, Hrsg.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009.

Schönert, M., et al. (2007)
Umweltwirtschaft im Land Bremen, Hrsg.: BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH, REGIOVERLAG, Berlin, 2007.

Statistisches Bundesamt (2014)
Umwelt – Umsatz mit Umweltschutzgütern und Umweltschutzleistungen, Fachserie 19 Reihe 3.3, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2014.

Statistisches Bundesamt (2013a)
Umwelt – Umsatz mit Umweltschutzgütern und Umweltschutzleistungen, Fachserie 19 Reihe 3.3, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2013.

Statistisches Bundesamt (2013b)
Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung 2011, Qualitätsbericht, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2013.

Statistisches Bundesamt (2012a)
Umwelt – Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2010, Qualitätsbericht, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2012.

Statistisches Bundesamt (2012b)
Umwelt – Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, Fachserie 19 Reihe 3.3, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2012.

Statistisches Bundesamt (2011)
Unternehmensregister-System 95, Qualitätsbericht, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2011.

Statistisches Bundesamt (2007)
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsprodukt nach ESVG 1995, Methoden und Grundlagen, Neufassung nach Revision 2005, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2007.

Triebswetter, U., Wackerbauer, J. (2010)
Umweltwirtschaft in Bayern, Hrsg.: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München, 2010.

Ulrich, P., Lehr, U. (2014)
Erneuerbar beschäftigt in den Bundesländern: Bericht zur aktualisierten Abschätzung der Bruttobeschäftigung 2013 in den Bundesländern, Hrsg.: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) mbH, Osnabrück, 2014.

Das neue Rahmenkonzept für die Umweltstatistiken

Am 21. September 1994 wurde ein neues Umweltstatistikgesetz verabschiedet, das am 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist. Einerseits trägt dieses Gesetz durch die Erfassung zusätzlicher Umweltbereiche und die Ausweitung von Merkmalskatalogen dem gestiegenen Informationsbedarf nach umweltrelevanten Daten Rechnung. Andererseits sieht es durch verstärkte sekundärstatistische Auswertungen und die Beschränkung von Berichtskreisen eine Entlastung von Unternehmen und Betrieben des Produzierenden Gewerbes vor. – Das Gesetz regelt Erhebung, Datenerfassung und Aufbereitung für vier große Umweltbereiche, nämlich die Statistiken der Abfallwirtschaft, der Wasserwirtschaft, der Luftbelastungen und der Umweltökonomie. Die Erhebungen werden in jährlichem, zweijährigem, dreijährigem oder vierjährigem Turnus durchgeführt und beginnen – mit Ausnahme der Erhebungen der Wasserwirtschaft – zum größten Teil 1997 oder 1998. Für die meisten Statistiken der Wasserwirtschaft ist dagegen 1999 als Startjahr vorgesehen. – Die umfangreichen Vorbereitungen, wie z. B. die Konkretisierung der Erhebungsinhalte, die Festlegung der Berichtskreise, die Durchführung von Tests sowie die Vorinformation der Berichtspflichtigen haben bereits Ende 1994 begonnen und sind teilweise noch nicht abgeschlossen.

Am 1. Januar 1997 ist ein neues Umweltstatistikgesetz in Kraft getreten

Vor nunmehr 22 Jahren, am 1. Januar 1975, wurde mit dem Gesetz über Umweltstatistiken erstmals in der Bundesrepublik ein umweltstatistisches Konzept verwirklicht, das einerseits die vereinzelt bis dahin bereits existierenden Erhebungen mit umweltrelevanten Tatbeständen zu einem geschlossenen System zusammenfaßte und andererseits völlig neue Erhebungen im Umweltbereich anordnete. Diese erste Fassung des Umweltstatistikgesetzes stützte sich im wesentlichen auf die Bereiche, die zum damaligen Zeitpunkt am stärksten in der öffentlichen Diskussion standen, nämlich Abfall, Wasser und Abwasser. Wegen der aufgetretenen „Kinderkrankheiten" und geänderter umweltpolitischer Gegebenheiten wurden in der Folge mehrfach Modifikationen vorgenommen, die aber am vorgegebenen System wenig änderten und sich in erster Linie auf Verlängerungen der Periodizität und Anpassungen an das erhebungstechnisch Machbare beschränkten.

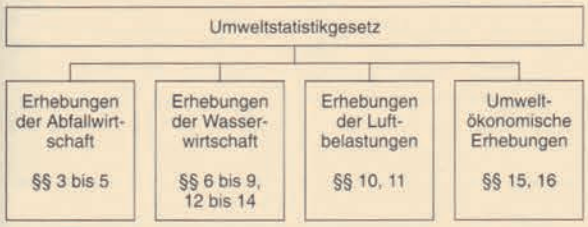
Bereits Mitte der achtziger Jahre zeichnete sich jedoch ab, daß das amtliche umweltstatistische Instrumentarium nur noch unzureichend in der Lage war, die Informationsanforderungen der Umweltpolitik und der Umweltinstitutionen zu befriedigen. Auch international, und hier insbesondere bei der EU, wuchs der Bedarf an Umweltdaten. Der Gesetzgeber sah sich dabei allerdings mit der Situation konfrontiert, einerseits diesen zunehmenden Datenbedarf decken zu müssen, andererseits aber im Zuge der verstärkten Einsparbemühungen der öffentlichen Hand und der wachsenden Statistikbelastung der Unternehmen einen Ausgleich dieser unterschiedlichen Interessenlagen herbeizuführen. Nicht zuletzt deshalb zogen sich die Beratungen über viele Jahre hin. Sie konnten schließlich am 21. September 1994 mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes über Umweltstatistiken (UStatG), BGBl I S. 2530, zu Ende geführt werden. Obwohl mit diesem Gesetz zwangsläufig eine Reihe von Kompromissen eingegangen wurde, ist dem gestiegenen Informationsbedarf doch insoweit Rechnung getragen worden, als weitere Umweltbereiche erfaßt, bereits bisher erfaßte Bereiche erweitert und Periodizitäten verkürzt wurden. Zur Entlastung der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wurden Berichtskreise reduziert, wobei verstärkt auf sekundärstatistisch auswertbares Material zurückgegriffen werden soll, wie überhaupt den sekundärstatistischen Auswertungen im neuen Umweltstatistikgesetz erheblich größere Bedeutung zukommt. Mit Rücksicht auf das Föderale Konsolidierungsprogramm ist das Gesetz erst zum 1. Januar 1997 in Kraft getreten, wodurch für das Jahr 1995 Erhebungen (insbesondere die Wasser-/Abwasserstatistiken) nochmals nach altem Recht, jedoch schon mit reduziertem Berichtskreis, durchgeführt wurden.

Die folgenden Ausführungen können wegen der Vielzahl der einzelnen Erhebungen, der Komplexität ihrer Erhebungsinhalte und der teilweise erst noch zu lösenden erfassungs- und aufbereitungstechnischen Probleme nur einen Überblick über die neuen Umweltstatistiken vermitteln. Eine detaillierte Darstellung der Berichtskreise und Erhebungsinhalte ist erst mit der Veröffentlichung erster Ergebnisse dieser Erhebungen vorgesehen.

Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 2/1997

Aufbau der Umweltstatistiken

Das Umweltstatistikgesetz regelt Erhebung, Datenerfassung und Aufbereitung für vier große Umweltbereiche:



Startjahr für die Mehrzahl der Erhebungen ist das Jahr 1997. Einige wenige Statistiken in der Abfallwirtschaft und der Umweltökonomie beginnen im Jahr 1998, und der größte Teil der Erhebungen der Wasserwirtschaft wird erstmals im Jahr 1999 (jeweils für das Vorjahr) durchgeführt. Quantitativ liegt dabei der Schwerpunkt nach wie vor auf den Abfall- sowie den Wasser-/Abwasserstatistiken.

Das Umweltstatistikgesetz sieht außerdem vor, daß mit Hilfe von Verordnungsermächtigungen im Einzelfall Abfälle und Erzeugnisse erst noch spezifiziert werden müssen und der Beginn einzelner Erhebungen festzulegen ist.

Erhebungen der Abfallwirtschaft

Die Erhebungen der Abfallwirtschaft werden in den §§3 bis 5 UStatG geregelt. Die Gliederung läßt sich Schema 1 entnehmen.

Insgesamt sind für die Statistiken nach §§3 und 5, die 1997 erstmals für 1996 erhoben werden, 23 Erhebungsvordrucke vorgesehen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Erhebungen, deren Beginn erst noch mittels Rechtsverordnung festzulegen ist.

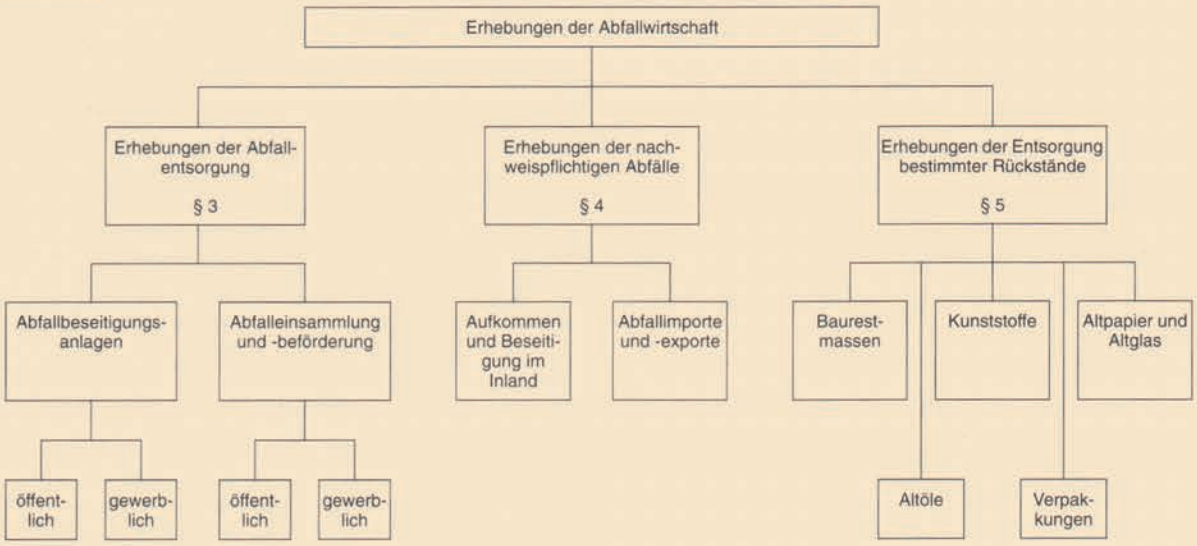
Die Erhebungen der Abfallentsorgung nach § 3 ähneln in wesentlichen Elementen den Regelungen über die Statistiken der öffentlichen Abfallbeseitigung nach bisherigem Recht, die nun allerdings analog auch auf die gewerbliche Entsorgungswirtschaft angewandt werden. Die Erhebungsinhalte wurden konkretisiert und erweitert.

Die Befragungen richten sich schwerpunktmäßig an zwei Gruppen von Entsorgungsträgern, nämlich die Betreiber von Anlagen zur Abfallbeseitigung und die Einsammler und Beförderer von Abfällen. Die Erhebungen bei den Anlagenbetreibern wurden grundsätzlich auf einen jährlichen Erhebungsturnus umgestellt (bisher dreijährig), wobei alle zwei Jahre ein um zusätzliche Merkmale erweiterter Fragenkatalog vorgesehen ist. Der Erhebungsturnus bei den Abfalleinsammlern wurde teilweise auf zwei Jahre verkürzt, teilweise auf vier Jahre verlängert.

Die Erfassung der Tatbestände nach § 3 Umweltstatistikgesetz bereitet in Bayern beträchtliche organisatorische und erhebungstechnische Schwierigkeiten. Nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (die zentrale Rechtsgrundlage der Abfallwirtschaft) sind die entsorgungspflichtigen Körperschaften (in Bayern die Landkreise und kreisfreien Städte) zur Erstellung jährlicher Abfallbilanzen verpflichtet. Diese Bilanzen werden mit Hilfe eines in Bayern sehr umfangreichen Fragebogens vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz, das diesen Vordruck auch entworfen hat, ausgewertet und aufbereitet. Dabei überschneiden sich eine Reihe von Fragestellungen dieses Bilanzbogens mit denen der Umweltstatistiken. Der Vermeidung unnötiger Doppelbefragungen dienten daher mehrere Abstimmungsgespräche zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz und dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Trotzdem sind wegen der unterschiedlichen methodischen Ansätze und Auswertungsziele derartige Doppelbefragungen nicht ganz zu vermeiden.

Bei der Statistik der nachweispflichtigen Abfälle nach § 4 handelt es sich ausschließlich um die sekundärstatistische Nutzung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug. Durch die Auswertung der sogenannten Abfallbegleitscheine und Entsorgungsnachweise sowie der Begleitpapiere für Abfallimporte und -exporte soll ohne Mehrbelastung der Wirtschaft der Bereich der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle – häufig mit dem nicht offiziellen Begriff „Sonderabfälle" umschrieben – dargestellt werden. Da das am 7. Oktober 1996 in Kraft getre-

Schema 1



Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 2/1997

tene Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz mit seinem untergesetzlichen Regelwerk das System der Sonderabfallüberwachung neu regelt, müssen noch dessen Auswirkungen auf den Verwaltungsvollzug auch bei der Umsetzung des §4 Umweltstatistikgesetz berücksichtigt werden. Entsprechende Konzepte werden derzeit in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbehörden – in Bayern das Landesamt für Umweltschutz – erarbeitet. Die Auswertung soll jährlich, erstmals für das Jahr 1996, erfolgen.

Die Primärerhebungen über die Entsorgung bestimmter Rückstände regelt §5. Dabei handelt es sich um Abfälle, die aufgrund ihrer Menge oder ihrer Schadstoffproblematik von besonderem abfallpolitischen Interesse sind, wobei das spezielle Augenmerk der betrieblichen Verwertung dieser Abfälle gilt. In zweijährigem Turnus sollen ab 1997 die Betreiber von Anlagen zur Aufbereitung und Verwertung von Bauschutt, Baustellenabfällen, Bodenaushub und Bodenaufbruch über Einsatz und Verwertung dieser Reststoffe befragt werden. Ab 1998 sind, ebenfalls in zweijährigem Turnus, darüber hinaus bei den für Bau-, Straßenbau-, Landschaftsschutz- und Rekultivierungsmaßnahmen zuständigen Behörden Informationen über die eingesetzten Baureststoffe einzuholen. Zweijährig (beginnend 1997) werden auch die Erhebungen über die Altölverwertung, die Aufbereitung und Verwertung von Kunststoffen sowie über Bezug, Herkunft und Verbrauch von Altglas und Altpapier durchgeführt. Dagegen besteht für die Sammler und Verwerter von Verkaufsverpackungen sowie von Um- und Transportverpackungen eine jährliche Auskunftspflicht.

Auf weitere in §5 geregelte Erhebungen soll hier nicht näher eingegangen werden, da diese entweder erst noch mittels Rechtsverordnung angeordnet werden müssen oder bereits in die Befragungen nach §3 integriert sind (z.B. Erfassung der Kompostierungsanlagen).

Das für die Abfallstatistiken entwickelte Fragenkonzept zur Erfassung der angeordneten Erhebungsinhalte orientiert sich an einer erhebungsübergreifenden Gesamtbetrachtung, d.h., daß bestimmte, durch das Gesetz gesondert angeordnete Erhebungsteile nicht unbedingt mit eigenständigen Fragebogen erfaßt werden, sondern als Bausteine in die Fragenprogramme anderer Erhebungen übernommen werden. Voraussetzung dafür ist eine genaue inhaltliche Abstimmung zwischen den einzelnen Erhebungen. Auf diese Weise können Vereinfachungen sowohl für die Befragten als auch die technische Aufbereitung in den Statistischen Ämtern erreicht werden.

Erhebungen der Wasserwirtschaft

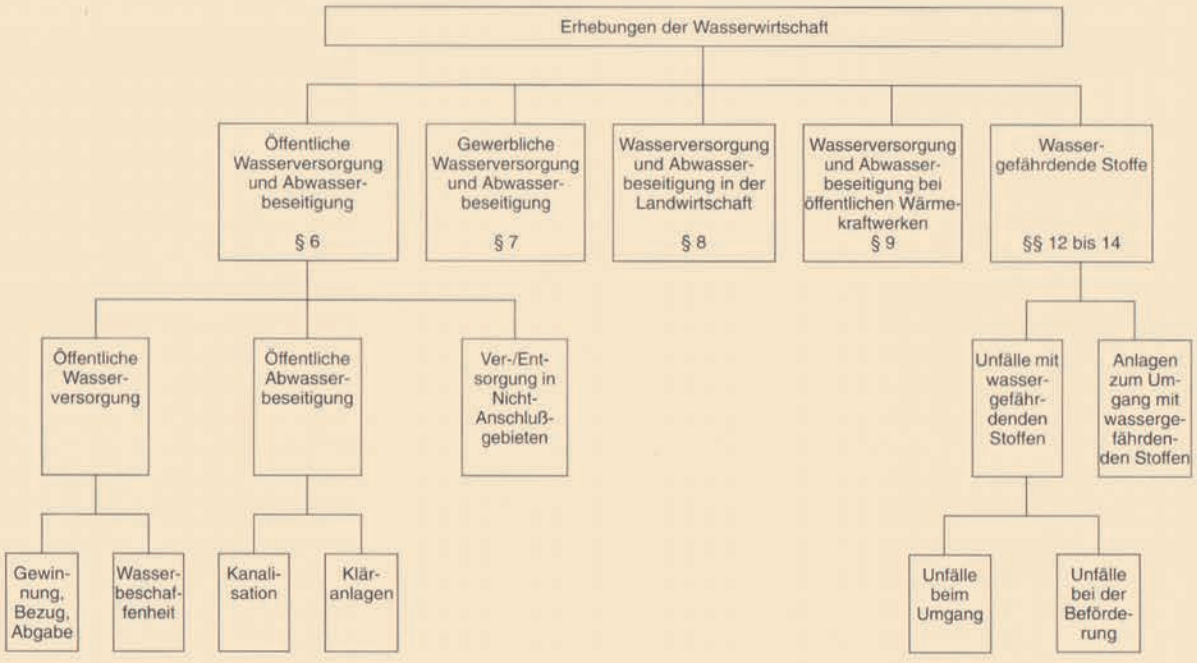
Gesetzliche Grundlagen für die Erhebungen der Wasserwirtschaft sind die §§6 bis 9 und 12 bis 14 UStatG. Einen Überblick über Inhalt und Aufbau dieser Statistiken vermittelt Schema 2.

Die wesentlichen Änderungen bei den Statistiken der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gegenüber den bisherigen Erhebungen sind

- die Verkürzung der Periodizität von vier auf drei Jahre,
- die sekundärstatistische Nutzung von Daten über die Beschaffenheit des Trinkwassers aus dem Verwaltungsvollzug,
- die Erfassung der Versorgungs- und Entsorgungssituation von nicht an öffentliche Einrichtungen angeschlossenen Einwohnern bei den Gemeinden.

Dabei dürfte vor allem der Zugriff auf die Befunde der Trinkwasserüberwachung, die in Bayern den Gesundheitsämtern obliegt, zu einer Erleichterung der Aufbereitung und einer deutlichen Qualitätsverbesserung der Ergebnisse führen, da die amtliche Statistik nunmehr auf bereits überprüftes und plausibilisiertes Datenmaterial zurückgreifen kann. Von der bayerischen Gesundheits-

Schema 2



Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 2/1997

verwaltung wird derzeit ein Trinkwasserkataster aufgebaut, das alle Daten der Trinkwasserüberwachung kleinräumig erfaßt und systematisiert.

Die Primärerhebungen richten sich an alle Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen sowie an die Gemeinden. Mit der Befragung der Gemeinden über die Trinkwasserversorgung und Abwassersituation der nicht an die öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasseranlagen angeschlossenen Einwohner wird eine Erfassungslücke bei den wasserwirtschaftlichen Erhebungen geschlossen. Die Erhebungen werden erstmals im Jahr 1999 für 1998 durchgeführt.

Die Erhebungen der gewerblichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (die genaue Bezeichnung lautet: Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau, bei der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe) finden künftig ebenfalls alle drei Jahre (bisher vierjährig) statt. Erfaßt werden aber nur noch Betriebe mit wasserwirtschaftlicher Relevanz, die durch die Eigengewinnung von Wasser, die Wasser- bzw. Abwasserableitung in Gewässer und ein jährliches Mindestwasseraufkommen von 10000 m^3 definiert ist. Diese Eingrenzung des Berichtskreises wurde im übrigen mittels Rechtsverordnung bereits für die letztmals nach altem Umweltstatistikgesetz für 1995 durchgeführten Erhebungen realisiert. Auch die wasserwirtschaftlichen Erhebungen der gewerblichen Wirtschaft beginnen nach neuem Recht 1999 für 1998.

Eine völlig neue Erhebung wurde bei Betrieben der Landwirtschaft und allen anderen Unternehmen und Einrichtungen angeordnet, die Wasser zur Bewässerung von Anbauflächen im Acker-, Garten- und Kulturbau gewinnen oder Abwasser in Gewässer einleiten. Sie sollen ein weiteres Bindeglied zur Vervollständigung des wasserwirtschaftlichen Gesamtbildes sein. Die im Umweltstatistikgesetz vorgesehene dreijährige Periodizität (beginnend 1999 für das Vorjahr) soll im Rahmen des 3. Statistikbereinigungsgesetzes allerdings möglicherweise nochmals verlängert werden.

Einzige Änderung bei der Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bei öffentlichen Wärmekraftwerken ist die Verkürzung der Periodizität von vier auf drei Jahre. Erhebungsprogramm und Startjahr entsprechen den Erhebungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft.

Jährliche Erhebungen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen wurden bereits nach altem Recht durchgeführt. Während die Erfassung der Beförderungsunfälle jedoch weitgehend der Regelung nach ehemaligem Gesetz (Transportunfälle) entspricht, wurde die bisherige Erhebung der Lagerungsunfälle auf Unfälle beim Umgang mit diesen Stoffen erweitert, wobei unter Umgang das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden zu verstehen ist. Zusätzlich gibt es ab dem Jahr 2000 in fünfjährigen Abständen eine Bestandsaufnahme aller in Nutzung befindlichen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.

Erhebungen über Luftbelastungen

Die statistische Erfassung von Daten über die Luftbelastungen schließt eine weitere Lücke in der statistischen Darstellung umweltrelevanter Tatbestände. Die in den §§ 10 und 11 UStatG angeordneten Statistiken stützen sich einerseits auf sekundärstatistisches Material (§ 10), andererseits auf Primärerhebungen (§ 11).

Datengrundlage für die Erhebung der Luftverunreinigungen nach § 10 bilden die Emissionserklärungen, die von den Betreibern bestimmter genehmigungsbedürftiger Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz abzugeben sind. Für die Umweltstatistiken auskunftspflichtig sind aber nicht die Betreiber der Anlagen, sondern die für den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zuständigen Stellen, in Bayern wiederum das Landesamt für Umweltschutz, das mit Hilfe dieser Erklärungen ein Emissionskataster führt. Die in der vorliegenden Gesetzesfassung vorgesehene zweijährige Periodizität dieser Erhebung ist inzwischen im Rahmen des Gesetzes zur Beschleunigung und Vereinfachung emissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren (Artikel 5) auf vier Jahre verlängert worden. Der Zugriff auf die Emissionserklärungen des Jahres 1996 wird nach gegenwärtigem Stand wohl erst im Laufe des Jahres 1998 möglich sein, da erst dann alle Erklärungen vorliegen, erfaßt und plausibilisiert sind. Für die amtliche Statistik sind in diesem Zusammenhang noch umfangreiche Vorarbeiten, z. B. in Form der Auswertung von Testmaterial, zu leisten, da für die statistische Darstellung u. a. noch Systematiken für die Anlagentypen, die in den Anlagen gehandhabten sowie die emittierten Stoffe zu erstellen sind.

Erweitert wird die Datenbasis der Luftbelastungen durch die jährliche Erhebung bestimmter ozonschichtschädigender und klimawirksamer Stoffe, die 1997 erstmals für 1996 durchgeführt wird. Die öffentliche Diskussion über die Gefahren für die Umwelt, die mit einem Abbau der Ozonschicht verbunden sind, geben dieser neu eingeführten Statistik ein hohes Maß an Aktualität. Sie wendet sich an die Hersteller, Ein- und Ausführer ozonschichtschädigender Stoffe und an die Unternehmen, die ozonschichtschädigende bzw. klimawirksame Stoffe in Mengen von mehr als 50 kg pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die relevanten Stoffe werden dabei insbesondere als Kältemittel, Treibmittel in Aerosolerzeugnissen und bei der Verschäumung von Kunst- und Schaumstoffen eingesetzt. Zur Ermittlung des Berichtskreises wurde bereits Ende 1995 eine Umfrage bei allen potentiell auskunftspflichtigen Unternehmen durchgeführt.

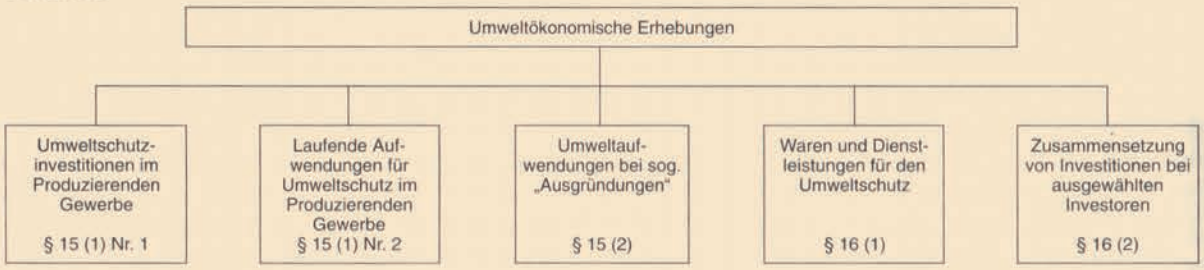
Die umweltökonomischen Erhebungen

Bei den umweltökonomischen Erhebungen nach §§ 15 und 16 UStatG handelt es sich um vier neue Erhebungen und eine bereits etablierte Statistik, deren Merkmalskatalog jedoch erheblich erweitert wurde. Schema 3 gibt einen Überblick über die Gliederung dieser Erhebungen.

Jährliche Erhebungen über Investitionen für den Umweltschutz, die sich auf die Bereiche Abfall, Gewässerschutz, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung er-

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 2/1997

Schema 3



strecken, werden zwar schon seit der Einführung der Umweltstatistiken durchgeführt, mit dem Gesetz von 1994 ergeben sich jedoch drei entscheidende Neuerungen:

- der Merkmalskatalog erfährt eine erhebliche Ausweitung, und zwar insbesondere durch die zusätzliche Gliederung nach Anlagearten und durch die Erfassung weiterer Umweltschutzbereiche, nämlich des Naturschutzes sowie der Landschaftspflege und Bodensanierung,
- das Baugewerbe wird künftig nicht mehr erfaßt,
- zur Entlastung der Wirtschaft soll sich die ab 1997 durchzuführende Erhebung auf die Befragung von Unternehmen beschränken. Betriebliche Investitionen sind nicht mehr Bestandteil des Gesetzes.

Insbesondere der letztgenannte Punkt läuft den Länderinteressen in starkem Maße zuwider, da für die Darstellung von Regionalergebnissen ein Nachweis der betrieblichen Investitionen unerläßlich ist. Von Länderseite sind daher Bestrebungen im Gange, die Erfassung von betrieblichen Umweltschutzinvestitionen – mittels Bundesratsinitiative im Zuge des 3. Statistikbereinigungsgesetzes – wieder verbindlich vorzuschreiben.

Durch §15 Abs. 1, Nr. 2 neu angeordnet ist die Statistik der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz. Sie wird als repräsentative Stichprobe in jährlichem Turnus durchgeführt und als einzige umweltstatistische Erhebung direkt vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

Praktisch bedeutungslos ist die in §15 Abs. 2 angeordnete Statistik der Aufwendungen für Umweltschutz bei sogenannten Ausgründungen, das sind Unternehmen und Betriebe außerhalb des Produzierenden Gewerbes, die Abfall- und Abwasserentsorgung für ein Unternehmen des Produzierenden Gewerbes betreiben. Derartige Entsorgungsbetriebe dürfen ausschließlich für das Unternehmen tätig sein, das sie gegründet hat. Zumindest bisher spielen diese Unternehmenskonstruktionen in der Praxis jedoch keine nennenswerte Rolle.

Die Erfassung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz wird in §16 Abs. 1 geregelt. Diese Statistik soll als repräsentative Stichprobe in jährlichem Turnus, beginnend 1998 (für 1997), durchgeführt werden. Sie erstreckt sich auf Betriebe des Produzierenden Gewerbes, die ausschließlich dem Umweltschutz dienende Waren herstellen, auf Architektur- und Ingenieurbüros sowie Institute und Einrichtungen, die Untersuchungen, Beratungen und andere Dienstleistungen für den Umweltschutz erbringen. Die besonderen Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Berichtskreises liegen darin, daß zur Bestimmung der Grundgesamtheit erst noch eine Klassifikation für diese Güter und Leistungen erarbeitet werden muß, die nicht in allen Einzelheiten mit der bestehenden Produktionsgütersystematik übereinstimmen kann. Für 1997 sind umfangreiche Vorbefragungen zur Festlegung der Grundgesamtheit vorgesehen.

Als letzte Statistik der neuen umweltstatistischen Rechtsgrundlage ist nach §16 Abs. 2 alle vier Jahre (jeweils für die vorangegangenen vier Jahre), beginnend 1998, eine Erhebung bei ausgewählten Investoren von Umweltschutzanlagen vorgesehen. Dort soll vor allem die Zusammensetzung der getätigten Umweltschutzinvestitionen erfragt werden, um, wie in der Begründung zum Umweltstatistikgesetz ausgeführt wird, „... zusätzlich Daten über Güter und Dienstleistungen zu gewinnen, die nicht für spezielle Umweltschutzzwecke gestaltet wurden, sondern erst durch die Einbindung in Umweltschutzeinrichtungen dieser Funktion zuordenbar sind". Auch hierbei ist zur Bestimmung des Berichtskreises eine entsprechende Nomenklatur der Anlagen noch zu erarbeiten. Die repräsentative Auswahl dieser Investoren erfolgt aus den investierenden Betrieben des Produzierenden Gewerbes und der Entsorgungseinrichtungen von Körperschaften. Ein Auswahlverfahren ist noch nicht festgelegt.

Probleme bei Vorbereitung und Einführung der Umweltstatistiken

Das Umweltstatistikgesetz von 1994 beinhaltet nicht nur ein umfangreiches Erhebungsprogramm, sondern erfordert auch unterschiedliche Erhebungsmethoden. So gehören – vor allem unter dem Gesichtspunkt der Entlastung von Auskunftspflichtigen – neben den Primärerhebungen auch eine Reihe von Sekundärstatistiken in das umweltstatistische Programm. Bei den Primärerhebungen sind sowohl Vollerhebungen als auch Teilerhebungen vorgesehen, wobei letztere teilweise als Erhebungen mit Abschneidegrenzen, teilweise als Stichproben durchzuführen sind. Bei vielen Erhebungen betritt die amtliche Statistik erhebungstechnisch, vor allem aber fachlich absolutes „Neuland". Besonders der fachliche Aspekt hat dazu geführt, daß zur Vorbereitung dieser Statistiken viele Besprechungen und Vorgespräche erforderlich waren. So haben seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zusätzlich zu den Referentenbesprechungen und dem Fachausschuß allein die Arbeitskreise des Fachausschusses „Umweltstatistiken", in denen die Repräsentanten aller maßgeblichen Ministerien, Verbände und Institute vertreten sind, insgesamt 12mal getagt. Weitere Sitzungen sind für 1997 bereits fest eingeplant. Parallel dazu mußten in den Ländern Kontakte zu den zuständigen Fachbehörden und Verbänden geknüpft und eine Vielzahl von bilateralen Gesprächen geführt

Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 2/1997

werden, um Berichtskreise aufzubauen, die technischen Voraussetzungen für die Übernahme von Daten zu schaffen, Abstimmungen im Hinblick auf die Minimierung von Doppelbefragungen zu treffen, vorhandene Datenbestände abzugleichen und vieles andere mehr. Auch diese Gespräche müssen im Jahr 1997 noch weitergeführt werden.

Breiten Raum bei der Vorbereitung der neuen Statistiken nahm und nimmt die Ermittlung der verschiedenen Berichtskreise ein. Dazu wird im Amt verfügbares Anschriftenmaterial (z. B. aus der Kartei im Produzierenden Gewerbe) ebenso herangezogen wie Daten von Fachverbänden, Verbandsadressen, Anschriften aus Branchenbüchern usw. Bei einer Reihe von Statistiken mußten und müssen umfangreiche Vorabumfragen durchgeführt werden, um die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Berichtskreis sicherzustellen. Für Sekundärstatistiken sind zudem Dateien (z. B. von Betreibern, Erzeugern, Entsorgern) aufzubauen, die für die Zuordnung der sekundärstatistischen Daten unerläßlich sind. Bei den Statistiken der Luftreinhaltung und der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz müssen außerdem Klassifikationen und Nomenklaturen entwickelt werden, ohne die eine sinnvolle statistische Darstellung nicht möglich ist.

Um die auskunftspflichtigen Unternehmen, Betriebe und öffentlichen Einrichtungen über die sie betreffenden neuen Erhebungen zu unterrichten und ihnen die Möglichkeit zu geben, rechtzeitig entsprechende Aufzeichnungen zu machen (da sich die Mehrzahl der Erhebungen auf Daten für das Jahr 1996 bezieht), war geplant, alle 1997 zu befragenden Einheiten frühzeitig über Inhalt und Organisation der Befragungen zu informieren. So müssen z. B. für die detaillierten Angaben über Umweltschutzinvestitionen zumindest bei den größeren Unternehmen zwingend entsprechende Vorkehrungen im betrieblichen Rechnungswesen getroffen werden. Nicht in allen Fällen ist es gelungen, derartige Vorinformationen rechtzeitig zu verschicken, was zum Teil an noch ungeklärten Erhebungsinhalten, zum größeren Teil aber an den Schwierigkeiten und Verzögerungen beim Aufbau der Berichtskreise lag.

Mit weiteren Problemen bei der eigentlichen Durchführung der neuen Umweltstatistiken, für die in diesen Tagen die ersten Erhebungsvordrucke versandt werden, ist daher zu rechnen. Ein Ziel dieses ersten „Erhebungsdurchgangs" soll daher nicht nur die Bereitstellung von Ergebnissen sein, er soll vielmehr auch Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln, die helfen können, Organisation, Qualität und Aktualität der Umweltstatistiken zu optimieren. Nicht zuletzt sollte erwähnt werden, daß auch an die Qualifikation der Bearbeiter in den Statistischen Landesämtern höhere Anforderungen gestellt werden müssen als vorher.

Wie die bereits jetzt sich abzeichnenden Änderungen und Modifizierungen an den eben erst eingeführten Statistiken zeigen, werden Umweltstatistiken, wie schon in der Vergangenheit, auch in Zukunft wohl einem ständigen Wandel unterworfen sein. Die sich rasch ändernden ökologischen und politischen Gegebenheiten müssen zwangsläufig ihren Niederschlag auch in der amtlichen Statistik finden, damit diese verwertbare und aktuelle Informationen zur Verfügung stellen kann.

Bw. grad. Ernst Walter

Quelle: „Bayern in Zahlen" Heft 2/1997

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 443	12 520	12 604	12 541	12 549	12 614	12 618	12 626	12 636
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen [1]	Anzahl	4 940	5 148	4 969	7 380	6 574	2 548	4 800	6 975	7 301
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	*4,7*	*4,9*	*4,7*	*6,9*	*6,4*	*2,4*	*4,6*	*6,5*	*7,0*
* Lebendgeborene [2]	Anzahl	8 641	8 921	9 131	8 798	8 832	8 689	8 941	9 037	9 384
G je 1 000 Einwohner	Anzahl	*8,2*	*8,5*	*8,7*	*8,3*	*8,6*	*8,1*	*8,6*	*8,4*	*9,0*
* Gestorbene [3]	Anzahl	10 247	10 453	10 575	9 974	9 737	10 803	10 658	9 616	9 993
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*9,8*	*9,9*	*10,1*	*9,4*	*9,4*	*10,1*	*10,3*	*9,0*	*9,6*
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	23	25	21	24	24	19	26	20
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*3,1*	*2,6*	*2,7*	*2,4*	*2,7*	*2,8*	*2,1*	*2,9*	*2,1*
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	12	13	10	13	12	10	14	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*1,7*	*1,4*	*1,4*	*1,1*	*1,5*	*1,4*	*1,1*	*1,5*	*1,2*
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 607	-1 532	-1 444	-1 176	- 905	-2 114	-1 717	- 579	- 609
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*- 1,5*	*- 1,5*	*- 1,4*	*- 1,1*	*- 0,9*	*- 2,0*	*- 1,7*	*- 0,5*	*- 0,6*
Totgeborene [2]	Anzahl	26	25	29	27	31	27	27	36	24
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 756	28 295	30 527	26 434	27 461	31 748	31 486	29 261	32 042
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	15 086	17 733	20 014	17 896	19 160	21 988	21 425	20 700	23 655
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 417	20 663	22 390	18 172	18 146	25 115	25 674	21 231	21 834
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 028	11 391	13 050	10 608	10 697	15 574	16 404	13 217	13 501
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 670	10 563	10 514	8 538	8 301	9 760	10 061	8 561	8 387
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 389	9 272	9 340	7 564	7 449	9 541	9 270	8 014	8 333
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	6 339	7 632	8 137	8 262	9 315	6 633	5 812	8 030	10 208
* Innerhalb des Landes Umgezogene [4]	Anzahl	41 749	42 140	43 522	38 642	36 907	42 103	42 818	40 285	41 045

		2012	2013	2012	2013				2014	
		Jahresdurchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Arbeitsmarkt [5]										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort [6]	1 000	4 843,8	4 930,7	4 858,9	4 862,8	4 913,0	5 008,9	4 938,1	5 012,2	…
* Frauen	1 000	2 211,3	2 258,9	2 231,8	2 233,6	2 242,5	2 287,4	2 272,1	2 295,0	…
* Ausländer	1 000	451,1	492,5	456,2	469,8	491,8	512,0	496,4	512,2	…
* Teilzeitbeschäftigte [7]	1 000	…	1 231,4	1200,8	1210,4	1 224,8	1 246,4	1 244,0	1 247,1	…
* darunter Frauen [7]	1 000	…	1 021,2	998,5	1005,8	1 014,1	1 032,7	1 032,3	1 036,3	…
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	23,3	24,3	20,9	23,0	26,1	26,3	21,8	25,2	…
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 647,8	1 668,4	1 646,0	1 645,7	1 665,5	1 696,1	1 666,5	1 681,4	…
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 373,5	1 391,5	1 381,1	1 380,0	1 382,4	1 404,3	1 399,2	1 404,1	…
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 304,7	1 321,2	1 312,3	1 310,9	1 312,3	1 333,0	1 328,6	1 333,7	…
* F Baugewerbe	1 000	274,3	277,0	264,9	265,7	283,1	291,8	267,3	277,2	…
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 169,6	3 235,2	3 189,1	3 191,3	3 218,8	3 283,6	3 247,1	3 305,5	…
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 072,1	1 088,8	1 075,5	1 075,3	1 081,8	1 106,0	1 092,2	1 084,4	…
* J Information und Kommunikation	1 000	168,1	172,7	170,6	171,6	172,0	174,1	173,3	177,3	…
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,8	188,9	188,3	187,9	187,2	190,6	189,7	188,9	…
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,3	29,9	29,6	29,8	30,0	30,0	29,9	29,8	…
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	578,3	597,7	578,6	578,9	598,7	616,5	596,8	606,1	…
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	962,5	985,5	975,1	975,7	977,6	993,6	995,3	1 047,4	…
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,6	171,6	171,3	172,1	171,4	172,9	170,0	171,5	…

		2012	2013	2014	2014				2015	
		Jahresdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
* Arbeitslose	1 000	248,8	264,5	264,6	304,5	303,9	242,1	251,6	300,1	297,6
* darunter Frauen	1 000	118,7	123,5	123,2	130,3	129,4	116,6	117,0	126,9	124,1
* Arbeitslosenquote insgesamt [8, 9]	%	*3,7*	*3,8*	3,8	4,4	4,4	3,4	3,6	4,3	4,2
* Frauen	%	*3,7*	*3,8*	3,7	4,0	4,0	3,5	3,5	3,8	3,8
* Männer	%	*3,6*	*3,9*	3,8	4,7	4,7	3,4	3,6	4,7	4,7
* Ausländer	%	*8,5*	*8,8*	8,7	10,1	10,1	8,2	8,5	9,8	9,8
* Jugendliche	%	*3,0*	*3,2*	3,2	3,4	3,5	2,6	2,7	3,4	3,5
* Kurzarbeiter [10]	1 000	18,2	19,9	…	40,6	43,5	…	…	…	…
* Gemeldete Stellen [11]	1 000	70,1	64,4	73,1	60,4	64,9	77,3	76,1	74,0	79,9

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt. Daher sind die Zahlen zu den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ab dem Stichtag 31.03.2014 nicht mit den Zahlen früherer Stichtage vergleichbar.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

	Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2013	2014				2015
			Monatsdurchschnitt			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
	Landwirtschaft										
	Schlachtungen [1]										
	Anzahl										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	528,4	520,7	519,3	556,4	506,2	554,1	489,5	568,6	493,5
	darunter Rinder	1 000	75,0	74,1	75,9	77,5	78,8	84,9	70,7	81,3	75,7
	darunter Kälber [2]	1 000	1,8	1,7	1,6	2,8	1,4	1,6	1,4	2,6	1,3
	Jungrinder [3]	1 000	0,6	0,5	0,6	0,7	0,5	0,5	1,0	0,6	0,4
	Schweine	1 000	442,3	436,1	432,9	467,4	420,2	451,1	410,1	475,8	411,3
	Schafe	1 000	10,4	9,9	9,8	11,1	6,7	17,7	8,1	11,0	6,1
	darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	522,1	515,3	514,2	549,0	499,7	548,0	482,7	562,1	487,6
	darunter Rinder	1 000	74,1	73,2	75,1	76,5	78,0	83,9	69,7	80,5	75,0
	darunter Kälber [2]	1 000	1,7	1,5	1,5	2,6	1,3	1,4	1,3	2,4	1,2
	Jungrinder [3]	1 000	0,5	0,4	0,5	0,6	0,5	0,4	0,9	0,6	0,3
	Schweine	1 000	438,2	432,9	429,9	462,5	415,4	448,4	405,7	471,7	407,0
	Schafe	1 000	9,2	8,7	8,6	9,6	6,0	15,4	6,7	9,4	5,4
	Durchschnittliches Schlachtgewicht [4]										
	Rinder	kg	341,2	343,0	343,9	340,5	346,1	338,7	339,9	342,0	347,0
	darunter Kälber [2]	kg	108,1	109,7	112,5	109,1	110,0	113,4	111,8	107,1	106,5
	Jungrinder [3]	kg	186,2	177,0	183,3	167,7	188,5	185,3	188,6	175,5	182,4
	Schweine	kg	95,4	95,4	95,8	95,3	96,4	96,9	96,6	95,5	96,5
	Gesamtschlachtgewicht [5]										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	68,0	67,3	67,7	71,1	67,9	72,8	63,8	73,4	66,1
	darunter Rinder	1 000 t	25,6	25,4	26,0	26,3	27,2	28,7	24,0	27,8	26,2
	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1
	Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	42,2	41,6	41,5	44,6	40,5	43,7	39,6	45,4	39,7
	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,2	0,2	0,1
*	darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	67,4	66,7	67,2	70,4	67,2	72,2	63,1	72,8	65,4
*	darunter Rinder	1 000 t	25,3	25,2	25,8	26,0	27,0	28,4	23,7	27,5	26,0
*	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1
*	Jungrinder [3]	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	41,8	41,3	41,2	44,1	40,0	43,4	39,2	45,0	39,3
*	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1
	Geflügel										
	Hennenhaltungsplätze [6]	1 000	3 900	3 964	4 730	3 982	4 690	4 727	4 727	4 729	4 727
	Legehennenbestand [6]	1 000	3 431	3 472	4 153	3 565	4 105	3 999	4 136	4 298	…
*	Konsumeier [6]	1 000	86 410	86 782	101 881	87 174	102 262	101 984	97 175	105 634	…
*	Geflügelfleisch [7]	1 000 t	13,3	13,4	14,5	14,6	15,8	16	14	15	14
	Getreideanlieferungen [8, 9]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,8	5,3r	4,5	1,9r	3,5r	3,2	2,1	3,1	…
	Weizen	1 000 t	130,0r	53,1r	39,6	34,4r	29,4r	27,3r	29,6	37,5	…
	Gerste	1 000 t	33,6r	12,6r	7,3	4,6r	4,2	8,0	8,0	4,8	…
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,6	0,6	0,3	0,1r	0,2	0,3	0,3	0,2	…
	Vermahlung von Getreide [8, 9]										
	Getreide insgesamt	1 000 t	98,7r	107,4	104,5	105,6r	102,0	116,3	110,4	109,5	…
	darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,7r	11,5	11,1	10,9r	12,0	11,7	11,7	11,1	…
	Weizen und -gemenge	1 000 t	87,0r	95,9	93,4	94,7r	89,9	104,5	98,7	98,3	…
	Vorräte in zweiter Hand [8, 9]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	46,3	40,5r	45,5	49,9r	40,5r	59,0	56,2	55,1	…
	Weizen	1 000 t	511,3	439,6r	467,9	550,7r	485,5r	535,9r	553,2	599,4	…
	Gerste	1 000 t	320,3	219,0r	256,8	227,0r	195,5r	370,0r	345,7	335,5	…
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	8,7	6,7	9,1r	7,5	8,4	7,2	7,6	…
	Mais	1 000 t	147,0	76,0r	52,2	87,9r	66,3r	68,1r	77,6	95,9	…
	Bierabsatz										
	Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	…	…	…	1 685r	1 627	1 860	1 523	1 792	…
	dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	…	…	…	78	80	74	67	90	…
	11 bis 13	1 000 hl	…	…	…	1 573r	1 518	1 439	1 417	1 661	…
	14 oder darüber	1 000 hl	…	…	…	34r	29	31	38	41	…
	dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	…	…	…	263	319	311	275	297	…
	dav. in EU-Länder	1 000 hl	…	…	…	161	189	207	168	198	…
	in Drittländer	1 000 hl	…	…	…	102	130	105	106	99	…

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygienerecht im Besitz einer Zulassung sind.
8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.
9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2013	2014				2015
		Monatsdurchschnitt			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Gewerbeanzeigen [1]										
* Gewerbeanmeldungen [2]	1 000	11,0	10,8	10,5	7,5	14,9	10,6	9,7	8,1	…
* Gewerbeabmeldungen [3]	1 000	9,6	9,3	9,4	10,4	15,5	9,1	9,0	11,4	…
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 839	3 874	3 830	3 881	3 768	3 837	3 833	3 833	3 820
* Beschäftigte	1 000	1 088	1 095	1 111	1 101	1 094	1 123	1 122	1 119	1 118
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	372	374	386	376	380	389	388	387	382
Investitionsgüterproduzenten	1 000	516	525	526	529	519	532	533	531	536
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	40	35	35	35	35	36	36	36	36
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	159	162	160	158	164	163	162	162
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	139 399	140 284	142 141	122 110	142 769	154 083	147 172	127 266	137 774
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 250	4 438	4 651	4 353	4 558	4 388	5 814	4 596	4 745
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 746	26 935	26 190	25 552	23 972	27 653	27 627	25 201	23 230
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 822	6 827	7 223	5 803	6 864	7 691	7 426	6 443	6 695
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 217	15 427	14 315	15 381	12 477	15 149	15 809	14 420	12 367
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 042	3 120	3 208	2 968	3 163	3 371	3 073	3 094	3 042
* Energie	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 213	14 546	13 795	14 082	12 709	14 571	14 683	13 095	12 561
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*105,9*	*105,8*	*109,4*	*98,3*	*100,0*	*116,3*	*115,0*	*101,1*	*96,8*
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*97,7*	*96,8*	*94,2*	*66,9*	*65,1*	*104,8*	*92,4*	*65,0*	*62,6*
Verarbeitendes Gewerbe	%	*106,0*	*105,8*	*109,4*	*98,4*	*100,1*	*116,3*	*115,1*	*101,2*	*97,0*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*103,9*	*104,5*	*108,3*	*87,5*	*100,8*	*115,3*	*111,4*	*94,2*	*98,9*
Investitionsgüterproduzenten	%	*108,1*	*107,3*	*111,5*	*105,6*	*99,7*	*117,7*	*119,8*	*104,9*	*95,4*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*104,0*	*104,7*	*106,8*	*97,5*	*100,9*	*114,5*	*106,5*	*104,0*	*97,9*
Energie	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe [5] insgesamt	%	*105,5*	*110,5*	*118,0*	*110,8*	*114,0*	*123,2*	*117,3*	*122,4*	*108,6*
Inland	%	*102,4*	*104,3*	*106,5*	*92,6*	*104,6*	*112,9*	*105,4*	*99,1*	*100,8*
Ausland	%	*107,4*	*114,6*	*125,4*	*122,6*	*120,0*	*129,8*	*125,0*	*137,4*	*113,6*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*100,8*	*105,8*	*109,6*	*89,7*	*113,5*	*110,9*	*118,3*	*98,2*	*110,3*
Investitionsgüterproduzenten	%	*107,5*	*113,1*	*122,4*	*121,6*	*114,4*	*129,2*	*117,9*	*134,8*	*108,4*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*101,0*	*94,9*	*98,6*	*80,2*	*99,6*	*113,8*	*108,6*	*91,5*	*96,2*
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*104,7*	*105,5*	*108,8*	*80,9*	*117,5*	*106,1*	*101,2*	*84,8*	*103,8*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.
2 Vormals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeanmeldungen insgesamt.
3 Vormals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übergaben), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.
4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.
5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2013	2014				2015
		Monatsdurchschnitt			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Baugewerbe [1]										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau [2]										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe [3]	Anzahl	130 624	139 246	141 005	136 749	126 608	144 403	144 132	138 448	128 335
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 481	13 374	13 951	10 077	7 468	17 067	15 292	10 828	6 794
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 600	6 050	6 326	4 705	3 519	7 648	6 838	4 878	3 180
* gewerblichen und industriellen Bau [4]	1 000	3 506	3 724	3 892	2 870	2 474	4 602	4 242	3 093	2 242
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 376	3 601	3 733	2 502	1 475	4 817	4 212	2 857	1 372
* Entgelte	Mill. €	310,5	338,3	357,0	339,3	285,3	381,3	421,5	360,1	291,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 482,4	1 611,0	1 678,4	2 041,2	845,2	1 981,3	1 983,1	2 039,0	770,4
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	573,4	629,1	640,2	794,3	348,6	726,3	702,0	737,2	308,0
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	507,8	524,6	582,6	706,7	284,2	674,8	720,1	770,4	270,7
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	401,2	457,4	445,5	540,2	212,4	580,1	561,0	531,4	191,7
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
* Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	*124,8*	*118,4*	*123,1*	*108,1*	*89,7*	119,8	97,3	106,2	82,7
* davon Wohnungsbau	Messzahl	*119,3*	*125,2*	*130,5*	*137,1*	*101,0*	137,9	108,7	146,3	107,1
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	*130,3*	*116,8*	*126,8*	*109,5*	*102,4*	131,0	117,0	120,5	95,6
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	*123,2*	*115,7*	*114,2*	*87,5*	*68,1*	95,6	68,0	64,0	52,3
darunter Straßenbau	Messzahl	*133,9*	*127,1*	*126,7*	*70,2*	*43,8*	104,7	68,6	60,5	44,4
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe [5, 6]										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	50 226	59 121	59 700	59 672	.	.	.	59 100	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 110	6 065	6 034	18 679	.	.	.	18 273	.
Entgelte	Mill. €	122,9	148,8	153,3	483,1	.	.	.	494,4	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	514,3	621,1	635,4	2 514,1	.	.	.	2 518,0	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	253	253	247	250	249	246	246	246	262
* Beschäftigte	Anzahl	29 895	29 734	29 587	29 597	29 645	29 782	29 815	29 711	29 778
* Geleistete Arbeitsstunden [7]	1000	3 621	3 556	3 534	3 172	3 652	3 865	3 647	3 330	3 490
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	124	128	129	115	113	119	205	121	118
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	6 055,2	5 595,1	…	5 887,8	5 458,6	5 822,6	5 873,4	5 968,2	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	5 749,6	5 303,8	…	5 568,6	5 163,9	5 516,3	5 569,1	5 636,3	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	520,7	490,3	…	629,9	669,1	387,2	567,8	653,5	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	1014,3	1 058,3	…	1 479,1	1 488,7	841,9	1 181,3	1 456,6	.
Handwerk (Messzahlen) [9]										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	.	.	.	*99,1*	.	.	.	*99,7*	.
* Umsatz [10] (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	.	.	.	*123,9*	.	.	.	*124,9*	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude [11] (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 901	1 980	1 995	1 361	1 668	2 123	1 774	1 497	1 548
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 681	1 733	1 744	1 153	1 450	1 803	1 554	1 238	1 393
* Umbauter Raum	1 000 m³	2 465	2 611	2 648	1 834	2 190	3 028	2 255	2 182	1 977
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	716	776	818	552	653	957	707	685	631
* Wohnfläche [12]	1 000 m²	427	453	459	325	378	531	393	382	343
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	726	709	665	525	565	688	520	502	476
* Umbauter Raum	1 000 m³	4 187	4 265	4 041	3 922	3 392	3 794	3 350	3 204	2 689
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	569	559	550	509	433	567	405	573	426
* Nutzfläche	1 000 m²	606	619	576	556	475	560	490	481	383
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 416	4 677	4 897	3 584	3 830	6 270	4 381	4 559	3 621
* Wohnräume [13] insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 922	19 747	19 966	14 653	16 333	23 031	17 170	16 872	14 845

		2012	2013 [14]	2013 [14]			2014 [14]			
Handel und Gastgewerbe		Monatsdurchschnitt		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Außenhandel										
* **Einfuhr insgesamt** (Generalhandel) [15]	Mill. €	12 299,3	12 280,3	13 182,7	12 249,7	11 126,6	13 422,0	13 593,5	12 954,5	11 994,9
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	638,7	639,5	670,4	617,3	692,2	651,9	669,1	624,3	715,1
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 224,5	10 688,8	11 501,0	10 699,2	9 589,9	11 817,2	11 942,2	11 395,0	10 428,5
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 680,2	1 578,6	1 602,1	1 356,0	1 594,8	1 459,3	1 135,1	1 248,9	1 193,9
* Halbwaren	Mill. €	541,1	523,8	522,0	526,6	474,9	502,9	522,7	504,4	439,9
* Fertigwaren	Mill. €	9 003,1	8 586,3	9 377,0	8 816,6	7 520,3	9 855,0	10 284,3	9 641,7	8 794,7
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 007,5	954,2	860,0	840,1	631,8	800,5	946,5	852,2	651,3
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 995,6	7 632,1	8 516,9	7 976,4	6 888,5	9 054,5	9 337,8	8 789,5	8 143,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.
3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.
4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.
5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.
6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.
7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.
8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kj/m³.
9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.
10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.
11 Einschl. Wohnheime.
12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.
13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.
14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2012	2013 [1]	2013 [1]			2014 [1]			
			Monatsdurchschnitt		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
	Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
	darunter [2] aus										
*	Europa[3]	Mill. €	8 180,6	8 394,2	9 216,0	8 587,1	7 828,6	9 251,9	9 548,5	9 229,6	8 320,4
*	dar. aus EU-Ländern[4] insgesamt	Mill. €	6 803,3	7 112,3	7 869,7	7 266,4	6 474,8	8 008,7	8 326,9	7 893,3	7 136,5
	dar. aus Belgien	Mill. €	331,3	327,0	319,4	306,4	263,6	312,4	342,3	303,7	272,3
	Bulgarien	Mill. €	31,0	31,6	34,0	36,1	30,0	36,4	38,7	35,4	34,1
	Dänemark	Mill. €	61,7	59,3	66,0	70,5	60,1	62,6	64,2	64,2	60,0
	Finnland	Mill. €	38,7	37,4	36,4	38,1	38,2	38,3	50,1	41,3	34,0
	Frankreich	Mill. €	527,3	515,4	552,9	506,2	479,9	572,6	576,3	518,1	514,5
	Griechenland	Mill. €	24,9	24,1	32,8	21,6	21,6	29,1	31,0	22,1	23,6
	Irland	Mill. €	193,5	163,2	95,5	100,3	95,0	114,3	206,2	230,1	123,8
	Italien	Mill. €	853,5	859,5	940,2	815,4	779,2	874,6	951,3	871,6	774,2
	Luxemburg	Mill. €	19,0	20,1	25,1	21,2	18,6	23,6	22,4	25,3	19,5
	Niederlande	Mill. €	592,7	625,4	685,1	624,7	595,1	694,4	746,4	669,5	736,2
	Österreich	Mill. €	1 205,2	1 261,2	1 405,1	1 314,8	1 174,0	1 389,9	1 314,7	1 234,2	1 135,0
	Polen	Mill. €	362,3	402,2	475,4	446,7	357,0	482,5	540,0	619,9	706,5
	Portugal	Mill. €	54,1	63,6	67,3	70,1	47,5	72,8	74,7	70,9	52,7
	Rumänien	Mill. €	164,5	169,3	225,0	190,7	152,8	241,2	253,5	242,9	189,1
	Schweden	Mill. €	105,7	130,8	150,5	109,9	91,7	118,5	116,6	108,0	95,6
	Slowakei	Mill. €	240,9	238,8	297,4	233,1	201,6	282,6	285,9	246,2	208,5
	Slowenien	Mill. €	82,2	81,6	92,4	91,6	78,5	93,2	102,6	82,2	70,7
	Spanien	Mill. €	299,9	299,3	314,3	301,0	265,5	319,6	364,5	348,4	296,9
	Tschechische Republik	Mill. €	766,5	817,0	956,6	934,7	739,7	984,1	1 017,8	946,1	792,0
	Ungarn	Mill. €	442,3	484,2	573,4	573,0	469,5	711,4	694,9	697,8	511,8
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	370,9	444,8	462,5	410,3	474,3	486,8	463,4	455,7	426,9
	Russische Föderation	Mill. €	699,3	599,7	636,3	579,3	691,5	492,4	462,3	598,4	531,5
*	Afrika[3]	Mill. €	567,9	513,2	431,0	405,3	346,0	634,7	331,9	282,0	384,3
	dar. aus Südafrika	Mill. €	41,7	41,6	51,3	49,7	37,4	38,3	24,5	38,1	49,7
*	Amerika	Mill. €	996,0	925,9	961,2	892,1	701,1	990,8	1 082,4	1 015,0	918,7
	darunter aus den USA	Mill. €	831,2	768,2	774,6	746,6	567,9	809,6	918,2	837,8	779,9
*	Asien[3]	Mill. €	2 540,0	2 435,2	2 564,9	2 354,4	2 240,9	2 530,2	2 621,8	2 418,7	2 361,4
	darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 097,3	942,4	1 060,0	916,1	867,1	1 104,4	1 061,7	965,2	990,5
	Japan	Mill. €	275,1	246,9	270,5	305,6	223,4	260,8	320,9	244,7	226,3
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	14,7	11,8	9,5	10,8	9,9	14,3	9,1	9,3	10,2
*	**Ausfuhr insgesamt** (Spezialhandel) [5]	Mill. €	13 715,7	14 085,3	15 165,0	14 575,0	12 318,9	15 631,8	15 579,1	14 410,8	12 676,8
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	696,4	692,0	733,0	674,5	682,2	737,9	721,4	674,9	681,0
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 865,9	12 870,1	13 885,4	13 392,1	11 195,0	14 346,9	14 301,9	13 213,6	11 523,0
*	davon Rohstoffe	Mill. €	79,5	73,2	76,8	73,9	60,1	76,5	81,9	74,4	67,0
*	Halbwaren	Mill. €	583,7	565,9	620,9	561,3	505,4	654,2	566,0	491,5	426,5
*	Fertigwaren	Mill. €	12 202,7	12 231,0	13 187,7	12 756,9	10 629,5	13 616,3	13 654,0	12 647,6	11 029,5
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 023,0	995,8	1 089,0	990,7	799,9	1 026,0	1 056,8	931,7	836,9
*	Enderzeugnisse	Mill. €	11 179,8	11 235,2	12 098,6	11 766,2	9 829,6	12 590,3	12 597,2	11 715,9	10 192,6
	darunter [2] nach										
*	Europa[3]	Mill. €	8 540,1	8 793,5	9 452,9	8 968,9	7 651,2	9 528,9	9 607,3	8 927,5	7 707,2
*	dar. in EU-Länder[4] insgesamt	Mill. €	7 221,4	7 511,1	8 040,9	7 627,4	6 621,1	8 246,1	8 317,9	7 751,0	6 725,0
	dar. nach Belgien	Mill. €	551,8	569,0	478,1	471,4	391,6	406,2	423,3	401,4	382,9
	Bulgarien	Mill. €	34,7	29,4	29,9	30,5	28,2	37,9	34,2	31,1	30,4
	Dänemark	Mill. €	114,8	115,0	126,5	131,0	104,6	121,4	119,3	112,0	99,4
	Finnland	Mill. €	96,0	99,7	106,6	102,2	96,3	99,1	104,4	101,9	85,4
	Frankreich	Mill. €	938,6	990,1	1 023,0	1 000,9	864,1	1 028,8	1 063,2	978,3	879,8
	Griechenland	Mill. €	43,3	47,1	48,4	50,7	41,7	44,2	49,1	42,6	42,0
	Irland	Mill. €	51,1	59,6	60,7	55,2	58,2	48,3	54,0	58,5	72,3
	Italien	Mill. €	878,4	875,2	917,2	886,3	788,5	959,5	917,6	859,8	724,9
	Luxemburg	Mill. €	37,9	39,0	41,4	36,5	35,1	41,9	38,3	36,6	32,0
	Niederlande	Mill. €	476,6	476,1	487,4	506,3	492,5	510,6	537,7	489,8	476,6
	Österreich	Mill. €	1 129,0	1 117,8	1 259,9	1 157,0	995,6	1 216,2	1 216,4	1 078,6	942,8
	Polen	Mill. €	349,6	377,4	435,2	383,6	299,3	486,1	517,3	499,7	383,0
	Portugal	Mill. €	78,2	84,3	88,2	92,8	80,2	92,7	102,9	93,7	82,5
	Rumänien	Mill. €	125,0	129,2	152,8	141,9	107,7	156,2	161,3	138,9	119,1
	Schweden	Mill. €	254,4	255,0	298,2	267,1	218,8	286,6	301,6	266,2	232,6
	Slowakei	Mill. €	150,5	158,7	187,7	188,2	136,5	177,0	171,3	160,3	136,5
	Slowenien	Mill. €	54,2	54,0	54,5	49,7	52,5	62,4	57,0	51,8	48,9
	Spanien	Mill. €	361,9	359,0	409,9	355,5	375,1	385,2	439,5	397,9	336,9
	Tschechische Republik	Mill. €	408,3	444,0	533,1	465,7	390,6	512,2	504,4	466,4	393,6
	Ungarn	Mill. €	203,0	214,1	233,5	231,2	185,4	242,4	242,8	232,1	186,4
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	825,7	929,3	976,8	937,8	807,1	1 227,9	1 159,9	1 166,4	962,4
	Russische Föderation	Mill. €	385,9	365,5	421,0	386,9	270,8	314,6	307,2	296,7	246,1
*	Afrika[3]	Mill. €	268,6	255,4	213,0	227,2	239,3	236,9	257,8	258,8	272,7
	dar. nach Südafrika	Mill. €	122,2	116,9	101,2	95,1	96,8	105,1	97,2	84,1	93,7
*	Amerika	Mill. €	2 028,7	2 121,7	2 472,5	2 366,4	1 745,6	2 666,1	2 507,8	2 397,6	1 862,8
	darunter in die USA	Mill. €	1 524,1	1 577,0	1 898,0	1 841,2	1 312,2	2 162,7	1 954,5	1 914,4	1 410,0
*	Asien[3]	Mill. €	2 745,8	2 776,4	2 875,1	2 861,6	2 573,9	3 058,0	3 052,2	2 694,1	2 714,7
	darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 237,2	1 292,1	1 355,1	1 282,1	1 227,5	1 544,6	1 425,2	1 248,9	1 249,0
	nach Japan	Mill. €	301,8	295,2	345,2	318,9	263,9	316,3	305,2	224,7	205,2
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	132,5	138,3	151,5	150,8	109,0	142,0	153,9	132,9	119,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2012 [1]	2013 [1]	2014 [1]	2013 [1]	2014				2015
			Monatsdurchschnitt			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
	Großhandel (2010 ≙ 100) [2, 3]										
*	Index der Großhandelsumsätze nominal	%	*106,4*	*105,2*	*106,9*	*106,0*	*97,1*	*116,9*	*108,6*	*110,9*	.
*	Index der Großhandelsumsätze real [4]	%	*99,3*	*98,6*	*101,6*	*100,4*	*92,1*	*111,5*	*104,2*	*107,8*	.
*	Index der Beschäftigten im Großhandel	%	*103,4*	*108,3*	*109,4*	*108,5*	*108,4*	*110,3*	*110,5*	*110,0*	.
	Einzelhandel (2010 ≙ 100) [2, 5]										
*	Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	*107,3*	*110,0*	*112,5*	*131,8*	*103,7*	*118,9*	*115,6*	*137,1*	*110,3*
	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art [6]	%	*107,3*	*111,7*	*113,4*	*130,1*	*108,1*	*118,8*	*111,3*	*133,6*	*111,3*
	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren [6]	%	*106,1*	*108,6*	*108,7*	*124,1*	*97,4*	*111,2*	*104,1*	*125,5*	*100,5*
	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln [6]	%	*105,6*	*110,0*	*118,8*	*124,5*	*114,0*	*127,0*	*121,4*	*136,7*	*125,3*
	Sonstiger Facheinzelhandel [6]	%	*107,7*	*110,5*	*113,8*	*129,7*	*102,5*	*121,4*	*113,1*	*134,8*	*111,5*
	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	*119,5*	*124,2*	*132,7*	*164,2*	*118,8*	*140,1*	*160,3*	*178,2*	*138,8*
*	Index der Einzelhandelsumsätze real [4]	%	*103,8*	*105,0*	*107,0*	*126,1*	*99,2*	*112,8*	*110,2*	*131,6*	*106,5*
*	Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	*103,4*	*105,2*	*105,9*	*107,4*	*106,6*	*105,8*	*106,2*	*106,9*	*105,3*
	Kfz-Handel (2010 ≙ 100) [2, 7]										
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	*102,6*	*102,0*	*104,8*	*93,0*	*87,4*	*116,6*	*106,7*	*98,2*	.
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel real [4]	%	*100,4*	*99,8*	*102,4*	*91,1*	*85,5*	*113,8*	*103,7*	*95,5*	.
*	Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	*105,2*	*113,0*	*113,6*	*113,5*	*113,1*	*115,1*	*115,1*	*114,5*	.
	Gastgewerbe (2010 ≙ 100) [2]										
*	Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	*111,6*	*114,4*	*117,5*	*112,0*	*94,5*	*135,5*	*108,2*	*115,7*	*99,9*
	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	*115,9*	*118,9*	*122,7*	*107,9*	*92,7*	*148,5*	*110,2*	*112,4*	*98,9*
	Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	*110,6*	*104,6*	*136,7*	*108,6*	*104,9*	*174,3*	*126,9*	*153,8*	*138,0*
	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	*107,9*	*110,2*	*113,5*	*116,7*	*96,0*	*124,5*	*107,6*	*120,7*	*101,6*
	Sonstiges Gaststättengewerbe	%	*108,0*	*110,5*	*113,5*	*116,7*	*94,8*	*125,8*	*106,0*	*119,8*	*100,0*
	Kantinen und Caterer	%	*113,1*	*116,8*	*117,5*	*115,6*	*105,5*	*129,2*	*122,6*	*119,7*	*107,5*
*	Index der Gastgewerbeumsätze real [4]	%	*107,9*	*108,0*	*108,5*	*105,2*	*88,6*	*123,8*	*99,1*	*106,1*	*91,3*
*	Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	*103,8*	*105,0*	*106,8*	*103,0*	*101,1*	*111,1*	*104,1*	*105,7*	*103,4*
	Fremdenverkehr [8]										
*	Gästeankünfte	1 000	2 596	2 634	…	2 073	1 814	3 123	2 167	2 197	1 900
*	darunter Auslandsgäste	1 000	608	631	…	520	438	660	476	568	444
*	Gästeübernachtungen	1 000	7 001	7 013	…	5 279	4 972	7 978	5 129	5 521	5 080
*	darunter Auslandsgäste	1 000	1 274	1 327	…	1 092	993	1 383	1 000	1 183	974
	Verkehr										
	Straßenverkehr										
*	Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt [9]	Anzahl	58 694	57 316	58 711	45 438	46 231	61 998	54 252	49 302	46 803
	darunter Krafträder [10]	Anzahl	2 974	2 934	3 161	396	916	1 734	830	1 122	810
*	Personenkraftwagen und sonstige „M1"-Fahrzeuge	Anzahl	50 208	48 962	50 141	39 171	41 418	53 881	48 312	42 769	41 912
*	Lastkraftwagen	Anzahl	3 722	3 603	3 631	3 540	2 780	4 453	3 711	3 520	2 749
	Zugmaschinen	Anzahl	1 472	1 459	1 432	1 774	858	1 567	1 058	1 464	1 036
	sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	219	242	234	312	159	237	224	257	181
	Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) [11]	1 000	106 172	105 933	107 530	332 167	.	.	.	338 520	.
	davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 455	92 138	92 907	288 329	.	.	.	292 201	.
	private Unternehmen	1 000	13 717	13 795	14 623	43 839	.	.	.	46 320	.
*	Straßenverkehrsunfälle insgesamt [12]	Anzahl	30 364	31 040	30 748	30 810	26 865	34 004	30 753	32 670	…
*	davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 354	4 318	4 377	3 700	3 186	4 894	3 814	3 697	…
	mit nur Sachschaden	Anzahl	26 011	26 722	26 371	27 110	23 679	29 110	26 939	28 973	…
*	Getötete Personen [13]	Anzahl	55	57	52	66	35	61	36	50	…
*	Verletzte Personen	Anzahl	5 790	5 731	5 795	5 092	4 332	6 571	5 054	5 060	…
	Luftverkehr Fluggäste										
	Flughafen München Ankunft	1 000	1 594	1 606	1 652	1 349	1 318	1 821	1 580	1 380	…
	Abgang	1 000	1 589	1 603	1 646	1 361	1 278	1 827	1 536	1 403	…
	Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	149	137	135	95	100	165	125	100	…
	Abgang	1 000	148	137	135	101	84	152	116	106	…
	Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	36	35	31	19	19	38	23	22	…
	Abgang	1 000	36	35	31	20	18	36	20	22	…
	Eisenbahnverkehr [14]										
	Güterempfang	1 000 t	2 501	2 444	…	2 023	2 122	2 314	2 193	…	…
	Güterversand	1 000 t	1 902	1 966	…	1 699	1 740	1 988	1 876	…	…
	Binnenschifffahrt										
*	Güterempfang insgesamt	1 000 t	432	415	444	451	403	473	437	384	…
	davon auf dem Main	1 000 t	252	218	210	206	176	230	193	162	…
	auf der Donau	1 000 t	181	197	234	244	228	243	244	222	…
*	Güterversand insgesamt	1 000 t	277	230	274	224	198	338	320	258	…
	davon auf dem Main	1 000 t	180	161	172	154	117	191	222	145	…
	auf der Donau	1 000 t	96	69	102	70	81	147	98	114	…

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2013	2014				2015
		Monatsdurchschnitt[1]			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen [2, 3]										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	483 106	470 253	.	455 765	.	.	.	…	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken [4]	Mill. €	413 420	413 783	.	408 378	.	.	.	…	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	66 245	58 005	.	49 496	.	.	.	…	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	55 093	50 216	.	42 272	.	.	.	…	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	11 153	7 789	.	7 224	.	.	.	…	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [7]	Mill. €	61 530	58 885	.	57 349	.	.	.	…	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	58 519	56 357	.	55 013	.	.	.	…	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	3 011	2 528	.	2 336	.	.	.	…	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [8]	Mill. €	355 331	353 364	.	348 920	.	.	.	…	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	321 680	319 971	.	315 697	.	.	.	…	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	33 651	33 393	.	33 223	.	.	.	…	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt [9] (Monatsende)	Mill. €	578 378	574 598	.	565 395	.	.	.	…	.
davon Sicht- und Termineinlagen [10]	Mill. €	452 972	450 479	.	441 922	.	.	.	…	.
von Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	419 187	419 195	.	415 580	.	.	.	…	.
von öffentlichen Haushalten [6]	Mill. €	33 785	31 284	.	26 342	.	.	.	…	.
Spareinlagen	Mill. €	125 405	124 119	.	123 473	.	.	.	…	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 593	49 206	.	49 004	.	.	.	…	.
bei Kreditbanken	Mill. €	31 565	30 017	.	28 949	.	.	.	…	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 382	1 294	1 284	1 050	1 285	1 280	1 243	1 288	.
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	109	96	93	84	53	99	74	82	.
* davon Unternehmen	Anzahl	274	252	246	199	213	284	256	238	.
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	77	65	64	54	34	70	59	57	.
* Verbraucher	Anzahl	825	756	741	582	756	753	718	738	.
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	1	1	2	1	1	1	-	.
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	251	248	245	224	268	183	230	251	.
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	20	16	18	10	16	7	13	.
* sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	Anzahl	32	38	52	45	48	60	39	61	.
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	9	13	10	8	12	7	12	.
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	490 994	391 681	351 715	300 037	310 592	203 243	172 634	207 270	.
davon Unternehmen	1 000 €	382 936	286 485	255 439	213 173	221 559	112 458	93 802	115 647	.
Verbraucher	1 000 €	44 660	43 629	41 057	31 438	37 698	42 572	38 723	45 768	.
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	50 859	48 358	46 981	34 546	45 097	37 683	31 485	33 811	.
sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	1 000 €	12 539	13 209	8 238	20 880	6 237	10 530	8 624	12 045	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	120,2	133,1	…	129,7	166,5	114,8	119,2	130,1	…
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	134,1	151,3	…	129,1	158,3	135,0	130,4	133,3	163,5
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) [12]										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	232,3	232,6	…	229,6	232,7	230,1	229,9	…	…
Leistungsempfänger	1 000	420,4	421,9	…	416,6	423,1	420,9	420,5	…	…
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	298,7	298,9	…	294,1	299,1	296,0	295,9	…	…
Sozialgeld	1 000	121,7	123,1	…	122,5	124,0	124,9	124,6	…	…
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. €	.	.		.	.	.	.	.	
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 320,8	4 663,9	4 941,4	8 609,2	4 258,3	2 962,2	2 943,7	9 313,0	4 279,5
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 897,6	3 054,6	3 230,5	4 600,6	3 189,5	2 912,8	2 888,9	4 830,2	3 371,2
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	633,2	768,3	813,8	2 376,1	129,3	- 62,1	- 109,9	2 588,8	236,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	421,2	371,6	355,8	317,0	290,3	173,6	118,8	352,8	297,6
Abgeltungsteuer	Mill. €	109,3	122,8	107,9	108,4	369,6	67,8	104,2	49,8	295,4
Körperschaftsteuer	Mill. €	259,5	346,6	433,4	1 207,1	279,6	- 129,9	- 58,3	1 491,4	78,9
Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 731,0	1 905,1	2 065,9	2 128,6	1 914,8	1 906,2	2 301,1	2 100,9	2 124,9
Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bundessteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Solidaritätszuschlag	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Landessteuern	Mill. €	221,1	240,4	270,9	243,2	277,0	263,8	205,9	289,6	315,9
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	83,0	89,8	113,1	104,6	112,9	97,7	80,1	125,7	178,2
Grunderwerbsteuer	Mill. €	104,4	112,2	118,8	105,8	132,7	130,1	95,2	125,7	105,8
Biersteuer	Mill. €	12,5	12,3	12,9	9,9	10,9	13,7	12,9	10,9	12,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlangen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2013	2014				2015
		Monatsdurchschnitt			Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern [1, 2, 3]	Mill. €	779,7	830,4	861,6	2 233,4	.	.	.	2 455,5	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	7,0	18,6	.	.	.	18,7	.
Grundsteuer B	Mill. €	133,6	135,4	137,7	362,9	.	.	.	370,4	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	634,9	683,8	712,5	1 849,5	.	.	.	2 063,7	.
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 682,1	1 835,3	1 953,5	3 586,7	1 664,8	1 079,9	1 072,5	3 906,4	1 664,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6]	Mill. €	26,1	26,5	27,8	73,7	- 1,7	84,9	0,0	84,2	- 6,4
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 644,9	1 796,6	1 912,8	3 586,7	1 664,8	1 079,9	930,0	3 906,4	1 664,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6, 7]	Mill. €	98,3	99,8	104,5	277,2	- 52,4	295,3	23,8	316,6	- 65,2
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv [2, 3, 4]	Mill. €	1 168,0	1 257,9	1 321,9	4 860,7	.	.	.	5 214,7	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer [4, 8]	Mill. €	466,6	506,9	540,1	996,8	479,2	372,0	348,6	1 054,3	512,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	51,0	51,3	52,7	312,3	.	.	.	319,3	.
Gewerbesteuer (netto) [1, 9]	Mill. €	507,8	558,4	580,2	1 096,7	.	.	.	1 214,2	.

Verdienste

		2012	2013	2012		2013		2014		
		Jahreswert		3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
* Bruttomonatsverdienste [10] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer [11] im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	…	…	3 535	3 576	3 608	3 643	3 673	3 687	3 724
männlich	€	…	…	3 764	3 807	3 840	3 868	3 891	3 909	3 949
weiblich	€	…	…	2 973	3 007	3 049	3 095	3 141	3 147	3 181
Leistungsgruppe 1 [12]	€	…	…	6 417	6 513	6 574	6 586	6 749	6 779	6 821
Leistungsgruppe 2 [12]	€	…	…	4 149	4 196	4 225	4 251	4 302	4 330	4 355
Leistungsgruppe 3 [12]	€	…	…	2 924	2 951	2 971	2 999	2 997	3 039	3 054
Leistungsgruppe 4 [12]	€	…	…	2 419	2 446	2 452	2 479	2 509	2 549	2 549
Leistungsgruppe 5 [12]	€	…	…	2 039	1 981	1 997	2 059	2 062	2 054	2 083
Produzierendes Gewerbe	€	…	…	3 622	3 649	3 722	3 779	3 843	3 832	3 871
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	…	…	3 181	3 150	3 232	3 208	3 147	3 176	3 204
Verarbeitendes Gewerbe	€	…	…	3 721	3 754	3 839	3 912	3 986	3 954	4 012
Energieversorgung	€	…	…	4 227	4 247	4 221	4 224	4 141	4 144	4 174
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	…	…	3 032	3 140	3 149	3 141	3 138	3 174	3 218
Baugewerbe	€	…	…	3 039	3 040	3 023	3 005	3 141	3 237	3 187
Dienstleistungsbereich	€	…	…	3 470	3 522	3 528	3 549	3 556	3 583	3 620
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	…	…	3 417	3 468	3 516	3 528	3 516	3 559	3 603
Verkehr und Lagerei	€	…	…	2 817	2 797	2 762	2 829	2 881	2 891	2 958
Gastgewerbe	€	…	…	2 083	2 125	2 128	2 182	2 292	2 282	2 317
Information und Kommunikation	€	…	…	4 729	4 839	4 709	4 816	4 797	4 727	4 752
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	…	…	4 547	4 640	4 495	4 534	4 567	4 589	4 672
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	…	…	3 506	3 590	4 006	4 048	3 953	3 970	3 960
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	…	…	4 366	4 403	4 447	4 477	4 478	4 492	4 543
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	…	…	2 274	2 313	2 310	2 323	2 326	2 321	2 341
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	…	…	3 204	3 224	3 345	3 318	3 395	3 485	3 495
Erziehung und Unterricht	€	…	…	3 919	3 961	4 143	4 073	4 165	4 200	4 179
Gesundheits- und Sozialwesen	€	…	…	3 429	3 451	3 404	3 419	3 520	3 532	3 548
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	…	…	3 228	3 293	3 330	3 412	3 379	3 449	3 453

Preise

		2010	2011	2012	2013	2014	2014		2015	
		Durchschnitt [13]					Februar	Dez.	Januar	Februar
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*100,0*	*102,1*	*104,3*	*105,8*	*106,6*	*106,3*	*106,7*	*105,6*	*106,6*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*100,0*	*102,8*	*106,0*	*109,6*	*110,7*	*111,4*	*110,3*	*111,3*	*112,7*
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	*100,0*	*102,0*	*105,5*	*108,0*	*110,3*	*110,1*	*111,6*	*111,9*	*112,1*
Bekleidung und Schuhe	%	*100,0*	*101,7*	*104,6*	*106,2*	*107,9*	*105,6*	*109,1*	*103,5*	*105,5*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*100,0*	*103,1*	*105,5*	*107,5*	*108,3*	*108,0*	*108,0*	*107,7*	*108,1*
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	*100,0*	*100,4*	*101,2*	*102,4*	*102,8*	*102,6*	*103,3*	*103,3*	*103,3*
Gesundheitspflege	%	*100,0*	*100,5*	*103,1*	*98,7*	*100,7*	*99,5*	*101,8*	*100,9*	*101,8*
Verkehr	%	*100,0*	*104,9*	*108,2*	*108,2*	*108,2*	*107,8*	*105,7*	*103,9*	*105,0*
Nachrichtenübermittlung	%	*100,0*	*96,5*	*94,8*	*93,4*	*92,3*	*92,9*	*91,8*	*91,9*	*91,8*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*100,0*	*99,5*	*100,6*	*103,2*	*104,4*	*105,0*	*107,1*	*101,4*	*105,7*
Bildungswesen	%	*100,0*	*100,9*	*102,8*	*97,3*	*76,8*	*76,4*	*77,5*	*77,5*	*77,5*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*100,0*	*100,4*	*102,5*	*105,2*	*108,1*	*106,9*	*109,6*	*109,7*	*109,9*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*100,0*	*101,5*	*102,8*	*104,2*	*106,1*	*105,5*	*106,7*	*106,9*	*107,2*
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	*100,0*	*100,9*	*102,5*	*103,6*	*104,9*	*104,4*	*106,6*	*104,5*	*106,1*
Nettokaltmiete	%	*100,0*	*101,4*	*102,7*	*104,0*	*105,6*	*104,9*	*106,4*	*106,6*	*106,7*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014			2015
		Durchschnitt [1]					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke [2] (2010 ≙ 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	*99,3*	*100,0*	*102,8*	*105,5*	*107,8*	*109,9*	*110,3*	*110,4*	. . .
davon Rohbauarbeiten	%	*99,4*	*100,0*	*103,2*	*106,0*	*107,9*	*109,8*	*109,9*	*109,9*	. . .
Ausbauarbeiten	%	*99,1*	*100,0*	*102,5*	*105,0*	*107,7*	*110,1*	*110,7*	*110,8*	. . .
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	*99,1*	*100,0*	*101,3*	*102,5*	*103,8*	*105,9*	*106,1*	*106,1*	. . .
Bürogebäude	%	*99,5*	*100,0*	*102,9*	*105,4*	*107,6*	*109,8*	*110,2*	*110,4*	. . .
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	*99,5*	*100,0*	*103,2*	*105,6*	*107,6*	*109,5*	*109,9*	*110,2*	. . .
Straßenbau	%	*99,0*	*100,0*	*102,3*	*105,5*	*107,8*	*109,2*	*109,5*	*109,4*	. . .
							2013	2014		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	*207,51*	*223,39*	*206,57*	*225,40*	*223,59*	*223,81*	*239,06*	*206,48*	*239,07*
Rohbauland	€	*43,27*	*58,59*	*39,61*	*46,96*	*59,72*	*79,97*	*38,57*	*64,56*	*55,32*
Sonstiges Bauland	€	*46,37*	*39,54*	*42,56*	*57,33*	*61,06*	*67,34*	*68,67*	*77,50*	*49,28*

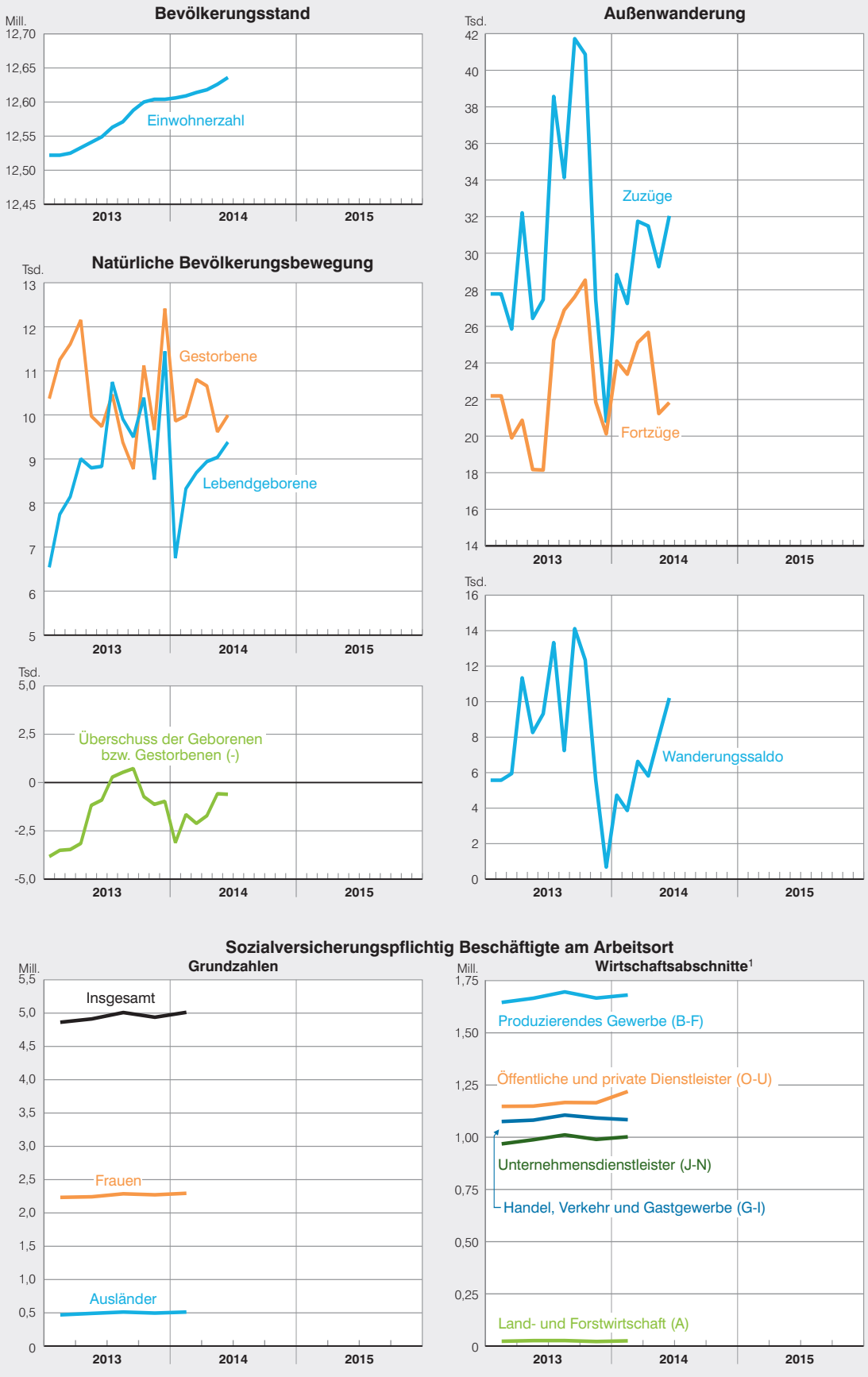
Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2014		2015	
		Durchschnitt [1]					Februar	Dez.	Januar	Februar
* **Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*100,0*	*102,1*	*104,1*	*105,7*	*106,6*	*106,4*	*106,7*	*105,5*	*106,5*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*100,0*	*102,8*	*106,3*	*110,4*	*111,5*	*112,5*	*111,1*	*111,5*	*112,3*
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	*100,0*	*101,8*	*104,8*	*107,0*	*110,3*	*109,3*	*111,6*	*111,8*	*112,0*
Bekleidung und Schuhe	%	*100,0*	*101,2*	*103,3*	*104,4*	*105,5*	*103,1*	*106,9*	*101,3*	*102,2*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*100,0*	*103,1*	*105,4*	*107,5*	*108,4*	*108,2*	*108,0*	*107,7*	*108,1*
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	*100,0*	*100,4*	*101,1*	*102,1*	*102,5*	*102,1*	*102,8*	*102,8*	*102,7*
Gesundheitspflege	%	*100,0*	*100,7*	*103,2*	*99,4*	*101,4*	*100,2*	*102,2*	*101,2*	*101,6*
Verkehr	%	*100,0*	*104,5*	*107,7*	*107,5*	*107,3*	*107,0*	*104,7*	*103,3*	*104,3*
Nachrichtenübermittlung	%	*100,0*	*96,5*	*94,8*	*93,4*	*92,3*	*92,9*	*91,8*	*91,9*	*91,8*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*100,0*	*99,7*	*100,6*	*103,1*	*104,4*	*104,8*	*107,4*	*101,8*	*106,0*
Bildungswesen	%	*100,0*	*99,6*	*94,0*	*95,1*	*93,1*	*93,2*	*92,3*	*92,5*	*92,6*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*100,0*	*101,5*	*103,6*	*106,0*	*108,2*	*107,2*	*109,1*	*109,6*	*109,9*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*100,0*	*101,6*	*102,6*	*104,3*	*106,1*	*105,6*	*106,3*	*106,5*	*106,9*
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise [3] (2010 ≙ 100)	%	*100,0*	*106,4*	*108,7*	*105,9*	*103,6*	*104,7*	*101,0*	*100,2*	…
Ausfuhrpreise [4] (2010 ≙ 100)	%	*100,0*	*103,3*	*104,9*	*104,3*	*104,0*	*104,0*	*103,9*	*104,4*	…
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte [4] (Inlandsabsatz); (2010 ≙ 100) …	%	*100,0*	*105,3*	*107,0*	*106,9*	*105,8*	*106,5*	*104,8*	*104,2*	…
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*100,0*	*105,6*	*105,8*	*104,6*	*103,5*	*103,7*	*103,1*	*102,7*	…
Investitionsgüterproduzenten	%	*100,0*	*101,2*	*102,2*	*103,0*	*103,5*	*103,3*	*103,7*	*103,9*	…
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	*100,0*	*103,5*	*106,3*	*108,4*	*109,0*	*109,2*	*107,8*	*107,7*	…
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*100,0*	*101,7*	*103,3*	*104,3*	*105,7*	*105,4*	*105,9*	*106,5*	…
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*100,0*	*103,8*	*106,8*	*109,0*	*109,5*	*109,7*	*108,0*	*107,8*	…
Energie	%	*100,0*	*109,7*	*113,0*	*112,0*	*108,5*	*110,6*	*105,9*	*103,8*	…
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte [4] (2010 ≙ 100) ……	%	*100,0*	*113,4*	*119,4*	*120,7*	*111,8p*	*119,4p*	*103,5p*	*103,6p*	…
Pflanzliche Erzeugung	%	*100,0*	*115,8*	*126,4*	*120,2*	*105,6*	*118,4*	*104,3*	*106,2*	…
Tierische Erzeugung	%	*100,0*	*111,8*	*114,9*	*121,1*	*115,9p*	*120,0p*	*102,9p*	*101,8p*	…
Großhandelsverkaufspreise [4] (2010 ≙ 100) ……	%	*100,0*	*105,8*	*108,0*	*107,4*	*106,1*	*106,4*	*104,1*	*103,7*	*104,2*
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	*100,0*	*104,9*	*107,7*	*111,5*	*111,8*	*112,4*	*110,7*	*111,0*	*111,4*
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	*100,0*	*114,2*	*121,3*	*115,8*	*110,2*	*111,3*	*97,6*	*91,3*	*93,8*
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 ≙ 100) ……	%	*100,0*	*101,6*	*103,3*	*104,4*	*105,0*	*104,7*	*104,8*	*104,0*	*104,6*
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	*100,0*	*102,0*	*104,6*	*107,2*	*108,3*	*108,5*	*108,1*	*107,8*	*108,4*
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	*100,0*	*102,3*	*105,7*	*108,8*	*110,1*	*110,2*	*110,3*	*110,7*	*111,2*
Kraftfahrzeughandel	%	*100,0*	*101,2*	*101,9*	*101,8*	*102,1*	*101,8*	*102,5*	*102,6*	*102,7*

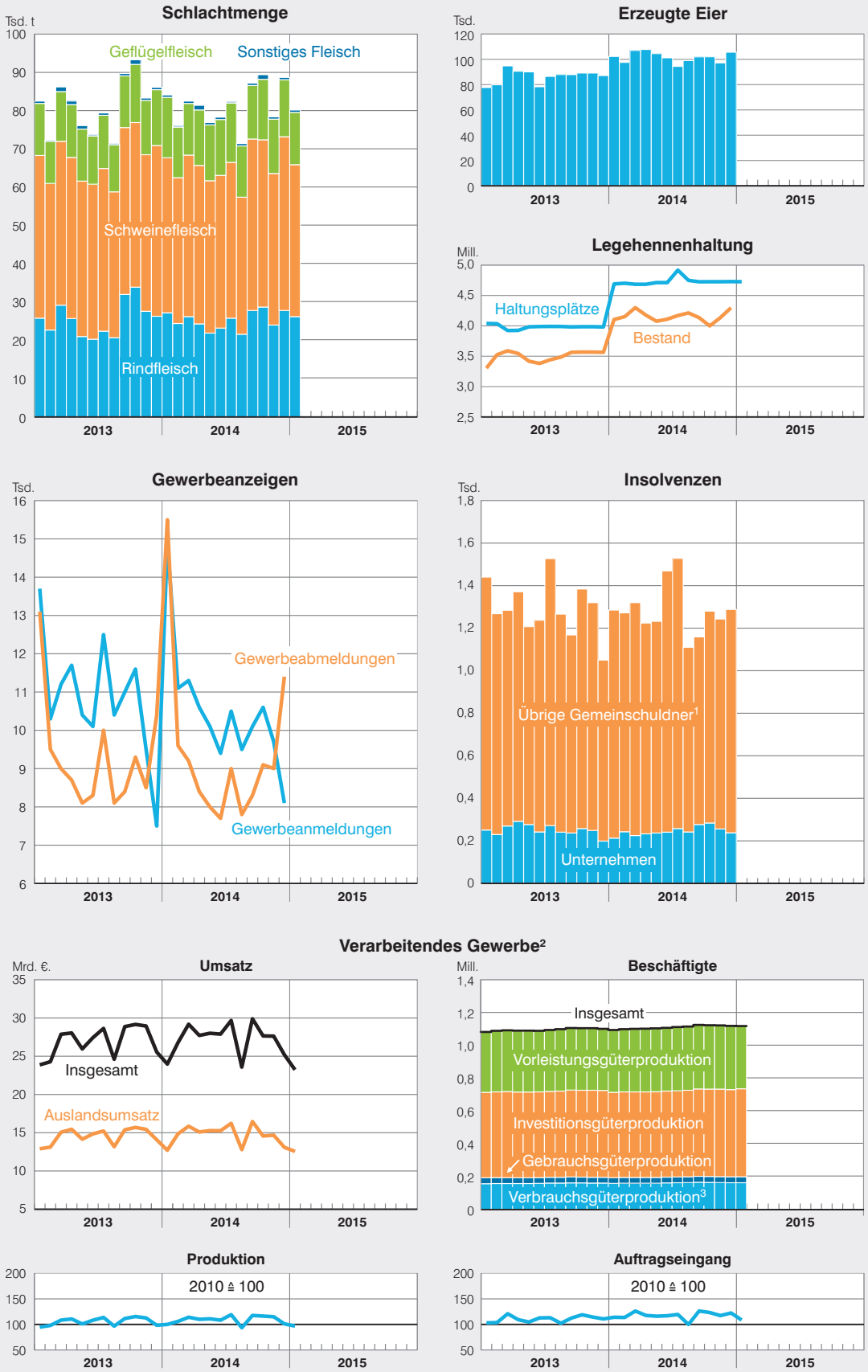
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).
2 Einschl. Mehrwertsteuer.
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

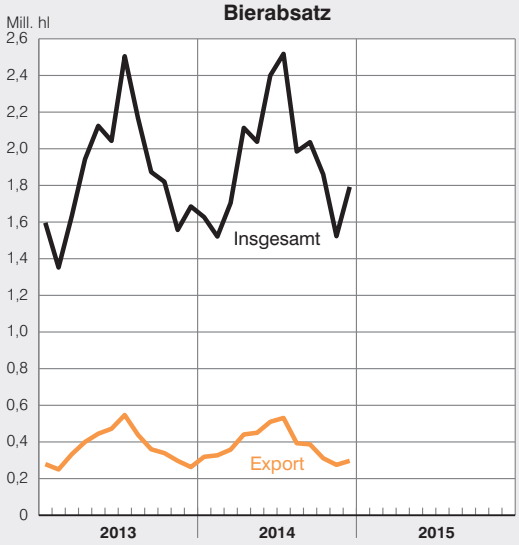


1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

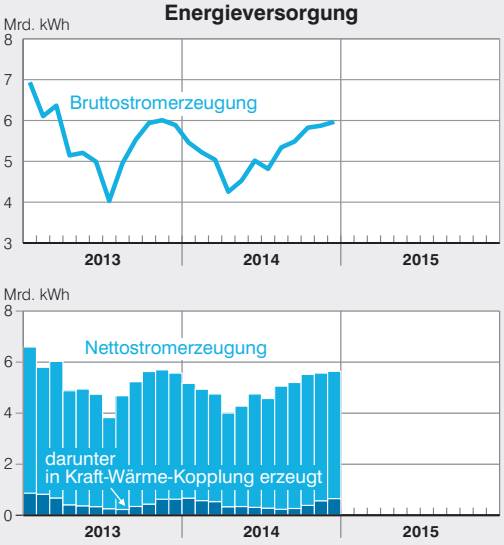


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.

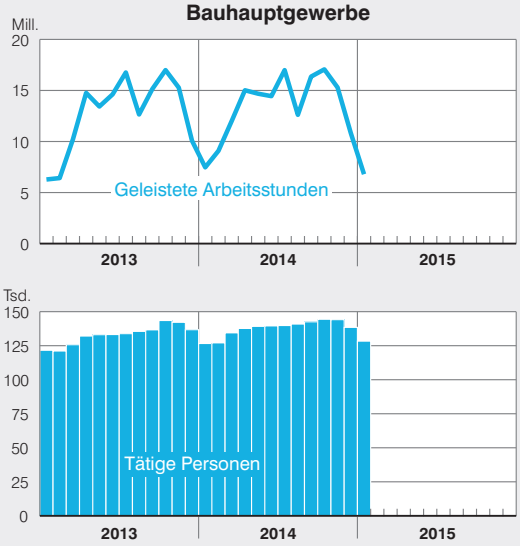
Bierabsatz



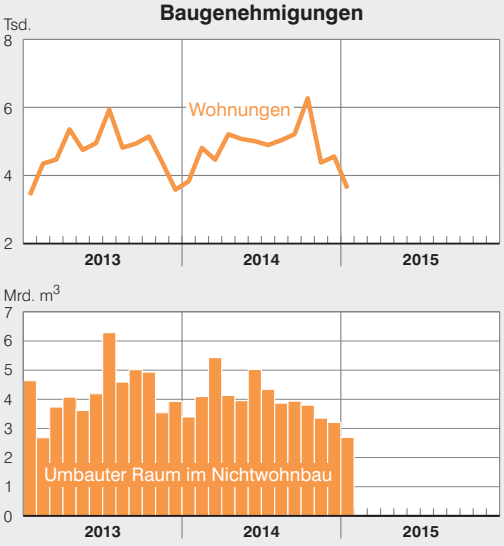
Energieversorgung



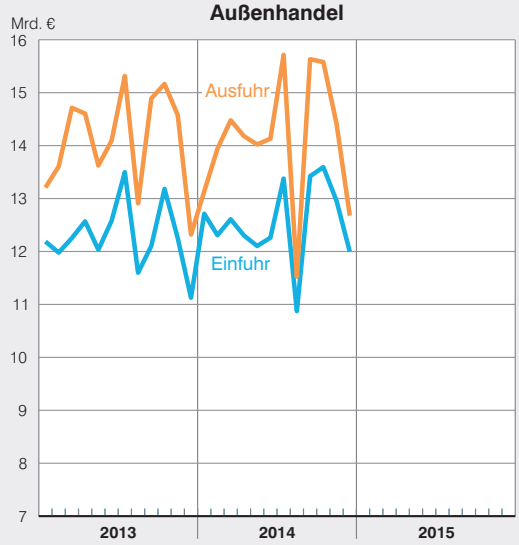
Bauhauptgewerbe



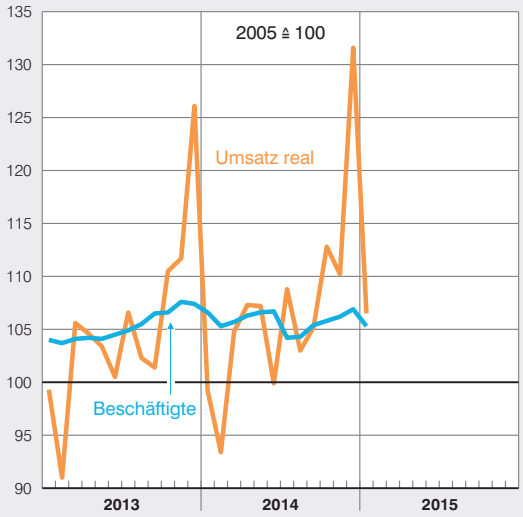
Baugenehmigungen



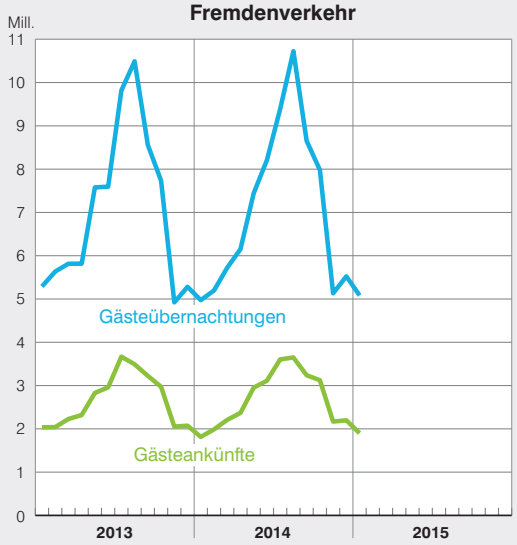
Außenhandel



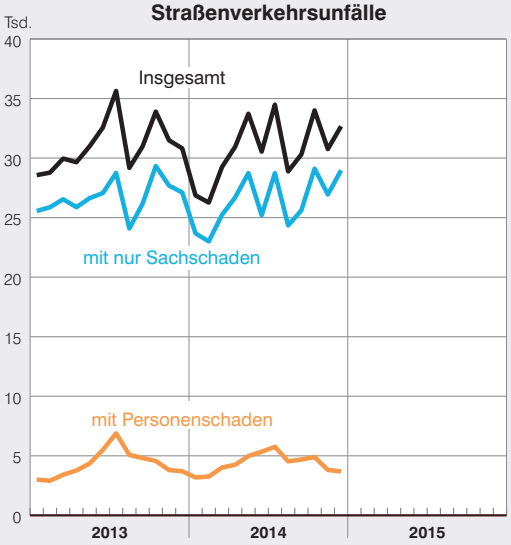
Einzelhandel



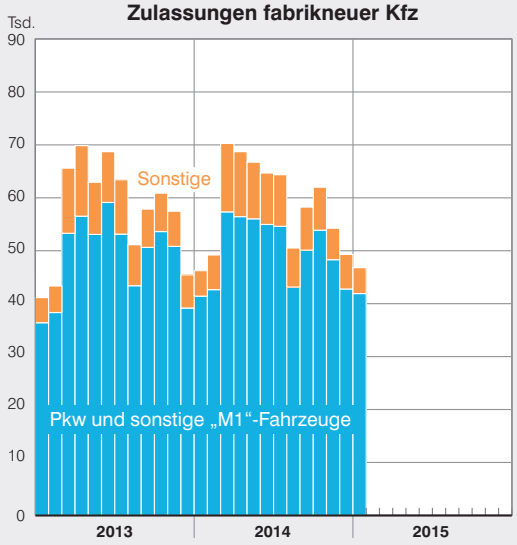
Fremdenverkehr



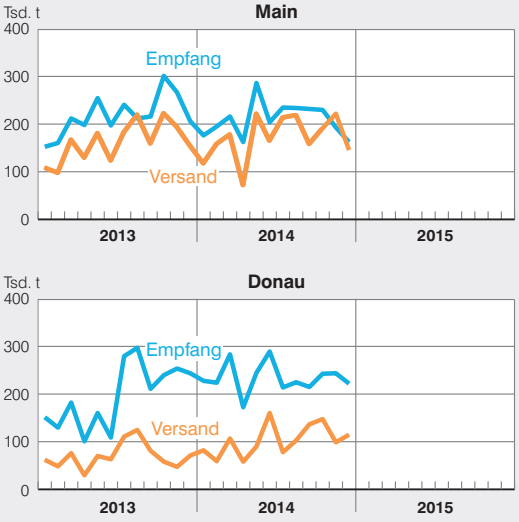
Straßenverkehrsunfälle



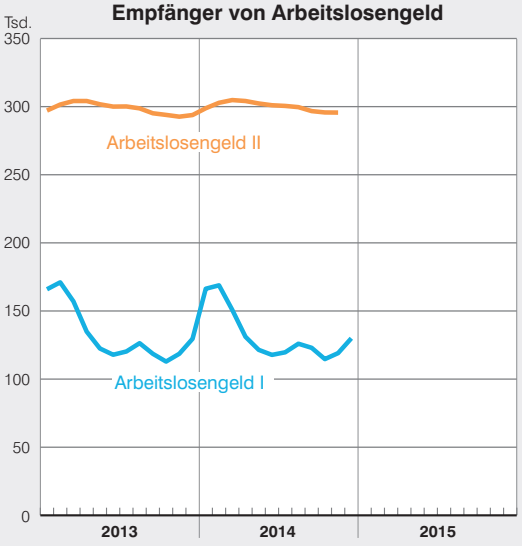
Zulassungen fabrikneuer Kfz



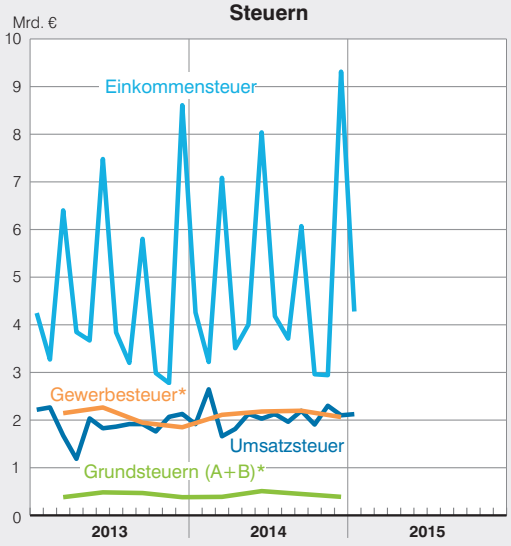
Binnenschifffahrt



Empfänger von Arbeitslosengeld

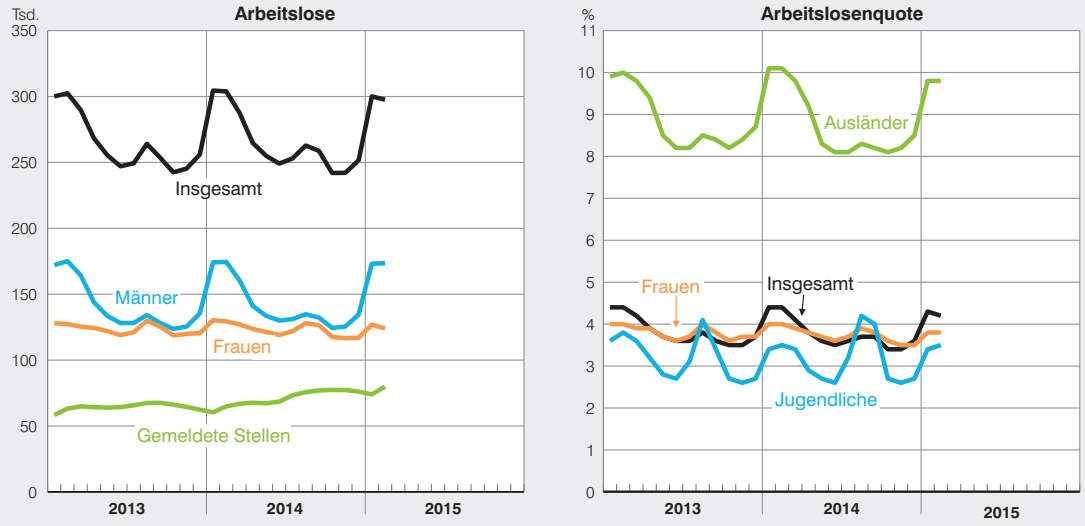


Steuern

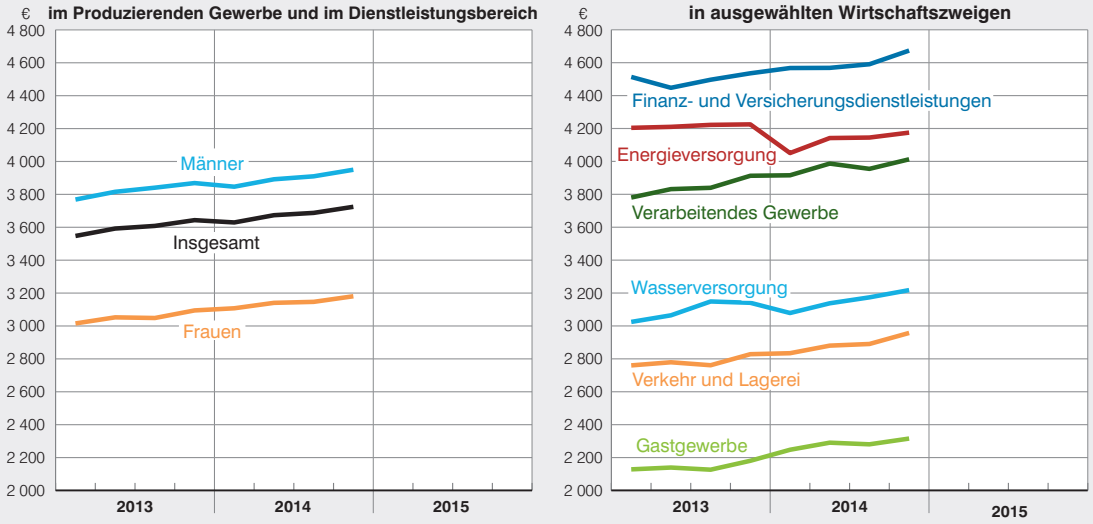


* Quartalswerte.

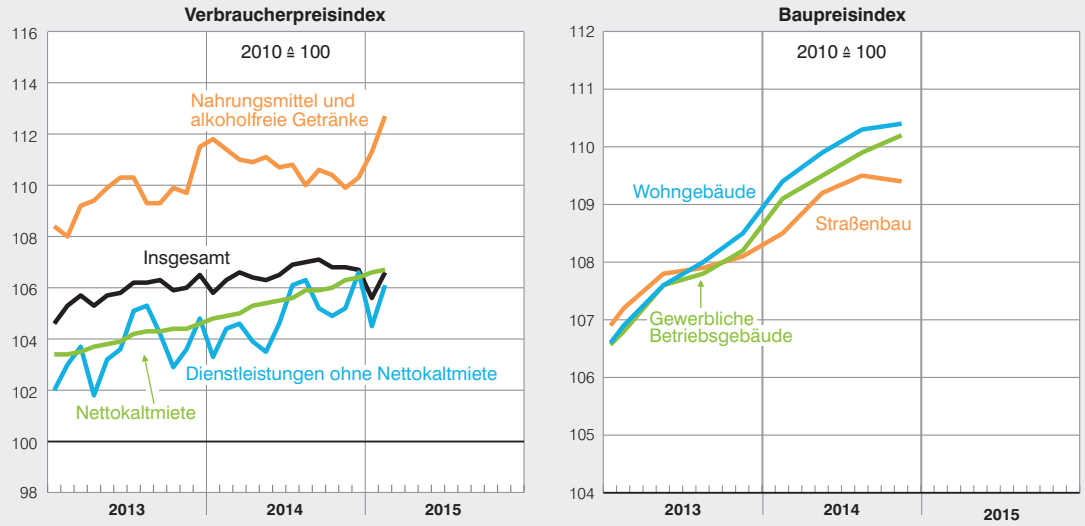
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Februar 2015

Statistische Berichte

Gebiet, Flächennutzung

- Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2013 (Gemeinden)

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Fächerspezifische Gliederung der Hochschulausgaben und -einnahmen in Bayern 2012 (Hochschulen)

Rechtspflege

- Tätigkeit der Arbeitsgerichte in Bayern 2014

Wahl zum Bayerischen Landtag 2013

- Landtagswahlen in Bayern/ Endgültiges Ergebnis (Regionalergebnisse) 2013 (Gemeinden) 22,60 €

Viehwirtschaft

- Viehbestände in Bayern Viehzählung im Mai 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern (monatlich) im November 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Gewerbeanzeigen in Bayern (monatlich) im Dezember 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Gewerbeanzeigen in Bayern: An- und Abmeldungen (Kreisergebnisse) 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Insolvenzen

- Insolvenzverfahren in Bayern 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Dezember 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Dezember 2014
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Dezember 2014

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Dezember 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Unternehmen des Baugewerbes in Bayern und ihre Investitionen 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Energie- und Wasserversorgung

- Energiewirtschaft in Bayern; Teil II: Jahresergebnisse 2012

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Dezember 2014
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im November 2014
- Tourismus in Bayern im November 2014 (Gemeinden)
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Dezember 2014

Verkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im November 2014 (Häfen)

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Januar 2015 sowie Jahreswerte von 2012 bis 2014
- Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Januar 2015 6,10 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Januar 2015 (Bund)

Verzeichnisse

- Veröffentlichungsverzeichnis des Bayerischen Landesamts für Statistik 2015

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Kindertagesbetreuung regional 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Regio-Stat–Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder 2015
- Regio-Stat–Sonderprogramm (Zensus, Landwirtschaftszählung)

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp
Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage möglich.

Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der Einzelpreis (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis zu der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2014** ist als Datei verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und kann auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen:
Im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen oder direkt über vertrieb@statistik.bayern.de (siehe auch zweite Umschlagseite).

Statistisches Jahrbuch
für Bayern 2014

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Umfassend und informativ bietet es jährlich die aktuellsten Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern an.

Auf über 600 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen. Ebenso werden ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, aber auch für alle Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Daten aus Statistiken anderer Dienststellen und Organisationen vervollständigen das Angebot.

Preise

Buch	39,– €
CD-ROM (PDF)	12,– €
Buch + CD-ROM	46,– €

Information und Bestellung

Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen